

A student with a backpack is seen from the side, looking towards a large, glowing orange planet that dominates the right side of the frame. The background is a classroom with bookshelves, a computer monitor, and a wall covered in various posters and drawings. The ceiling is decorated with several small, illuminated planet models. The overall atmosphere is one of learning and exploration in a modern, space-themed educational environment.

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER SCHULE

#UNKÜRZBAR
Berlin
wehrt sich

SCHULE
Neue Prüfungsform
an Gymnasien

GEWERKSCHAFT
AfD-Parteitag
blockiert



Guten Morgen, Kollege Roboter!

von Antje Dombrowski

In Zeiten des Lehrkräftemangels setze ich auf die Unterstützung eines *humanide robots* als Lehrassistenten.

Wie wäre es, wenn der Roboter eine Antwort, die Schüler*innen falsch gäben, immer wieder zurückwiese, bis die Antwort die richtige wäre, irgendwann?

Ein Roboter hat eine Engelsgeduld, würde seine Nerven nicht verlieren oder seine Stimme in leichter Gereiztheit laut werden lassen: Deine - Antwort - ist - falsch, bitte - korrigieren. Deine - Antwort - ist - falsch, bitte - korrigieren.

Einfach herrlich, wie sie das macht, die

Roboterstimme, immer schön gleichbleibend, immer schön monoton, ohne auch nur das kleinste Anzeichen einer kommenden Ungeduld zu zeigen.

Ich sehe schon richtig die geplagte Schüler*innenschaft vor mir, wie sie langsam, sich steigernd wütend wird und den Roboter anblafft, was er denn wolle, man wisse verdammt nochmal die richtige Antwort nicht. Der Roboter solle gefälligst selbst die richtige Antwort geben, er wisse sie doch schließlich, sei doch ein Roboter, ein vermaledeiter.

Und weiterhin die gleichbleibend neutrale Stimme: Deine - Antwort - ist - falsch, bitte - korrigieren. Deine - Antwort - ist - falsch, bitte - korrigieren.

Und jetzt rastet sie aus, die Schüler*innen-

schaft, jetzt beginnt sie, auf den Roboter einzuhämmern, jetzt beginnt sie, auf ihn einzuschlagen.

Und die bereits bekannte Stimme tönt: Bitte - nicht - schlagen. Es - kann - zu - einer - Betriebsstörung - kommen. Bitte - nicht - schlagen. Es - kann - zu - einer - Betriebsstörung - kommen. Deine - Antwort - ist - falsch, bitte - korrigieren.

Ich selbst bekäme von dem Drama nichts mit und kreierte entspannt mein Tafelbild.

Antje Dombrowski,
Lehrerin an einer Integrierten
Sekundarschule in Neukölln

Auf Kosten der Schwächsten

Die Bildungssenatorin plant, sonderpädagogische Förderstunden umzuverteilen



Manuel Honisch, Lehrer für Sonderpädagogik im Wedding

Wie viele Lehrkräfte bekommen die Berliner Schulen? Wie groß sind die Klassen? Wie viele Förderstunden können angeboten werden? Dies und viel mehr ist in den Zumessungsrichtlinien festgelegt. Zu Jahresbeginn wurden Teile der Richtlinien für die Schuljahre 2025 bis 2027 bekannt und es deuten sich gravierende Veränderungen an.

Schulen sollen künftig gezwungen werden, Lehrkräftestellen in Stellen für andere Berufe umzuwandeln. Der »Umrechnungskurs« soll immer 1:1 sein. Für eine Lehrkraft bekommt eine Schule also beispielsweise eine Verwaltungskraft, die allerdings viel weniger verdient. Dabei spart der Senat eine Menge Geld und der Lehrkräftemangel wird rechnerisch geringfügig kleiner. Unklar ist, ob und zu welchem Kurs eine Stelle zurückverwandelt werden kann, wenn eine Schule vielleicht doch wieder eine Deutsch- oder Mathelehrerin einstellen kann. Ganz nebenbei wird ein demokratisches Recht der Gesamtkonferenz einkassiert, denn sie soll künftig nicht mehr wie bisher über Stellenumwandlungen entscheiden.

Weitere Veränderungen gibt es bei den Anrechnungstunden für schulorganisatorische Aufgaben und in anderen Bereichen, oft zum Nachteil der Schulen.

Manche Schulen dürfen sich indes über Verbesserungen freuen. So sollen die fünften und sechsten Klassen an den grundständigen Gymnasien kleiner werden. Und auch Grundschulen in den wohlhabenden Berliner Kiezen sollen bessergestellt werden,

und das auf Kosten der Grundschulen in den sozialen Brennpunkten. Die »Verlässliche Grundausrüstung« für die Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf wird nämlich durch eine Pro-Kopf-Pauschale ersetzt, die für alle Grundschulen gleich ist und sich alleine aus der Gesamtzahl der Kinder berechnet. Die bisherige Grundausrüstung hatte sich an der Zahl armer Familien und den Kindern mit Förderbedarf an jeder Schule orientiert.

An der »Verlässlichen Grundausrüstung« gab es Kritik, weil die Berechnung kompliziert und nicht immer gerecht war. Sie durch eine für alle Schulen gleiche Pauschale zu ersetzen, bedeutet aber, dass Förderressourcen von den Schulen mit hohen Bedarfen umverteilt werden zu jenen, die diesen Bedarf in sehr viel geringerem Maß haben. Eine Schule im Wedding soll die gleichen Mittel bekommen, wie eine im Grunewald. Dabei haben wissenschaftliche Studien erwiesen, dass sonderpädagogischer Förderbedarf eng mit Armut und sozialer Benachteiligung verknüpft ist. Zwar sollen Ungleichgewichte durch eine Nachsteuerung ausgeglichen werden. Das ist jedoch weder transparent noch verlässlich.

Der Fachbeirat Inklusion, der die »Verlässliche Grundausrüstung« entwickelt hatte, wurde an den Änderungen nicht beteiligt, Verbände und die Gewerkschaft auch nicht. Die CDU-Senatorin lässt hier nicht nur ein fragwürdiges Demokratieverständnis durchblicken. Sie betreibt knallharte Klientelpolitik: Die eigene Wähler*innenklientel wird beschenkt, arme Familien sollen dafür bezahlen. ■



33 SCHULE Die Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss am Gymnasium wurden 2023 abgeschafft und durch eine mediengestützte Projektarbeit ersetzt. Die bisherige Ausgestaltung weist allerdings erhebliche Mängel auf, die sowohl die Qualität der Prüfungsvorbereitung als auch die Chancengleichheit der Schüler*innen beeinträchtigen.



27 #UNKÜRZBAR

Die Kürzungen, die mit dem Nachtragshaushalt 2025 in Berlin beschlossen wurden, haben gravierende Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur der Stadt. Mit der Kampagne »Du bist unkürzbar!« solidarisieren wir uns mit betroffenen Kolleg*innen und organisieren uns gegen das Kaputtsparen.

36 GEWERKSCHAFT

Am 11. Januar blockierten Antifaschist*innen den AfD-Parteitag im sächsischen Riesa. Die AG Aktiv gegen Rechts der GEW BERLIN berichtet, dass es möglich ist, sich gewerkschaftlich gegen den Rechtsextremismus zu organisieren und gemeinsam trotz staatlicher Repression für eine demokratische Gesellschaft einzustehen.



| INHALT

Kolumne | Standpunkt | kurz & bündig |

Impressum | Leser*innenforum _____ 2-7 | 51



8 TITEL Künstliche Intelligenz ist eine Schlüsseltechnologie unserer Zeit und verändert Bildungseinrichtungen rasant. Wir blicken auf KI-gestützte Formen des Lernens und Lehrens, das Konzept der Diklusion und potentielle Gefahren durch die Nutzung von Programmen wie ChatGPT.



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ IN DER SCHULE

Mit Künstlicher Intelligenz in eine gute Zukunft? <i>Christian Uhle</i>	8
Kollege Roboter <i>Luciano Sbaraglia</i>	11
Quelle: ChatGPT <i>Jan Eike Köhn</i>	14
KI-Paradoxien <i>Joscha Falck</i>	16
Bildung ohne Barrieren <i>Lea Schulz</i>	18
Die Rolle von KI in der Beruflichen Bildung <i>Benjamin Paaßen</i>	20
Interview: Kreatives Arbeiten mit Medien und KI <i>R. Schiweck / J. Bähre</i>	22
Wenn KI das Lernen überholt <i>Florian Nuxoll</i>	24

#UNKÜRZBAR

Berlin kämpft für den sozialen Zusammenhalt <i>M. Regulin / G. Akgün</i>	27
Kahlschlag auf Kosten der Zukunft <i>vier Betroffene</i>	28

KIJUSO

How to: Arbeitskämpfe in der Sozialarbeit <i>Isabella Menegazzi und weitere</i>	31
---	----

SCHULE

Interview: Demokratie in Gefahr <i>Christina Bauermeister</i>	32
Mediengestützte Projektarbeit an Gymnasien <i>Tania Zerguerras</i>	33

ERWACHSENENBILDUNG

Das Herrenberg-Urteil stellt Selbstständigkeit infrage <i>Linda Guzzetti</i>	34
--	----

GEWERKSCHAFT

Gewerkschaftliche Antifa blockiert AfD-Parteitag <i>AG Aktiv gegen Rechts</i>	36
Neujahrsempfang der Frauensprecher*innen <i>Tugba Scherfner</i>	37
Wenig bekannt, aber entscheidend: die LDV <i>Laura Pinnig</i>	38
Geschichte der GEW: Frauen nach der Wende <i>Marianne Kriszio</i>	40
Interview: Berufsverbote in West-Berlin <i>E. Leppin / C. Wälz</i>	42

RECHT & TARIF

Beschäftigtenvertretungen: Analyse der Wahlergebnisse <i>Gökhan Akgün</i>	44
Wahlbeteiligung im Wandel der Zeit <i>Hans-Jürgen Heusel</i>	46
Teilzeitbeschäftigte haben Rechte <i>Christoph Wälz</i>	47

TENDENZEN

Was die Kürzungen des Senats wirklich bedeuten <i>Gabriele Heller</i>	48
Pädagoge und Widerstandskämpfer Adolf Reichwein <i>Wolfgang Kunze</i>	50

SERVICE

Theater Bücher Materialien Aktivitäten	52
--	----



Olha Chabaniuk ist stellvertretende Vorsitzende der ukrainischen Bildungsgewerkschaft TUESWU. Sie war im Januar zu Gast im GEW-Haus und sprach dort unter anderem mit Fabian Schmidt (r.) und Christoph Wälz (l.) über die schwierige pädagogische Situation in der Ukraine

FOTO: GÖKHAN AKGÜN

■ **Im Dialog: Die Belastung ukrainischer Pädagog*innen**

Ende Januar hatten wir in der GEW die Gelegenheit, unsere ukrainische Gewerkschaftskollegin Olha Chabaniuk zu treffen. Gemeinsam sprachen wir über die schwierige Situation ukrainischer Pädagog*innen – insbesondere über ihre Bezahlung und die enorme psychische Belastung, die sie durch die ständigen russischen Bombardements erfahren. Olha berichtete, dass es selbst in Kyjiw täglich mehrmals Luftalarm gibt. Jedes Mal muss die gesamte Klasse in den Luftschutzkeller gebracht werden und anschließend wieder zurück in den Unterricht. Diese ständigen Unterbrechungen und die allgegenwärtige Bedrohung setzen Lehrer*innen und Schüler*innen stark unter Stress. Wir diskutierten darüber, wie deutsche Gewerkschaften dazu beitragen können, die Arbeitsbedingungen ukrainischer Lehrkräfte zu verbessern. Neben finanzieller Unterstützung braucht es dringend mehr Programme für mentale Gesundheit und psychologische Betreuung. Besonders deutlich wurde in unserem Gespräch, welche immense Leistung ukrainische Pädagog*innen derzeit erbringen. Sie übernehmen auch die Rollen von Eltern und Seelsorger*innen. Doch für ihre eigene mentale Gesundheit bleibt kaum Raum. Diese Kolleg*innen verdienen unsere volle Unterstützung und Solidarität.

■ **GEWirk: Besserer Personalschlüssel für U3-Kinder in den Berliner Kitas**

GEWerkchaftsarbeit ist wichtiger denn je und auch erfolgreich: Die Senatorin für Bildung, Jugend und Familie hat kürzlich angekündigt, dass noch in dieser Legislaturperiode der Personalschlüssel in den Kitas für Kinder unter drei Jahren verbessert werden soll. Das zeigt: Durch den aktiven Einsatz der GEW BERLIN im Berliner Kitabündnis bringen wir unsere Themen auch außerhalb von Tarifverhandlungen und Streiks voran. Auch hier können wir einiges erreichen. Der nächste Runde Tisch steht bereits vor der Tür und natürlich werden wir auch hier wieder dabei sein, um uns für bessere Arbeitsbedingungen, eine höhere Qualität in den Kitas und die dringend notwendige Entlastung für die pädagogischen Fachkräfte einzusetzen.

■ **KI-Chatbot für alle Schulen in Deutschland**

Seit Februar 2025 gibt es eine erste Version eines für den Bildungsbereich optimierten KI-Chatbots. Dieser wurde vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht (FWU) im Auftrag der 16 Bundesländer entwickelt. Ziel ist es, den Chatbot als DSGVO-konformes, sicheres und kostenfreies Tool zur Unterstützung von Lehrkräften und Schüler*innen zu etablieren. In der ersten Phase sollen vor

allem Lehrkräfte den Chatbot testen und dessen Potenzial für verschiedene Unterrichtsbereiche evaluieren. Perspektivisch ist eine Nutzung durch Schüler*innen geplant. Das Projekt ist Teil eines länderübergreifenden Vorhabens, das bis Juni 2026 läuft. Dabei sorgt das FWU für die kontinuierliche Weiterentwicklung des Chatbots, die Berücksichtigung rechtlicher Vorgaben und die Integration in bestehende Systeme.

■ **Verbeamtung jetzt bis zum 47. Lebensjahr möglich**

Das Gesetz zur Anhebung der Altersgrenze für Berliner Beamt*innen ist jetzt in Kraft. Durch die Anhebung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre ergibt sich unmittelbar eine neue Altersgrenze für die Verbeamtung: von 47 Jahren statt bisher von 45 Jahren. Unabhängig davon gilt für die sogenannten Bestandslehrkräfte bis Ende 2026 weiter die bis auf 52 Jahre hinausgeschobene Altersgrenze. Lehrkräfte, die an der bisherigen Altersgrenze gescheitert sind, sollten prüfen, ob sie jetzt die Verbeamtung beantragen können. Die GEW berät ihre Mitglieder gern individuell. Mehr Infos und Fallbeispiele findest du auf der Webseite der GEW BERLIN.

■ **Neue Lehrkräftezumessung mit Tücken**

Die Senatsverwaltung plant grundlegende Änderungen an der Lehrkräftezumessung, die von der GEW BERLIN kritisch betrachtet werden. Einige Neuerungen gehen klar mit Verschlechterungen einher, während die Auswirkungen anderer Maßnahmen schwerer abzuschätzen sind. Erhalten bleibt die Lehrkräfteausstattung für die Studentafel und die Vertretung. Neu ist, dass etwa 3 Prozent der Berliner Gesamtzumessung für eine regionale Nachsteuerung einbehalten werden. Unklar bleibt, aus welchen Bereichen diese Ressourcen abgezogen werden sollen. Darüber hinaus sollen in jeder Region 3 Prozent der Lehrkräfteausstattung durch andere Professionen ersetzt werden – wie diese Umverteilung in den Bezirken genau erfolgen soll, bleibt fraglich. Ein weiteres Novum ist die Zusammenführung von Stunden für die Klassenleitung, Schulleitung und andere Funktionen ist einem Stundenpool. Hier ist es entscheidend, dass Schulleitungen die Verwendung der

verfügbaren Stunden in der Gesamtkonferenz transparent darlegen und die Verteilung dort besprochen wird. Besonders problematisch ist die geplante Änderung bei der Förderung an Grundschulen in den Bereichen Lernen, emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache. Statt einer schulspezifischen Zuweisung soll künftig eine pauschale Verteilung erfolgen. Diese Maßnahme hat die GEW BERLIN bereits gemeinsam mit einem breiten Bündnis öffentlich kritisiert.

■ Günther-Wünsch für Kita-Pflicht ab drei Jahren

In der Debatte um die schlechten Schulkenntnisse der Berliner Kinder hat sich Bildungsministerin Katharina Günther-Wünsch für einen verpflichtenden Vorschulbesuch ab drei Jahren ausgesprochen. »Eine Vorschulpflicht ab dem dritten Lebensjahr wäre ein wichtiger Schritt in diese Richtung«, sagte sie dem Tagespiegel. »Dafür brauchen wir eine Grundgesetzänderung, die klar signalisiert: Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Es ist unsere Verantwortung, jedem Kind unabhängig von Herkunft oder sozialen Umständen die besten Startchancen zu ermöglichen.« Berlin hat die Vorschule im Jahr 2005 abgeschafft. Aktuell gibt es ein verpflichtendes »Kitachancenjahr«: Berliner Kinder, die nicht ausreichend Deutsch sprechen, müssen künftig mindestens ein Jahr vor der Schule eine Kita oder Sprachförderangebote freier Anbieter besuchen.

■ Brandenburg: Bundeswehr-Präsenz an Schulen wird eingeschränkt

Die Brandenburger Landesregierung aus SPD und BSW will laut Koalitionsvertrag die Bundeswehr-Präsenz an den Schulen einschränken. Vorträge von Jungoffizier*innen, die bislang auf Einladung von Schulen oder Lehrkräften über die sicherheitspolitischen Aufgaben der Bundeswehr informieren, sollen künftig nur noch freiwillig für Schüler*innen während der Unterrichtszeiten stattfinden dürfen – und nicht wie bislang im Unterricht. Aus Sicht des Landesrats der Schüler*innen des Landes Brandenburg sind die Pläne der Landesregierung ein »erster, jedoch unzureichender Schritt«. »Problematisch bleibt, dass die Bundeswehr an Schulen überhaupt für Nachwuchs werben darf«, sagte LSR-Sprecher Stefan Tarnow der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ).

Die GEW wendet sich entschieden gegen den Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung des Unterrichts sowie der Lehrkräfteaus- und -fortbildung. Die GEW Bayern hat vor Kurzem Klage gegen das Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof eingereicht.

■ Immer mehr Kinder wachsen in bildungsfernen Familien auf

Der Anteil der Minderjährigen mit Eltern ohne berufsqualifizierenden Abschluss ist zwischen 2011 und 2021 von 11,4 auf 17,6 Prozent gestiegen. Das ergab eine Mitte Januar 2025 veröffentlichte Auswertung des Mikrozensus am Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Ebenfalls zugenommen hat die Zahl der Kinder mit Eltern ohne Schulabschluss. Sie stieg von 3,5 Prozent im Jahr 2011 auf 5,5 Prozent im Jahr 2021. Damit gehört inzwischen mehr als jedes zwanzigste Kind zu dieser besonders vulnerablen und förderungsbedürftigen Gruppe. Nach Angaben aus dem Mikrozensus besuchten 2021 nur 17 Prozent der Kinder unter drei Jahren aus bildungsfernen Familien eine Kita, im Vergleich zu knapp 30 Prozent aus nicht bildungsfernen Familien. Allerdings ist die Lage regional sehr unterschiedlich. Besonders hoch sind die Anteile in den Großstädten und eher niedrig in den kleineren Kommunen mit weniger als 20.000 Einwohnern.

■ Schüler*innen verlieren Vertrauen in Demokratie

Laut einer aktuellen Greenpeace-Umfrage unter gut 1000 Schüler*innen und Studierenden zwischen 16 und 25 Jahren glaubt nur eine Minderheit von 21 Prozent an die Demokratie als Lösung aktueller politischer und wirtschaftlicher Probleme. Besonders alarmierend ist, dass nur 17 Prozent der Schüler*innen an allgemeinbildenden Schulen sich ausreichend auf zukünftige Herausforderungen vorbereitet fühlen. Greenpeace fordert eine stärkere Fokussierung auf Demokratiebildung, um das Vertrauen der jungen Generation in demokratische Prozesse zu stärken und die Schulen stärker in die Verantwortung zu nehmen. In der Shell-Jugendstudie von 2024 hatten zwar mehr Jugendliche als vor fünf Jahren autokratisch-autoritäre Positionen vertreten. 75 Prozent bekundeten aber weiterhin ein hohes Vertrauen in die Demokratie. ■

I ÜBRIGENS

Gut besucht war die Veranstaltung zu aktuellen Fällen von Berufsverboten der jungen GEW und der AG Berufsverbote. Mit der Entscheidung des bayerischen Kultusministeriums, die Klimaaktivistin Lisa Poettinger nicht zum Referendariat zuzulassen, war die Diskussion hochaktuell.

Engagiert ist Poettinger als antikapitalistische Demokratin – eine Kombination, die für manche Ministerialbeamt*innen eine intellektuelle Überforderung zu sein scheint.

Wir stehen solidarisch zusammen gegen eine Wiederholung der undemokratischen Praxis der Berufsverbote! Auf den Seiten 42/43 berichten wir über die historische Aufarbeitung. chw

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die *bbz* veröffentlicht Beiträge zu vielfältigen Themen. Alle GEW-Mitglieder sind eingeladen, Beiträge einzureichen. Schreiben an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS

Mai/Juni: 10. März
Juli/August: 19. Mai

Die Inhalte in der *bbz* geben die Meinungen der Autor*innen wieder, nicht die der Redaktion. Erst recht sind sie nicht als verbandsoffizielle Mitteilungen der GEW BERLIN zu verstehen. Die *bbz* sieht es als ihre Aufgabe, nicht nur Verkündungsorgan der offiziellen Beschlusslage zu sein, sondern darüber hinaus auch Raum für kontroverse Positionen zu geben, Diskussionen zu ermöglichen und so zur Meinungsbildung in der GEW beizutragen.

I IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint zweimonatlich (6 Ausgaben). Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Christoph Wälz (verantwortlich), Christina Bauermeister (geschäftsführend), Janina Bähre, Antje Dombrowski, Josef Hofman, Nicola Kub, Antje Jessa, Caroline Muñoz del Río, Ralf Schiweck, Bertolt Prächt (Fotos), Doreen Stabenau (Sekretariat), Emilia Stemmler (Studentische Mitarbeiterin)
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
Anzeigen: bleifrei Medien + Kommunikation, info@bleifrei-berlin.de, Tel. 030/613936-30. Es gilt die Preisliste Nr. 16 vom 1.10.2021
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik / Brauweiler, Miller
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier mit dem Blauen Engel

ISSN 0944-3207 / 78. (93.) Jahrgang

3-4 / 2025: 28.800

Der Hype um KI ist berechtigt, es handelt sich tatsächlich um eine bahnbrechende Schlüsseltechnologie. Aber sie allein wird keine Lösung für die heutigen komplexen Probleme darstellen

von Christian Uhle

MIT KÜNSTLICHER INTELLIGENZ IN EINE GUTE ZUKUNFT?



Die Titel-Bildstrecke wurde diesmal von Künstlicher Intelligenz erstellt.

Technik ist eine uralte Angelegenheit. Schon in der Steinzeit erschufen Menschen verschiedene Werkzeuge, um damit wirkungsvoller handeln zu können. Durch die Epochen und Jahrtausende hat sich viel getan. Und doch gab es bei allem Wandel eine Kontinuität: Die Geschichte der Technik war im Wesentlichen eine Geschichte der Werkzeuge. Egal ob Hammer, Stift oder Auto – immer ist es der Mensch, der diese Dinge benutzt. Nun, mit der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz (KI), zeichnet sich ein historischer Bruch ab. Erstmals sind Technologien verfügbar, die in einem anspruchsvollen Sinne selbstständig Aufgaben erledigen. Um es an einem konkreten Beispiel festzumachen: Im Laufe der Geschichte haben Menschen mit Hammer und Meißel geschrieben, mit Federn, Papyrus und Papier, mit Tastaturen und mit Microsoft Word. Die verschiedenen Werkzeuge hatten gewaltige gesellschaftliche Auswirkungen, aber es gab eine Gemeinsamkeit: Immer hat der Mensch geschrieben. Bei ChatGPT ist es anders. Wir schreiben eine E-Mail nicht mit ChatGPT, sondern wir lassen sie von der KI schreiben. Diese veränderte Mensch-Technik-

Interaktion betrifft auch viele weitere Bereiche: Einen konventionellen Pkw beispielsweise fahre ich – ein selbstfahrendes Auto hingegen fährt mich.

Dieser Unterschied ist weitreichend. Er stellt einen Sprung in der Menschheitsgeschichte dar, dessen Ausmaße wir erst erahnen können. Es ist, als ob eine

neue Spezies erschaffen worden wäre, die für uns Tabellen auswerten, Protokolle schreiben, Telefonate führen, Webseiten programmieren oder Illustrationen erstellen kann. Es ist

klar, dass dies sämtliche gesellschaftliche Bereiche betrifft. Zum Beispiel wird KI

in absehbarer Zukunft sämtliche Publikationen aus der Physik lesen können, die jemals geschrieben wurden, in sämtlichen Sprachen, sie wird sich jedes Detail daraus merken und zu Erkenntnissen verknüpfen können.

Kein Mensch, kein Forschungsteam ist dazu in der Lage. So liegt es nahe,

dass wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ein deutlich verändertes Tempo in der Grundlagenforschung erleben werden. Welche Erkenntnisse werden auf diese Weise möglich sein? Und wie werden sie wiederum Technik und Gesellschaft verändern? Das können wir unmöglich vorhersehen.

»Es ist, als ob eine neue Spezies erschaffen worden wäre, die für uns Tabellen auswerten, Protokolle schreiben, Telefonate führen oder Webseiten programmieren kann.«



► KI verändert Arbeitswelten

Viele Auswirkungen von KI auf unser Leben werden indirekt sein – etwa wenn KI in der Wissenschaft eingesetzt wird, in der Medikamentenentwicklung oder in der Stadtplanung. Gleichzeitig zeichnen sich weitreichende direkte Effekte ab. Insbesondere ist klar, dass sich Arbeitswelten stark verändern. In der öffentlichen Debatte besteht aktuell ein starker Fokus auf die Frage, wo Menschen komplett durch eine KI ersetzt werden können und welche Jobs gänzlich wegfallen. Bei dieser Debatte droht aus dem Blick zu geraten, dass die meisten Menschen zwar nicht arbeitslos werden, sich ihre Arbeitsrealität aber dennoch massiv verändert. Denn Arbeitsprozesse ändern sich und damit auch die notwendigen Fähigkeiten von Menschen am Arbeitsmarkt. Das führt zu veränderten Gewinner-Verlierer-Strukturen. Einige Menschen geraten unter Druck, wenn sie beispielsweise ausschließlich davon leben, Verträge zu prüfen oder Illustrationen zu erstellen. Diese Fähigkeiten waren bisher etwas wert, verlieren nun aber an Bedeutung. Gute Illustrationen werden zu einer Massenware, erstellbar in 20 Sekunden und lassen sich nicht mehr zum gleichen Preis verkaufen. Ebenso werden sich keine drei Stunden mehr für die Prüfung eines Immobilienkaufvertrags abrechnen lassen. Das heißt nicht, dass alle Anwalt*innen, alle Illustrator*innen arbeitslos werden – aber ihre Aufgaben verändern sich, ihre Wettbewerbssituation und Karriereperspektiven. Während das solide Handwerkszeug – gut zu schreiben, gut zu rechnen, zu illustrieren, zu organisieren oder zu analysieren – an Wert verliert, werden vor allem strategische, konzeptionelle und soziale, kommunikative Fähigkeiten wichtiger.

»Während das solide Handwerkszeug an Wert verliert, werden vor allem strategische, konzeptionelle und soziale, kommunikative Fähigkeiten wichtiger.«

Die Rolle von Bildung wandelt sich

Es ist eine zentrale Aufgabe von Bildung, auf Arbeitswelten und andere gesellschaftliche Kontexte vorzubereiten und die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln. Deshalb ändert sich nun die Rolle von Bildungseinrichtungen. Eine Herausforderung ist es, die Transformation so zu gestalten, dass Verlierergruppen vermieden werden. Es liegt eine große Chance darin, dass Strukturen in der Arbeitswelt aufgesprengt werden. Denn es gibt viel Luft nach oben – wir leben nicht in der besten aller möglichen Welten. Momente des Umbruchs sind auch Momente der Gestaltung. Deshalb wünsche ich mir, dass wir dieses Möglichkeitsfenster, nun zu Beginn der Transformation, nicht verpassen und ebenso

besonnen wie mutig die Weichen stellen für eine positive KI-Zukunft. Sie bedeutet nicht unbedingt ein hochtechnisiertes Science-Fiction-Szenario, wie sie in verschiedenen Varianten aus dem Silicon Valley zu uns herüberschwappen, sondern ist möglicherweise vor allem eine Zukunft, in der Menschen selbstbestimmt leben, mit einem stärkeren sozialen Zusammenhalt und in gerechteren Verhältnissen als heute. Das wäre sehr wesentlich eine analoge Aufgabe und würde vor allem analoge Fähigkeiten erfordern. Künstliche Intelligenz – in ihrer unbestreitbar gewaltigen Macht und Potentialität – könnte darin dann ein Baustein sein. ■

Christian Uhles Buch »Künstliche Intelligenz und echtes Leben« ist zuletzt im S. Fischer Verlag erschienen.

Christian Uhle,
Philosoph und
Zukunftsforscher



KOLLEGE ROBOTER

Was bleibt mit KI vom Menschen und von Lehrkräftearbeit übrig? Ein Kommentar zur aktuellen Technikfolgenabschätzung im schulischen Kontext

von Luciano Sbaraglia

Im Dezember 2024 berichtete der Norddeutsche Rundfunk über ein Gymnasium in Delmenhorst, in dem auf Initiative von Schüler*innen ein Roboter namens »Captcha« probeweise eine Unterrichtsstunde übernahm. Was wie Science-Fiction klingt, hat tatsächlich stattgefunden – und führt dennoch in mehrfacher Hinsicht in die Irre.

Zunächst scheint die Bezeichnung »Roboter« für die präsentierte Apparatur wenig zutreffend. Es handelte sich um einen Oberkörper in Gitterstruktur mit einem Plastikkopf darauf. Die fehlende Mobilität aufgrund des nicht vorhandenen Unterleibs sowie die ziellosen Zuckungen des Rests wirkten wenig überzeugend. Der eigentliche Clou der Vorführung bestand darin, dass diese skurrile Konstruktion mit einer Künstlichen Intelligenz (KI) verbunden war, sodass die Schüler*innen interaktiv Fragen stellen konnten. Ein Mikrofon und ein Lautsprecher auf dem Tisch hätten denselben Zweck erfüllt – wenn auch ohne die Illusion einer humanoiden Maschine. Tatsächlich hätte wohl bereits ein Amazon Echo Dot ausgereicht.

Lehrende »Roboter« – eine skurrile Vorstellung

Darüber hinaus fand die Vorführung nicht im regulären Unterricht, sondern in einem speziellen Setting in der Aula des Gymnasiums statt – unter Aufsicht mehrerer Lehrkräfte, der Schulleitung und eines KI-Technikers, der im Falle technischer Störungen eingreifen konnte, falls der Geist in der Maschine doch streiken sollte.

Erfahrene Lehrkräfte dürften an dieser skurrilen Vorführung, die eher an eine Schülerpräsentation im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) erinnerte, zwei Dinge bemerken: Erstens wäre zu erwarten, dass eine solche Vorführung an einer normalen Schule, zumindest ohne das inszenierte Setting, wohl damit enden würde, dass die Einzelteile des

»Kollegen Roboter« vom Schulhof eingesammelt werden müssten. Zweitens wird schnell deutlich, dass wir von einem ernsthaften Robotereinsatz im Schulkontext noch Lichtjahre entfernt sind – auch wenn in anderen Arbeitsbereichen wie der Pflege, dem Transportwesen oder den Dienstleistungen bereits klare Tendenzen zur Automatisierung sichtbar sind und sogar forciert werden.

Obwohl Analyst*innen die Verbindung von Künstlicher Intelligenz, Robotik und Sensorik neben der Biotechnologie ab 2025 als das »nächste große Ding« prognostizieren, dürften selbst frisch aus dem Referendariat kommende Lehrkräfte ihre Laufbahn ohne Angst vor der Ablösung durch Maschinen bestreiten können.

Aus pädagogischer und didaktischer Perspektive sollte aber der Vorführung am Delmenhorster Gymnasium nicht Unrecht getan werden. Erfahrene Lehrkräfte wissen auch, dass es oft sinnvoll ist, auf solche Impulse von Schüler*innen einzugehen, selbst wenn es nur darum geht, ihr Interesse an den Dingen der Welt aufrechtzuerhalten und ihnen eine Erfahrung eigener Wirksamkeit zu ermöglichen. Dennoch zeigt das Experiment vor allem eines: Eine Verdrängung von Lehrkräften durch Roboter ist vorerst einfach nicht zu befürchten.

Menschen sind erneut völlig unvorbereitet

Der Einzug neuer Technologien war in der Geschichte oft mit Schockwirkungen verbunden. Ein technologischer Schock entsteht, wenn eine Gesellschaft unvorbereitet mit einer plötzlichen und tiefgreifen-

»Der Einzug neuer Technologien war oft mit Schockwirkungen verbunden. Diese entstehen, wenn eine Gesellschaft unvorbereitet mit einer plötzlichen und tiefgreifenden technologischen Neuerung konfrontiert wird.«

den technologischen Neuerung konfrontiert wird. Bereits seit der Neuzeit haben Autor*innen, Intellektuelle und Wissenschaftler*innen künftige Entwicklungen vorausgesehen und nicht selten davor gewarnt, doch scheint stets jede historische Verdichtung technologischen Potenzials, bis zu dem Punkt einer klar wahrzunehmenden neuen Technologie, wie der Eisenbahn, dem Computer oder der KI, die Menschen immer völlig unvorbereitet zu treffen.

Neue Technologien haben immer zu einer Art *metaphysischen Konfrontation* geführt, in dem Sinne, dass sich die Menschen immer wieder erneut hinterfragen mussten, was der Zweck des menschlichen Daseins wäre, oder was den Menschen als solchen ausmache – inwiefern also technische Progression die Stellung des Menschen im Kosmos (Scheler) infrage stelle.

Schon in E.T.A. Hoffmanns mystischen Proto-Science-Fiction Roman »Der Sandmann« von 1816 ist es der roboterähnliche Automat, der den Menschen in den Wahnsinn und Abgrund stürzt. Populärere Beispiele, die den meisten vielleicht jenseits wissenschaftlicher Diskurse greifbar sind, wären filmische Werke, wie »Odyssee im Weltraum« oder »Terminator«. Warum in all diesen Darstellungen immer gerade die Entwicklung von Robotik und KI negativ besetzt ist, würde hier den Rahmen sprengen. Gleiches würde für die Aufschlüsselung der zahlreichen technik-soziologischen Debatten und Werke aus dem 20. Jahrhundert gelten.

Die Angst, verdrängt zu werden

Ehrlicherweise interessieren sich die meisten Menschen aber auch nicht allzu sehr für die metaphysische Problematik technologischer Progression, obwohl auch aus dieser ganz wesentlich ihr *Unbehagen in der Kultur* (Freud) mitresultiert. Wesentlicher war für sie schon immer eher die klare Frage: »Macht mich die Technik bald arbeitslos?«

Eine Frage, die nur allzu verständlich ist, da sich die meisten Menschen tagtäglich in einer antagonistisch-kapitalistischen Kulturumwelt auch die Frage stellen müssen, ob sie weiterhin ihr Dasein sichern können. Auch dazu kann hier nicht allzu sehr ins Detail gegangen werden. Sicher ist, dass alle neuen Technologien auch immer solche Verdrängungsprozesse ausgelöst haben (Buchdruck, Webmaschine, Eisenbahn), wie diese in der Folge auch immer neue Arbeitsbereiche geschaffen haben. Jetzt scheint mit den aktuellen Entwicklungen aber durchaus eine neue Potenzierung technologischer Machbarkeit erahnbar, die dazu führen könnte, dass das sogenannte »Mismatch« in der Arbeitswelt – also die Diskrepanz zwischen eigener Arbeitsqualifikation und der Anforderung der Arbeitsstelle – immer schwerer zu überbrücken wird. Es scheint jedenfalls annehmbar, dass sich aus einmal freigesetzten Supermarkt-Angestellten oder Zugführer*innen wahrscheinlich

nicht einfach so in großer Zahl pädagogisches oder IT-technisches Personal gewinnen lässt.

Angriff auf die Gewohnheiten der Gesellschaft

Die dritte Ebene des technologischen Schocks, also nach *metaphysischer Konfrontation* und der Frage nach Arbeits- und Leistungsverdrängung, betrifft die Ebene der erlernten bzw. tradierten Sozialverhältnisse und *Denkgewohnheiten* (Veblen) in der Gesellschaft. Und dieser Umstand findet sich im pädagogischen Schulkontext umso mehr wieder, schon weil Bildungseinrichtungen die gesellschaftlichen Hotspots schlechthin sind.

Als Folge machte sich von der Grundschule bis zur Universität eine fast panische Unruhe breit, gerade was bewertbare Aspekte von zu erbringender »Eigenleistung« angeht. Auch hier haben ältere Lehrkräfte schon Erfahrungen mit vergleichbaren Schocks durchlaufen, als zum Beginn der 2000er Jahre Wikipedia online ging und »googeln« zur Normalität wurde. Die Wikipedia- und Google-Schocks waren im Kern von ähnlicher Natur und es lässt sich rückblickend sagen, dass diese Phänomene zwar vieles verändert haben, aber keinesfalls große Umwälzungen zur Folge hatten. Im Grunde schlägt die KI als Mittel nur einen historischen Bogen vom neuzeitlichen Buchdruck in die Gegenwart.

Auch hierzu in aller Kürze: die unserer Gesellschaft zugrunde liegende Arbeits-, Handlungs- und Denkgewohnheit ist die Unehrlichkeit. Lebensläufe werden beschönigt, Bewerbungen aufpoliert, Statistiken umgerechnet und in Steuererklärungen ein paar Schreibblöcke zu viel angegeben. So ist es immer wieder bemerkenswert, wie sich die Zahlen zum sogenannten *Lehrermangel* zwischen Forscher*innen und Gewerkschaften einerseits sowie politisch Verantwortlichen andererseits unterscheiden, oder wie viele Politiker*innen immer wieder gedacht haben, dass ihre abgeschriebene Doktorarbeit nicht auffliegen würde. Auf allgemeine Selbstdarstellungsmechanismen in sozialen Netzwerken und auf Manipulationsstrategien kommerzieller Werbung muss gar nicht erst eingegangen werden.

Von dieser Annahme ausgehend, ergibt sich für die Institution Schule ein paradoxes Verhältnis. Obwohl die Gesellschaft durch unehrliche Spielweisen angetrieben wird, ist die allseitige Vermittlung in der Schule daran ausgerichtet, quasi diese Spielweisen offenzulegen, um so beim Heranwachsen einen funktionalen Umgang mit diesen zu vermitteln. Wenn wir unseren Kindern und Jugendlichen also beispielweise vermitteln, dass sie keinem Schönheitsideal entsprechen müssen, Formen des sozialen Ausgleichs umsetzen sollen und auf ihren Zuckerkonsum achten sollten, dann richtet sich dies eigentlich gegen das, was den Menschen in dieser Gesellschaft permanent herangetragen wird: sei schöner, sei besser und konsumiere.



GEW-Ressourcen zu KI:
www.gew.de/ki



»Die Wikipedia- und Google-Schocks waren von ähnlicher Natur und es lässt sich rückblickend sagen, dass diese Phänomene zwar vieles verändert haben, aber keinesfalls große Umwälzungen zur Folge hatten.«

Wieder denken lernen

Was hat das aber mit Künstlicher Intelligenz zu tun? Nun, zumindest scheint mit der KI sich die Möglichkeit zu offenbaren, sich an neuen bzw. alten Tugenden zu orientieren, was auch mit einer gewissen *Ehrlichmachung* einhergeht. Wie nie zuvor können wir uns Wissen und Informationen aneignen – komprimieren, vorlegen und aufarbeiten lassen. Wenn nun immer mehr dieser Bereiche einfach an die Maschine delegiert werden können, Hausarbeiten, Lernprojekte und Hausaufgaben vom *Elektronengehirn*, von der *Denkmaschine*, ausgespuckt werden, dann stoßen wir irgendwann wieder auf die Ebene der vorherbenannten metaphysischen Konfrontation, indem sich die Frage stellt, was dann für den Menschen noch übrig bleibt. Vielleicht etwas, was frei nach der Philosophin Hannah Arendt als das *Denken lernen* bezeichnet werden könnte, was seit langer Zeit nicht mehr so im hohen Kurs steht. Ein Schul-

system, das sich aber traditionell an Formen der Bemessung durch Klassenarbeiten und Zeugnisnoten orientiert, scheint dafür aber eher im hohen Maße ungeeignet. So könnte auch die Gefahr bestehen, dass am Ende aus Gründen der Bequemlichkeit und angeblicher Unmöglichkeiten lieber stillschweigend in alten Mechanismen und Strukturen verharret wird, obwohl sich eigentlich alle Beteiligten schon längst einig darüber sind, dass dies weder plausibel noch wünschenswert ist – wie so oft.

Sollte dieses Szenario so eintreten – und es ist leider eher anzunehmen – bliebe vielleicht am Ende nur zu hoffen übrig, dass zumindest dann so viel Ehrlichkeit aufkommt, dass Lehrkräfte in Zukunft viel von ihren nutzlos übergehäuften Aufgaben – wie die Erstellung von Schulversäumnisanzeigen oder Förderplänen – einfach an die Maschine abschieben können, um wenigstens so von der technologischen Progression etwas für sich zu gewinnen, um damit zumindest etwas ihren Grad an tagtäglicher *ideeller Ausbeutung* abzumildern. Vielleicht könnte eher darin mal die Zukunft des *Kollegen Roboter* liegen. ■



KI-Anwendungen
in der Schule

Luciano Sbaraglia, Lehrer,
promovierte zum Thema Technokratie

KI-Anwendungen verändern Bildungseinrichtungen. Gerade wo Prüfungsleistungen erbracht werden müssen, gibt es Unsicherheiten

von Jan Eike Köhn

QUELLE: CHAT GPT

Das prominenteste KI-Tool ist das Sprachmodell ChatGPT. Das Modell wurde mit riesigen Textdaten trainiert und hat so »gelernt«, Muster, Strukturen und Zusammenhänge in Texten zu erkennen. Die Art und Weise, wie das Sprachmodell diese Inhalte erfasst, nennt sich neuronales Lernen und ist in der Theorie dem menschlichen Lernen sehr ähnlich. Auf Grundlage von Wahrscheinlichkeiten kann das Modell vorhersagen, welches Wort beziehungsweise welcher Textabschnitt als nächstes kommen sollte. So können dynamische und kontextbezogene Antworten auf Anfragen, die sogenannten Prompts, entstehen. Aufgrund der Funktionsweise und der Art, wie ChatGPT lernt, ist es derzeit nicht möglich, zuverlässig zu sagen, ob der Text Produkt eines Sprachmodells oder einer natürlichen Person ist. Dies stellt gerade für Schulen eine große Herausforderung dar.

Grenzen der Verwendbarkeit

Alle Nutzer*innen von ChatGPT müssen früher oder später feststellen, dass gerade die Antworten und Lösungen von ChatGPT 4.0 beeindruckend gut sind.



Trotzdem gibt es bestimmte Grenzen, wie ChatGPT im schulischen oder akademischen Kontext verwendet werden kann. Um sich das Ganze besser vorstellen zu können, betrachten wir beispielhaft ChatGPT als natürliche echte Person, die sehr viel Wissen hat. Wenn wir jetzt eine Frage, den sogenannten Prompt, an diese Person stellen, kann diese Person uns Fakten und Erklärungen auf Grundlage ihres Wissens geben. Wir können dieses Wissen aber nicht einfach verwenden, da es sich bei allen Antworten immer nur um die Wiedergabe von Literatur oder Quellen handelt. Mit anderen Worten: ChatGPT gibt Sekundärliteratur aus. Wenn wir uns nun an den Regeln zum wissenschaftlichen Arbeiten orientieren, ist Sekundärliteratur nicht uneingeschränkt verwendbar. Wir müssen uns also an der Primärliteratur orientieren, auf die ChatGPT unter anderem trainiert wurde. Es gibt immer Fälle, in denen ChatGPT auch als Quelle verwendet werden kann. Dies bringt uns zur zweiten grundsätzlichen Frage, die Schulen immer wieder beschäftigt: Wer ist dann eigentlich Autor*in des Textes? Auch wenn KI-generierte Inhalte keinen Urheberrechtlichen Schutz genießen, handelt es sich dennoch um fremde Inhalte, die keine eigene geistige Leistung darstellen. Verwende ich also einen vollständig von ChatGPT generierten Text, ist dies nicht mein eigenes Werk und muss entsprechend gekennzeichnet werden.

KI in Bildungseinrichtungen nutzen

Hierfür hat die Berliner Senatsverwaltung in einer Handreichung zur KI-Nutzung an Schulen eine Empfehlung gegeben. Um diese an typische Literaturverzeichnisse und Quellenangaben anzupassen, haben wir die Angabe von ChatGPT als Literatur weiterentwickelt. Literatur und Quellenverzeichnisse dienen auch dem Zweck, die Arbeit von Autor*innen lückenlos nachvollziehbar zu machen. Daher sollte der benutzte Prompt im Verzeichnis immer mit angegeben werden. Oftmals hat man bei KI-Tools die Möglichkeit, einen Permanent-Link zu generieren. Dieser Permanent-Link ist quasi eine Abbildung der Anfrage mit genau der ausgegebenen Antwort und erlaubt es so, klar nachvollziehen zu können, auf welchen Prompt es welche Antwort gab. So können Lehrende im Nachgang genau nachvollziehen, welcher Prompt zu welchem Ergebnis geführt hat. Im Literaturverzeichnis ist der Name der KI, der Permanent-Link, der benutzte Prompt mit Datum und die Person, die den Prompt formuliert hat, anzugeben.

Häufig kommt es zu sehr langen Prompts, da zum Beispiel Text mit angegeben wird. Hier ist es sinnvoll, diese als Anhang aus dem Quellen- beziehungsweise Literaturverzeichnis auszulagern oder nur eine kurze Beschreibung anzugeben, wenn der Inhalt bereits über einen Permanent-Link nachvollziehbar ist. Ein weiterer entscheidender Punkt ist, dass die eigene Arbeit der zu Prüfenden im Vordergrund ste-

hen muss. Generiert die zu prüfende Person nun einen Großteil der Texte beziehungsweise der Prüfungsleistung mithilfe von KI-Tools, steht nicht mehr ihre eigene Leistung im Vordergrund und dies muss dementsprechend gewertet werden. Hier hilft auch nicht, wenn das verwendete KI-Tool richtig zitiert wird.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wo für Lernende eigentlich noch ChatGPT verwendet dürfen. Die Möglichkeiten sind so vielseitig, dass hier nicht alle aufgezählt werden können. So gibt es die Möglichkeit der Rechtschreib- und Grammatikkorrekturen. ChatGPT kann zudem Formulierungshilfen bieten, zum Beispiel für Leitfragen von Präsentationsprüfungen oder es kann helfen beim Auffinden von geeigneter Literatur sowie bei Verständnisfragen, indem es anhand von Beispielen Erklärungen einholen kann.

Prüfungsformen verändern sich

Bildungseinrichtungen werden in den nächsten Jahren vor der Hürde stehen, auf der einen Seite KI-Tools so zu unterrichten, dass Lernende die nötigen Soft Skills entwickeln, KI-Systeme bedienen und sinnvoll anwenden zu können, auf der anderen Seite die Nutzung von KI-Tools so zu regulieren, dass eine Sinnhaftigkeit in allen Lebensbereichen besteht. Während der Anfänge von ChatGPT ist es zur Mode geworden, bei Präsentationen Texte über ChatGPT zu generieren, auf Karteikarten zu kleben und dann als den eigenen Text vorzulesen. Dies ist ohne die Kennzeichnung keine eigene Leistung und zeigt, dass in einem Nachgespräch mehr Auseinandersetzung mit den thematischen Inhalten stattfinden muss, um sicherzustellen, dass diese auch verstanden wurden. Fragen zum methodischen Vorgehen sollten auf die sinnvolle und reflektierte Verwendung von KI-Tools gelenkt werden, gerade dann, wenn KI-Tools als Quelle, Literatur oder sonstiges angegeben wurden.

ChatGPT verspricht in vielen Bereichen eine erhebliche Arbeitserleichterung. Gleichzeitig darf die Fähigkeit, sich selbst in Sachverhalte einzuarbeiten und Informationen zu extrahieren, nicht verloren gehen. ■



Manuel Flicks
ChatGPT-Guide
für Lehrkräfte

»Bei Präsentationen muss in einem Nachgespräch mehr Auseinandersetzung mit den Inhalten stattfinden, um sicherzustellen, dass diese auch verstanden wurden.«

Jan Eike Köhn,
Geschäftsführer des
Bildungsdienstleisters Educaltex



Warum Künstliche Intelligenz Lernprozesse sowohl fördern als auch behindern kann

von Joscha Falck

KI-PARADOXIEN



Während KI-Systeme das Potenzial haben, Lernprozesse zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten, treten im Schulalltag paradoxe Effekte auf: Entlastung, Kompetenzen, Motivation und einige andere Bereiche stehen in einem oft widersprüchlichen Verhältnis zu den Erwartungen. Möglicherweise ist es ein Teil des kollektiven Lernprozesses, mit den folgenden Paradoxien umzugehen beziehungsweise sie zumindest auszuhalten.

Kollektiv lernen und Widersprüche aushalten

Das Entlastungsparadoxon beschreibt Ent- und Belastung durch KI-Systeme. Ohne Frage können KI-Systeme dazu beitragen, Lehrkräfte in vielerlei Hinsicht zu entlasten. Gleichzeitig tritt dieser Effekt nur ein, wenn eine gewisse Einarbeitungsleistung vollbracht wird. Diese kommt als on-top-Aufgabe und zusätzliche Belastung hinzu. Letztlich muss man erst über den Berg, bevor man den neuen Horizont erblickt.

Ein weiteres Paradoxon betrifft die Kompetenzen. Lehrkräfte und Schüler*innen benötigen ein hohes Kompetenzniveau, wie zum Beispiel sprachliche Fähigkeiten, Prompting und kritisches Denken, um KI-Systeme sinnvoll einsetzen zu können. Gleichzeitig werden verschiedene Fähigkeiten erst entwickelt, wenn die entsprechenden Systeme aktiv genutzt werden.

»Künstliche Intelligenz verändert unser Lernen und den Umgang mit Informationen fundamental. Dies zu ignorieren, führt zu einer Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Entfremdung zwischen Lernenden und dem System Schule.«

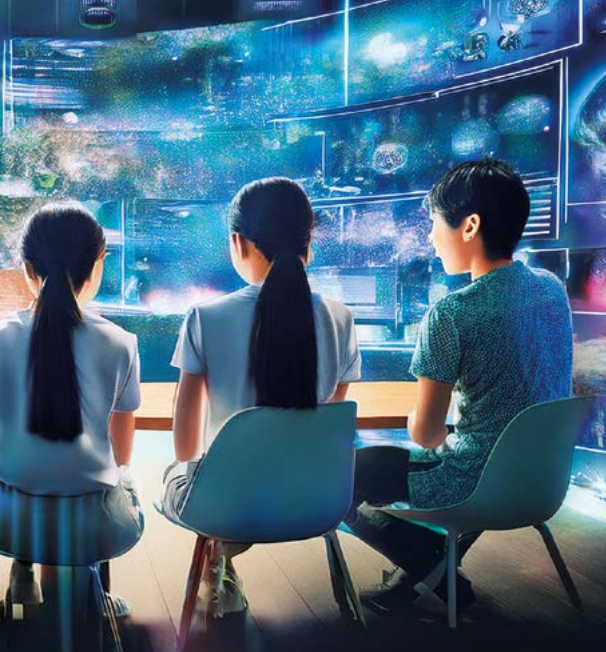
Das Toolparadoxon beschreibt das schwierige Verhältnis von Lernen und KI-Werkzeugen. Lehrkräfte wissen, dass es nicht auf einzelne KI-Werkzeuge ankommt. Entscheidend sind vielmehr der sich wandelnde Bildungsauftrag, Zukunftskompetenzen und das Lernen in einer von KI geprägten Welt. Gleichzeitig ist der Diskurs überwiegend vom »jetzt kann KI...«-Charakter geprägt. Wir müssten mehr über das Lernen reden, benötigen aber Werkzeuge, um Bildung und Lernen in neuer Weise zu erschließen.

KI entlastet und weckt Misstrauen

Einen weiteren Punkt stellt das Kooperationsparadoxon dar. Lehrkräfte wie Schüler*innen finden die Arbeit mit KI entlastend, gewinnbringend und sinnvoll für verschiedenste Einsatzgebiete. Gleichzeitig gelingt die gemeinsame Akzeptanz im Unterricht an vielen Stellen nicht. Misstrauen und Skepsis verhindern, dass Co-Konstruktionsprozesse mit KI als kollektive Arbeitsweise zur Gewohnheit werden. Im schlimmsten Fall führt das dazu, dass Schüler*innen die Nutzung von KI verschleiern, um sich nicht dem Vorwurf des Betrugens aussetzen zu müssen.

Das Motivationsparadoxon beschreibt, wie KI-Systeme die Motivation der Schüler*innen beeinflussen können. Diese können die Motivation steigern, indem sie personalisierte Unterstützung, sofortiges und individuelles Feedback und flexible Lernumgebungen bieten. Gleichzeitig kann der Einsatz von KI zu einer abnehmenden Eigeninitiative führen (Skill Skipping), möglicherweise sogar zu Kompetenzabbau (Deskilling) und/oder einem Gefühl der Abhängigkeit von der Technologie. Während KI das Lernen erleichtert, könnte sie gleichzeitig die intrinsische Motivation verringern, Herausforderungen eigenständig anzugehen.

KI-Systeme bieten Chancen für mehr Bildungsgerechtigkeit, da sie in weiten Teilen kostenfrei und



generieren. Um neue Evidenzen zu erhalten, sind wir gezwungen, ohne forschungsgelittete Orientierung auszuprobieren und neue Felder des Lehrens und Lernens zu erkunden.

Technologie kann technokratische Perspektiven fördern

Der Lehrer und Bildungsblogger Hauke Pöler hat darauf hingewiesen, dass er noch ein zehntes Paradoxon sieht. Er nennt es Zielparadoxon und beschreibt es folgendermaßen: »Viele KI-affine Lehrpersonen wollen die Möglichkeiten von LLM/KI für die Weiterentwicklung offenerer Lernformen, flexiblerer Lernformate, individuellerer Begleitung und zielgerichteterer Unterstützung im Lernprozess nutzen und damit bestehende Initiativen zur Unterrichtsentwicklung stärken. Gleichzeitig kann die Technologie aber gerade im Bereich Individueller Tutorieller Lernsysteme auch dazu führen, dass mehr Überwachung und Steuerung die technokratische Perspektive auf Lernen und ein technokratisches Verständnis von Lernprozessen im Sinne optimaler Input-Output-Effizienz fördern.«

Wenn wir die technischen Entwicklungen ernst nehmen, können wir nicht einfach weitermachen wie bisher. Künstliche Intelligenz verändert als niedrigschwelliges Denkinstrument unser Lernen und den Umgang mit Informationen auf fundamentale Art und Weise. Dies zu ignorieren, führt mindestens zu einer Verschärfung der ohnehin schon bestehenden Entfremdung zwischen Lernenden und dem System Schule.

Diese neuen Möglichkeiten kritisch in der Institution Schule zu erkunden, erfordert Mut und die Bereitschaft, sich selbst als Lernende zu begreifen. Lernende, die gemeinsam im Kollegium und mit Schüler*innen ausprobieren, reflektieren, kritisch bewerten und neue Wege erproben. Idealerweise geht es dabei nicht nur darum, all die beschriebenen Widersprüche auszuhalten, sondern die einzelnen Bereiche aktiv zu gestalten und unsere Rolle in einer sich verändernden Welt bewusst anzunehmen.

Gleichzeitig sind die beschriebenen Aspekte auch ein Call to Action: Auf allen Ebenen des Bildungssystems muss Bewegung entstehen, um Antworten auf die KI-bezogenen Entwicklungen zu finden. Die Analyse der Paradoxien kann dabei helfen, ein tieferes Verständnis der aktuellen Herausforderungen zu entwickeln und im besten Fall zum Auflösen der Widersprüche beitragen. ■

unabhängig vom Elternhaus zur Verfügung stehen, um Lernende individuell zu fördern. Gleichzeitig profitieren hauptsächlich diejenigen davon, die über ein höheres Bildungsniveau verfügen und die Systeme für sich – dank entsprechender Kompetenzen – zu nutzen wissen. KI wirkt dabei als ein weiterer Verstärker. Die einen ziehen mit zahlreichen individuellen Entfaltungsmöglichkeiten davon, während die anderen noch weiter abgehängt werden. Dieses Problem ist das Gerechtigkeitsparadoxon.

Den Entwicklungen hinterher

Betrachtet man das Tempo der KI-Innovationen müsste sich das Bildungssystem in kürzester Zeit und auf verschiedenen Ebenen an die neuen Gegebenheiten anpassen. Die Zeit, die hierfür benötigt wird, steht jedoch nicht zur Verfügung, sodass Bildungseinrichtungen mit veralteten Systemen und überholten Konzepten arbeiten müssen, obwohl neue und fortschrittlichere Technologien verfügbar wären. Hierbei handelt es sich um das Geschwindigkeitsparadoxon. Neben veralteten Systemen und überholter Technik können auch starre Verwaltungsstrukturen Entwicklungen hemmen. Obwohl die Ebenen der Bildungsadministration die Notwendigkeit erkennen, dass Schulen auf die Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz reagieren müssen, gelingt es nicht, Schulen mit der nötigen Infrastruktur, mit Zugängen zu datenschutzkonformen KI-Tools und/oder Anpassungen im Prüfungsrecht auszustatten. Dieser Widerspruch kann als Administrationsparadoxon bezeichnet werden.

Und zuletzt gibt es noch das Erkenntnisparadoxon. Verständlicherweise wünschen sich viele Beteiligte valide Forschungsergebnisse, die zeigen, welcher KI-Einsatz in welcher Weise wirksam ist. Gleichzeitig lassen sich diese Erkenntnisse nur anhand von Untersuchungen einer bereits veränderten Praxis



Joscha Falcks
Blogbeitrag
»Fünf Dimensionen
für den Unterricht«
joschafalck.de

Joscha Falck,
Mittelschullehrer und Schulentwicklungsmoderator in Mittelfranken



Künstliche Intelligenz kann zur Stärkung von Inklusionsprozessen beitragen

von Lea Schulz

BILDUNG OHNE BARRIEREN

Die Digitalisierung hat in den letzten Jahren zahlreiche Lebensbereiche erfasst – von der Arbeitswelt über die Freizeitgestaltung bis hin zur Bildung. Besonders im Bildungswesen zeigt sich, dass digitale Technologien nicht nur neue Lernformen ermöglichen, sondern auch Inklusion fördern können. Der Begriff »Diklusion«, eine Synthese aus »digitale Medien« und »Inklusion«, beschreibt einen Ansatz, der diese Potenziale gezielt nutzt. Doch welche Rolle spielt Künstliche Intelligenz (KI) in diesem Konzept? Und wie können Lehrkräfte die Möglichkeiten von KI in ihrem Unterricht sinnvoll einsetzen, ohne die damit verbundenen Herausforderungen aus den Augen zu verlieren?

Der Ansatz der Diklusion

Im Kern zielt Diklusion darauf ab, allen Lernenden unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten oder sozialen Hintergründen den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu ermöglichen. Digitale Technologien spielen dabei eine Schlüsselrolle: Sie können Barrieren abbauen und individuelle Förderung ermöglichen. Sprachmodelle wie ChatGPT oder assistive Technologien wie Text-to-Speech-Systeme sind Beispiele dafür, wie KI eingesetzt werden kann, um Teilhabe zu verbessern. Für Schüler*innen mit motorischen Beeinträchtigungen können etwa Spracherkennungssysteme genutzt werden, während Übersetzungstools wie Google Translate oder Sprachmodelle Kindern, die Deutsch als Fremd- oder Zweitsprache erwerben, beim Verstehen von Unterrichtsmaterialien unterstützen.

Die Anwendung von KI im Bildungswesen bietet weitreichende Chancen. KI-gestützte Programme können beispielsweise Lernprozesse personalisieren, indem sie Inhalte an die Voraussetzungen und Bedarfe der Lernenden anpassen. Dies ist in heterogenen Klassen ein großer Vorteil, in denen Kinder mit unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen oder



kognitiven Voraussetzungen lernen. Ein konkretes Beispiel ist der Einsatz von Sprachmodellen zur Erstellung differenzierter Lesetexte. Lehrkräfte können mit wenigen Eingaben Texte generieren, die verschiedene Schwierigkeitsgrade abdecken – von vereinfachten Sätzen bis hin zu anspruchsvollen Fachtexten. Solche Materialien tragen dazu bei, dass alle Schüler*innen auf ihrem individuellen Niveau gefördert werden. Darüber hinaus können KI-Tools Lehrkräften Zeit sparen, die sie dann nutzen können, um Kinder persönlich und individuell zu unterstützen. Automatisierte Feedbacksysteme, die Schüler*innen personalisierte Rückmeldungen geben, oder Tools zur inklusiven Unterrichtsplanung entlasten den Arbeitsalltag und schaffen Raum für kreative Unterrichtsgestaltung.

Trotz der vielfältigen Möglichkeiten birgt die Nutzung von KI auch Herausforderungen. Eine zentrale Hürde ist die digitale Spaltung, wie sie beispielsweise bei Bosse und Sponholz oder Eickelmann beschrieben wird. Nicht alle Schüler*innen haben Zugang zu den notwendigen technischen Geräten oder einer stabilen Internetverbindung. Auch die Kompetenzunterschiede im Einsatz digitaler Medien zeigen einen sogenannten »digital gap« zwischen den Schüler*innen auf. Diese Ungleichheiten verstärken soziale Disparitäten und stellen die Chancengerechtigkeit infrage.

Darüber hinaus wirft die Nutzung von KI weitere Fragen auf, wie zum Beispiel die nach der Ethik. Algorithmen, die auf unzureichend diversifizierten Datensätzen basieren, können Vorurteile reproduzieren und bestehende Ungleichheiten verschärfen. So besteht die Gefahr, dass kulturelle oder sprachliche Besonderheiten nicht ausreichend berücksichtigt werden. Auch Datenschutz und die Sicherung persönlicher Daten stellen eine große Herausforderung dar, insbesondere im sensiblen Bereich der Schule. Ein weiterer Aspekt ist die notwendige Kompetenz der Lehrkräfte. Der effektive Einsatz von KI erfordert nicht nur technisches Wissen, sondern auch ein Verständnis für die didaktischen Potenziale und Grenzen dieser Technologien. Ohne entsprechende Fortbildungen laufen Lehrkräfte Gefahr, die Tools entweder unreflektiert einzusetzen oder ihre Chancen nicht vollständig auszuschöpfen.

Das Fünf-Ebenenmodell bietet Orientierung

Um den Einsatz von KI im Unterricht systematisch zu gestalten, bietet das Fünf-Ebenen-Modell der Diklusion eine wertvolle Orientierung. Das Modell zeigt anschaulich und praxisnah auf, wie digitale Technologien zur Inklusion beitragen können:

- Lernen durch Medien: Assistive Technologien wie Spracherkennung oder Augensteuerung ermöglichen Schüler*innen die aktive Teilnahme am Unterricht, indem Barrieren verringert werden.
- Lernen mit Medien: KI wird zur Unterstützung des

Lernprozesses eingesetzt. Sprachmodelle vereinfachen komplexe Inhalte und bieten individuelle Unterstützung durch Erklärungen schwieriger Begriffe.

- Kooperatives Lernen: KI-gestützte Tools fördern die Zusammenarbeit in Lerngruppen, etwa durch Echtzeitübersetzungen oder die Strukturierung gemeinsamer Projekte.
- Unterstützung der Lehrkräfte: Auf der organisatorischen Ebene ist es möglich, Technologien zur Unterstützung der Lehrkräfte einzusetzen, um effizient inklusiven Unterricht zu planen oder auszuwerten. Automatisierte Feedbacksysteme und Tools zur Materialerstellung erleichtern beispielsweise die Unterrichtsplanung.
- Reflexion über Medien: Alle Schüler*innen sollten lernen, die Funktionsweise von KI zu verstehen und kritisch zu hinterfragen. Dies fördert ein verantwortungsvolles Medienverhalten und stärkt ihre Fähigkeit zur demokratischen Teilhabe.

»KI-gestützte Programme können Lernprozesse personalisieren, indem sie Inhalte an die Voraussetzungen und Bedarfe der Lernenden anpassen.«

Vom Konzept zu gelebter Praxis

Diklusion birgt ein enormes Potenzial, das Bildungssystem gerechter und effizienter zu gestalten. Auch Künstliche Intelligenz kann dabei helfen, Barrieren abzubauen und individuelle Lernprozesse zu unterstützen. Doch um diese Chancen auszuschöpfen, müssen die damit verbundenen Herausforderungen aktiv angegangen werden. Eine ausreichende technische Infrastruktur, gezielte Fortbildungen für Lehrkräfte und eine ethische Auseinandersetzung mit den Risiken der KI sind unabdingbar. Nur so kann Diklusion von einem Konzept zu gelebter Praxis werden – und Bildung ohne Barrieren Wirklichkeit werden. ■



Lea Schulz' Webseite mit Beiträgen zu Diklusion und einer Übersicht inklusiver digitaler Tools: leaschulz.com

Lea Schulz,
Europa-Universität Flensburg/IQSH,
Diklusions-Expertin und
Sonderschullehrerin



DIE ROLLE KÜNSTLICHER INTELLIGENZ IN DER BERUFLICHEN BILDUNG

KI-Methoden können dabei helfen, gute Aus- und Weiterbildung individuell und passgenau für Millionen von Menschen zu schaffen

von Benjamin Paaßen

Demographischer Wandel, Klimatransformation und Digitalisierung sorgen dafür, dass über das kommende Jahrzehnt Millionen von Fachkräften in Deutschland aus- und weitergebildet werden müssen. Unser aktuelles Bildungssystem scheint diesem Bedarf kaum gewachsen. Methoden der Künstlichen Intelligenz (KI) könnten helfen, gute und personalisierte Bildung für alle verfügbar zu machen – wenn wir es richtig anstellen. Aber zunächst einen Schritt zurück: Was heißt hier eigentlich Künstliche Intelligenz? Ich meine mit KI einen Werkzeugkasten von Methoden, die einzelne Fertigkeiten automatisieren, die wir typischerweise für intelligent halten. In der beruflichen Bildung können das zum Beispiel Fertigkeiten sein wie: Erkennen, ob jemand bei einer Hausaufgabe Hilfe braucht und diese Hilfe dann geben. Gerade ist viel die Rede von großen Sprachmodellen, den large language models (LLM), wie zum Beispiel GPT. Solche Modelle sind eigentlich bloß dazu da, Text zu vervollständigen, werden uns aber gerade wie Universal-KI-Systeme verkauft, die fast alles können. Das ist nicht der Fall. Wenn ich ein Sprachmodell bitten würde, die Texte meiner Studierenden zu korrigieren und zu benoten, gibt es keinerlei Garantie, dass diese Korrekturen und Benotungen irgendeinen Sinn ergeben, weshalb ich das auch nicht tue.

»Gute pädagogische Arbeit ist zu komplex, um sie wegzuautomatisieren.«

Wobei KI-Systeme helfen könnten

Das klingt erst einmal ernüchternd. Trotzdem können KI-Methoden eine gewichtige Rolle in der (digitalen) beruflichen Bildung der Zukunft spielen und zwar in wenigstens drei Hinsichten.

Erstens könnten KI-Methoden dabei helfen, für uns als individuelle Menschen die jeweils passenden Aus- und Weiterbildungsinhalte zu finden. Wenn ich etwa schreibe, dass ich gern Gymnasiallehrkraft für Mathematik und Informatik in Berlin wäre, könnte ein System die notwendigen Voraussetzungen herausuchen, mir vorlegen und mich testen, inwieweit ich die Voraussetzungen erfülle, mit von Menschen gestalteten Tests. Für alle Voraussetzungen, die mir fehlen, könnte das System dann ein Weiterbildungsangebot vorschlagen, entsprechend meiner individuellen Bedarfe, etwa angemessen für meine Vorkenntnisse und berufsbegleitend.

Wenn ich nun ein passendes Angebot für mich gefunden habe, folgt Schritt zwei: Die individualisierte Bereitstellung von Inhalten innerhalb des Kurses. Idealerweise würde mir zum Einstieg in den Kurs bereits ein Fragebogen vorgelegt, der meine Vorkenntnisse erhebt. Dann kann das Kursmaterial automatisch an mich angepasst werden. Und während ich das Material bearbeite, kann das System meinen Fortschritt messen und gegebenenfalls individuell nachsteuern, mit einfacheren Aufgaben, wenn ich überfordert bin oder mit tiefergehenden, optionalen Inhalten, wenn ich rasch vorankomme. Wohlge- merkt: Die Gestaltung des Materials selbst, die Prüfung und die pädagogische Verantwortung für den Kurs würden hier immer noch vollständig Menschen übernehmen. Es geht hier bloß um die Selbstarbeitsphasen, etwa in e-learning-Systemen.

Schließlich Schritt drei: Während ich einzelne Inhalte bearbeite, sollte mir ein System individualisiert Hinweise und Hilfestellung geben, wenn ich nicht weiterkomme und zwar nur so viel, dass ich weiterhin gefordert, aber nicht überfordert bin. Hier übrigens scheitern Sprachmodelle grandios. Sie sind darauf trainiert, Text zu generieren, der mich möglichst rasch zufriedenstellt, aber nicht darauf, mich zu fordern und sich eher zurückzuhalten, damit ich selbst die Lösung finde. Es sind also Kombinationen mit anderen, passenden Methoden gefragt.

In virtueller Realität lernen

Und wo wir gerade von einzelnen Inhalten sprechen: Unsere aktuellen digitalen Angebote in der beruflichen Bildung sind ja leider noch häufig Text und Multiple-Choice-Quizfragen. Das ist der Praxisnähe beruflicher Bildung eigentlich nicht angemessen. Im Prinzip könnten wir längst viel mehr: Es gibt etwa Lernmodule aus der Forschung in virtueller Realität, in der sich das Autolackieren üben lässt, das Schweißen, Patient*innengespräche in der Pflege, Erste Hil-



»Sprachmodelle sind darauf trainiert, Text zu generieren, der mich möglichst rasch zufriedenstellt, aber nicht darauf, mich zu fordern und sich eher zurückzuhalten, damit ich selbst die Lösung finde.«

fe, Klassensituationen in der Lehrkräfteausbildung, Bewerbungstrainings und vieles mehr. Deutschland ist in diesem Bereich tatsächlich weltweit ziemlich weit vorn.

Aber wenn doch so viel tolle Dinge im Prinzip möglich sind, warum sehen wir dann so wenig davon in der Praxis? Weil das meiste davon, leider, in der Forschung hängen bleibt. Gute KI-gestützte Lehrkonzepte aus der Forschung in alltagsbrauchbare Produkte zu verwandeln, dauert leider viele Jahre, für die es kaum Fördermöglichkeiten gibt. Die Wunschvorstellung der Politik scheint zu sein, dass Menschen, die ein gutes Konzept während ihrer Promotion erforscht haben, dann eine Firma gründen und das Konzept dem Bildungssystem wieder für viel Geld verkaufen. Das passiert aber nur in den wenigsten Fällen und ist aus meiner Sicht auch Verschwendung. Gesellschaftlich sinnvoller wäre es, langjährige Transferprojekte zu ermöglichen, in denen sowohl Wissenschaftler*innen als auch Lehrende und Lernende Ressourcen und Zeit bekommen, ein Konzept praxistauglich zu machen.

Berufliche Bildung im Blick

Außerdem braucht es mehr Personal für Bildungsinstitutionen, wie Berufsschulen etwa, um Bildungstechnologien in der Praxis einzuführen, zu warten und den Lehrenden und Lernenden zu erklären. Denn eines zeigt die Forschung ganz eindeutig: eine noch so tolle, KI-gestützte Bildungstechnologie bringt in der Praxis wenig, wenn Lehrende und Ler-

nende mit ihr nicht umzugehen wissen. Wirklich positive Wirkung entfalten können Bildungstechnologien nur, wenn sie so selbstverständlich einsetzbar sind wie ein Schulbuch heute und wenn Personal und Zeit für den Einsatz da ist. Dann kriegen wir es auch hin, gute Bildung individuell passgenau für Millionen von Menschen bereitzustellen, mit Mitbestimmung der Lernenden und Lehrenden, mit Datenschutz und mit guter Pädagogik.

Ich ende also mit einem Aufruf an meine Kolleg*innen in der GEW: Bringen Sie sich in Sachen KI in der beruflichen Bildung ein. Bestimmen Sie mit. Stellen Sie sicher, dass KI den pädagogischen und individuellen Zielen der Lernenden dient. Beharren Sie darauf, dass gute pädagogische Arbeit komplex ist, zu komplex, um sie wegzuautomatisieren, aber seien Sie bitte auch offen für Anwendungsfälle, wo automatische Unterstützung Bildung tatsächlich verbessern kann. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.



Der Ethikrat zu Herausforderungen im Umgang mit KI

Benjamin Paaßen,
Juniorprofessor für Wissensrepräsentation und Maschinelles Lernen an der Universität Bielefeld



KREATIVES ARBEITEN MIT MEDIEN UND KI



Seit über zwanzig Jahren setzt das Medienkompetenzzentrum Reinickendorf (Meredo) medienpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen erfolgreich um. Wir haben nachgefragt, was ihre Arbeit auszeichnet

Das Interview führten Ralf Schiweck und Janina Bähre

bbz: Liebe Lisa, ihr habt im Rahmen von Medienkompetenzvermittlung auch schon mit KI-Programmen gearbeitet. Kannst du euren Ansatz beschreiben, warum und wie ihr mit Medien arbeitet?

Lisa Elm: Digitale Medien haben eine wesentliche Bedeutung in unserem Leben und spielen eine sehr wichtige Rolle im Alltag von Kindern und Jugendlichen. Das Erlangen von Medienkompetenz ist also eine grundsätzliche Voraussetzung und Teilhabebedingung für Kinder, Jugendliche und Familien in allen Lebensbereichen. Dabei steht für uns das Erlangen eines selbstbestimmten, kritischen und aktiv-aneignenden Umgangs mit Medien durch die Teilnehmenden im Mittelpunkt. Die Projektvielfalt reicht von Foto, Video und Trickfilm über die Nutzung mobiler Medien bis hin zum Coding, Making und kreativen Ausprobieren im Rahmen von Do-it-yourself-Projekten.

Der gemeinsame Prozess ist euch wichtig.

Elm: Genau. Partizipation ist ein zentrales Element aller Projekte im Meredo. Dabei können die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen je nach Projekt nicht nur über Inhalt und Schwerpunkte, sondern auch über Gestaltung und Ablauf entscheiden. Die Teilnehmenden entwickeln unter Anleitung Ideen und setzen eigene Kleinprojekte wie einen Film, ein Hörspiel oder Ähnliches um. In unseren AGs, Ferienprojekten und Veranstaltungen sollen die Kinder

und Jugendlichen sich wohlfühlen und Freude am gemeinsamen Lernen haben. Uns ist das Zusammenspiel wichtig. Die Kinder und Jugendlichen sind gemeinsam als Gruppe da und können miteinander kreativ sein. Alle unsere Projekte werden oft von den Teilnehmenden selbst dokumentiert, sodass vielseitige Bilder und Videos der Projekte entstehen. Insgesamt versuchen wir, Kinder und Jugendliche darin zu unterstützen, dass sie sich selbstbestimmt im digitalen Raum bewegen können.

Als Angebot führt ihr auch Projekttage an Schulen durch?

Elm: Wir haben vormittags ein Workshopangebot, das wir durchführen. Das heißt, Schulklassen aus Reinickendorf kommen zu uns ins Meredo oder wir kommen in Schulen, um einen Projekttag durchzuführen. Da geht es oft um Themen wie den »Umgang in sozialen Netzwerken«, »Hass im Netz« oder »Fake News«. Aktuell bieten wir 22 verschiedene Projekttag an. Meist gibt es zunächst einen Input-Teil, in dem ein Austausch zum jeweiligen Thema erfolgt. Im Anschluss überlegen die Gruppen, wie ein Kurzfilm zum Beispiel zum Thema Cybermobbing aussehen kann. Sie entwerfen eine Storymap, verteilen in ihrer Kleingruppe die Aufgaben wie Regie, Ton, Kamera und legen los. Auf diese Weise setzen sie ihr eigenes Projekt um und beschäftigen sich gleichzeitig mit dem Thema des Projekttages.



Handlungsempfehlung für die Bildungsverwaltung zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz in Bildungsprozessen



»Die Generierung von Bildern geht schnell, macht viel Spaß und hat einen großen Lerneffekt. Die Teilnehmenden sind kreativ, lernen zu prompten und beschäftigen sich mit Themen wie Urheberrecht.«

und ein KI-System trainieren, damit es zwischen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen unterscheiden kann.

Wo spielt KI noch eine Rolle in euren Projekten?

Elm: Sie spielt eine große Rolle im Austausch mit den Schüler*innen. Sie nutzen verschiedene KI-Tools oft in ihrem Alltag. In dem Projekttag »Recherchieren und Präsentieren« erleben wir, dass die Teilnehmenden KI-Tools wie ChatGPT für die Recherche nutzen. Wir geben dann Tipps zum Erstellen von Prompts und weisen darauf hin, Fakten zu checken und nach Quellen für die Informationen zu suchen, die ihnen das KI-System liefert. Auch bei der Bildersuche weisen wir auf die Angabe von Quellen hin, um Deep Fakes entgegenzuwirken und die Teilnehmenden für den Umgang mit Fake News zu sensibilisieren. Bei dem Projekttag »Fake News« ist bereits der Missbrauch von Tonmaterial und Stimmen durch die Nutzung von KI-Systemen Thema gewesen.

*Ist es für die Schüler*innen eine Erleichterung, KI-Tools zu verwenden, und reflektieren sie dabei ihren Umgang mit KI?*

Elm: Oft erfahren die Schüler*innen erst bei uns, dass sie bereits viele Anwendungen mit KI nutzen, ohne das zu wissen: Maps, Übersetzungstools, Chatsbots usw. Oft sind sie erstaunt, zu erfahren, wie verankert KI-Nutzung bereits in unserem Alltag ist. Umso wichtiger ist, dass sie sich bewusst sind, wann sie eine KI benutzen und wann nicht. Hierbei begleiten wir die Schüler*innen. Und natürlich kann die Nutzung von KI einen barriereärmeren Zugang zu Anwendungen bedeuten, die sonst schwieriger wären, was eine große Erleichterung sein kann. Die Generierung von Bildern zum Beispiel geht schnell, macht viel Spaß und hat einen großen Lerneffekt. Die Teilnehmenden sind kreativ, lernen zu prompten und beschäftigen sich mit Themen wie Urheberrechten. Der Weg zu einer reflektierten Nutzung von KI-Systemen geht auch an uns Erwachsenen nicht vorbei. Wir sollten uns dieser Verantwortung stellen, selbst neugierig sein, unser Wissen über die ethischen, rechtlichen und sozialen Aspekte von KI bedenken und für die Gefahren und Risiken sensibilisieren. ■

Jahresprogramm von Meredo und Kontakt für Anfragen: meredo.de

*Ralf Schiweck und Janina Bähre,
Redaktionsmitglieder bbz*

Wie groß ist der finanzielle Aufwand für die Schulen?

Elm: Für die Schulen in Reini-ckendorf ist es so, dass zwei Projekt-tage pro Kalenderjahr kostenfrei sind. Inzwi-schen haben wir mit einigen Schulen Kooperationen, sodass mehrere Klassenstufen einer Schule Projekt-tage mit uns durchführen. Bei den Schüler*innen sind wir inzwischen oft bekannt, und sie erzählen von den vielen Projekten, die sie bei uns durchge-führt haben. Die Schulen können über unsere Web-site meredo.de oder über verein@meredo.de Projekt-tage anfragen.

Wie weit habt ihr KI schon in euren Projekten einge-baut oder genutzt?

Elm: Wir haben uns mit der Entwicklung von Künstlicher Intelligenz ausführlich auseinandergesetzt, bevor wir angefangen haben, konzeptionell zu arbeiten. In Kooperation mit der Universität Stral-sund haben wir uns gefragt, wie wir Kompetenzen im Umgang mit KI-Systemen für junge Menschen herausarbeiten und für junge Menschen interessant gestalten können. Ein wesentlicher Ansatz war, dass sich die Jugendlichen mit Chancen und Risiken von KI-Systemen auseinandersetzen und ein Gespür dafür entwickeln, wann wir KI in unserer Lebenswelt nutzen und welche Konsequenzen dieser Nutzen hat. Unsere beiden Projekt-tage zum Thema heißen »KI Entdecken« und »KI Verstehen«. Die teilneh-menden Kinder und Jugendlichen erfahren in den eintä-gigen Workshops mehr darüber, wie und wo KI-Sys-teme im Alltag eingesetzt werden und beschäftigen sich mit Beispielen aus der Praxis. Ein Beispiel ist das selbstfahrende Auto: Wie kann es zwischen Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen unter-scheiden? Anhand einer Teachable Machine lernen die Schüler*innen, wie sie Daten richtig zuordnen



*Website des Projektes
mit der Uni Stralsund*



*Webseite Meredo
www.meredo.de*

WENN KI DAS LERNEN ÜBERHOLT

Skill Skipping stellt eine Gefahr für die Bildung dar, deshalb muss der Lernprozess selbst stärker in den Fokus gerückt werden

von Florian Nuxoll

Künstliche Intelligenz (KI) ist längst in unserem Alltag angekommen und verändert viele Lebensbereiche – auch das Lernen. Als Lehrer benutze ich KI-Tools täglich. Sie helfen mir, Ideen für den Unterricht zu finden, Mustertexte für den Englischunterricht zu schreiben (ChatGPT) und zu verbessern (DeepL Write), und selbst bei Diagrammen greife ich auf ihre Unterstützung zurück (napkin.ai). Diese Technologien haben meine tägliche Arbeit effizienter gemacht und mir mehr Raum für die kreative Gestaltung des Unterrichts gegeben. Aber während ich diese Werkzeuge bewusst und gezielt einsetze, gibt es einen Bereich, der mir zunehmend Sorgen bereitet: Wie gehen die Schüler*innen mit dieser Technologie um?

In der Bildung zählt der Weg, nicht das Ziel

KI kann eine Bereicherung für den Lernprozess sein, zum Beispiel um Texte zusammenzufassen, Verbesserungsvorschläge zu erhalten oder Argumente zu strukturieren. Aber was passiert, wenn die Technologie nicht zur Unterstützung des Lernens eingesetzt wird, sondern als Abkürzung? Was, wenn es nicht mehr darum geht, Kompetenzen zu entwickeln, sondern nur noch darum, Ergebnisse zu liefern? Ich denke da an meine Nichte, die mir kürzlich erzählte, dass sie – wie viele ihrer Mitschüler*innen – ihre Geografie-Hausaufgaben im Leistungskurs einfach von einer KI erledigen lässt. Der Lehrer hat es nie gemerkt und die Ergebnisse waren befriedigend bis gut, manchmal sogar sehr gut. Aber das eigentliche Problem liegt tiefer: Schüler*innen können sich dem Lernprozess entziehen. Sie geben zwar das Endprodukt ab, aber der Weg dorthin, das eigentliche Lernen, findet nicht statt. Ich nenne das »Skill Skipping«. Lernen bedeutet nicht in erster Linie, ein fertiges Produkt zu haben. In der Schule geht es nicht nur darum, einen guten Text, ein beeindruckendes Poster oder eine überzeugende Präsentation abzuliefern. Es geht vor allem darum, sich Wissen selbst anzueignen und Kompetenzen zu erwerben durch Recherchieren, kritisches Denken und eigenständiges Formulieren. Der Lernprozess ist das, was nachhaltige Bildung ausmacht. Wenn Schüler*innen KI nutzen, um diesen Prozess zu überspringen, verlieren sie genau das: die Möglichkeit, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und wirklich zu lernen.



AI Competency
Framework for
teachers



Es reicht nicht zu sagen: »Lasst das«

Im Berufsleben ist es oft unwichtig, wie man zu einem Ergebnis kommt – was zählt, ist das Endprodukt. Eine Ingenieurin muss nicht erklären, ob sie für ihre Berechnungen einen Taschenrechner, eine komplexe Software oder ihre Kopfrechenkünste benutzt hat, solange die Berechnungen stimmen. Ein Bäcker wird daran gemessen, ob seine Brötchen schmecken, nicht daran, wie er sie zubereitet hat. In der Bildung ist das anders: Hier zählt vor allem der Weg, nicht das Ziel. Die Herausforderung für die Schulen und übrigens auch für die Hochschulen besteht nun darin, diese Gefahr für das Lernen zu erkennen und darauf zu reagieren. Es reicht nicht, den Schüler*innen

»Die Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, ohne die Unterstützung der KI zu denken, zu recherchieren und zu schreiben. Die Fähigkeit zum eigenständigen Denken bleibt eine der wichtigsten Kompetenzen.«

einfach zu sagen: »Lasst das!« Viele werden – wie es viele von uns in ihrem Alter auch getan hätten – den bequemeren Weg suchen, wenn sie ihn finden können. Stattdessen müssen wir den Unterricht so gestalten, dass der Lernprozess wieder stärker in den Mittelpunkt rückt. Das bedeutet: weniger Fokus auf das Endprodukt und mehr Raum für den Weg dorthin. Die Methode »Flipped Classroom« kann dabei helfen: Die Wissensaneignung findet teils zu Hause statt und die kognitive Aktivierung, das Schreiben und das Diskutieren im Unterricht.

Natürlich brauchen wir Phasen, in denen die Schüler*innen im Unterricht mit Tablets oder Notebooks arbeiten und lernen, wie man generative KI richtig einsetzt. Gleichzeitig müssen wir Phasen schaffen, in denen digitale Werkzeuge bewusst ausgeschlossen werden.

Die Schüler*innen müssen die Möglichkeit haben, ohne die Unterstützung der KI selbstständig zu denken, zu recherchieren und zu schreiben.

Denn auch im digitalen Zeitalter bleibt die Fähigkeit zum eigenständigen Denken eine der wichtigsten Kompetenzen, die wir unseren Schüler*innen mit auf den Weg geben können. Die Möglichkeiten der KI sind vielfältig, dürfen aber nicht die Grundlagen des Lernens verdrängen. Es liegt in unserer Verantwortung, den Einsatz dieser Technologie so zu steuern, dass sie den Lernprozess fördert und nicht verkürzt. Das sind wir unseren Schüler*innen schuldig – und letztlich auch der Gesellschaft, in die sie hineinwachsen. ■

Dieser Text ist zuerst im Online-Magazin »schulmanagement« erschienen.



*KI-Anwendungen
in den GEWI-Fächern*



FOTO: ADOBE STOCK/KI-GENERIERT/DATEI/NR. 807904129

*Florian Nuxoll,
Lehrer und wissenschaftlicher
Mitarbeiter an der Universität
Tübingen*



NACH DEM MILLIONENERFOLG VON
ELLA UND DER SCHWARZE JAGUAR

MOON

DER PANDA

EIN FILM VON
GILLES DE MAISTRE

**KOSTENLOSES
GEW-SCREENING**

Weitere Informationen & Anmeldung unter:
www.gew-berlin.de/veranstaltungen

Trailer
ansehen:



weltkino

/WeltkinoFilmverleih

AB 10. APRIL IM KINO

SCHULKLASSENVORSTELLUNGEN SIND MÖGLICH.
Unterrichtsmaterial wird kostenlos auf weltkino.de sowie
unter www.gew-berlin.de zur Verfügung gestellt.



Berlin kämpft für den sozialen Zusammenhalt

Der Berliner Senat hat mit dem Nachtragshaushalt 2025 Kürzungen beschlossen, die gravierende Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur der Stadt haben

von Martina Regulin und Gökhan Akgün

Die tiefgreifenden Kürzungen, die mit dem Nachtragshaushalt 2025 in Berlin beschlossen wurden, haben gravierende Auswirkungen auf die soziale Infrastruktur der Stadt. Sie reichen weit über kurzfristige Einsparungen hinaus.

Soziale Infrastruktur bedroht

Von den Kürzungen betroffen sind zum Beispiel Einrichtungen wie Jugendfreizeiteinrichtungen, Familienzentren, Integrationsprojekte und Beratungsstellen. Diese Angebote sind keine Luxusgüter, sondern grundlegende Anlaufstellen für Menschen in verschiedenen Lebenslagen. Diese Projekte verhindern soziale Ausgrenzung und beugen Konflikten vor. Sie unterstützen nicht nur dabei, Krisensituationen zu bewältigen, sondern schaffen auch Perspektiven für die Zukunft. Die Präventionsarbeit leidet massiv unter den Kürzungen. Etliche Angebote, die soziale Probleme bereits im Keim ersticken können, verlieren ihre finanzielle Grundlage. Der Wegfall dieser Strukturen trifft die Schwächsten der Gesellschaft und greift das soziale Netz, das viele Menschen trägt, an.

Die Kürzungen betreffen nicht nur den sozialen Bereich, sondern ziehen sich durch die gesamte Berliner Bildungslandschaft. Stark betroffen ist die Schulsozialarbeit, bei der Kürzungen in Höhe von 3,5 Millionen zu Buche schlagen. Dabei ist der Unterstützungsbedarf von Kindern und Jugendlichen seit der Corona-Pandemie und durch die vielen Krisen deutlich gestiegen. Schulsozialarbeit bietet niedrigschwellige Hilfe an und ist aktuell wichtiger denn je. Gleichzeitig wird der dringende notwendige Ausbau der digitalen Infrastruktur in den Schulen gebremst, obwohl hier Berlin ohnehin bereits mit erheblichen Defiziten zu kämpfen hat.

Folgen für Schulen und Hochschulen

Auch der Nachteilsausgleich für Kolleg*innen, die sich nicht verbeamteten lassen wollen, fällt weg. Ebenso wird die Zulage für Lehrkräfte an Schulen in schwieriger Lage (»Brennpunktzulage«) ab August 2025 nicht mehr gezahlt. Diese Entscheidungen haben weitreichende Folgen: Betroffene Lehrkräfte verlieren finanzielle und soziale Vorteile, was nicht nur ihren Arbeitsplatz unattraktiver

macht, sondern auch langfristig die Motivation und Bindung von qualifizierten Fachkräften an die Schulen, insbesondere an die Schulen in schwieriger Lage, gefährdet. Besonders in einer Zeit, in der die Belastung für Lehrkräfte aufgrund steigender Schüler*innenzahlen und wachsender Herausforderungen zunimmt, sendet dies ein fatales Signal.

Auch die Hochschulen stehen vor massiven Herausforderungen. Durch Nachverhandlungen der bis 2028 geltenden

»Der Wegfall dieser Strukturen trifft die Schwächsten der Gesellschaft und greift das soziale Netz, das viele Menschen trägt, an.«

#unkürzbar

Fortsetzung auf Seite 30 ▶

Kahlschlag auf Kosten der Zukunft

Die Haushaltskürzungen treffen Kolleg*innen auf unterschiedlichste Weise.
Vier Betroffene erzählen ihre Geschichte

#un

von Antonia Panfilowitsch, Fabian Schmidt-Vidović, Emily Adler und Jens Ludwig



Antonia Panfilowitsch, Grundschullehrerin

Ich bin im Sommer 2024 an eine sogenannte Brennpunktschule gewechselt. Dort traf ich auf ein gut aufgestelltes multiprofessionelles Team aus Lehrkräften, Sonderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und Horterzieher*innen. Die Schule hat in jahrelanger Arbeit Strukturen aufbauen können, die den Bedürfnissen einer sehr herausfordernden Schüler*in-

Lehrkräfte, die an einer Schule in schwieriger Lage arbeiten, verlieren die Brennpunktzulage: -300 Euro.

nenschaft gerecht zu werden versuchen. Die Schule verfügt sogar über ein integriertes Familienzentrum, welches vor gar nicht allzu langer Zeit von der jetzigen Schulsenatorin mit großer Geste eröffnet wurde.

Bei der Schulsozialarbeit werden 3,5 Millionen Euro gekürzt.

Zunächst sorgte der Wegfall der Brennpunktzulage bei den Horterzieher*innen letzten Sommer für eine noch größere finanzielle Ungleichheit im Kollegium und könnte dazu führen, dass Kolleg*innen sich weniger anstrengende Arbeitsorte suchen und bei uns fehlen, vom Mangel an Wertschätzung ganz zu schweigen. Die aktuellen Kürzungen des Senats bedeuten den Abbau mehrerer Stellen in verschiedenen Schulbereichen. Unser

kleines Familienzentrum wird begonnene Projekte nicht fortführen können, da von zwei Kolleginnen eine nicht weiter finanzierbar ist. In der Schulsozialarbeit werden zwei Kolleginnen die Schule verlassen müssen. Schwer vorstellbar, wie der Alltag ohne sie funktionieren soll. Und hiermit sei nur ein kleiner Teil der geplanten Einschnitte genannt.

Die Streichung der Brennpunktzulage für Lehrkräfte empfinde ich angesichts

Erzieher*innen an Schulen in schwieriger Lage haben schon 2024 die höhere Eingruppierung verloren.

der Gesamtsituation als kleineren Teil des Problems. Aber auf jeden Fall verstärkt diese Maßnahme den Eindruck, dass die Mehrarbeit in den Brennpunktschulen keine große Anerkennung erfährt. ■



Fabian Schmidt-Vidović, Sozialarbeiter

Ich arbeite als Koordinator in der Jugendhilfe. Zusammen mit meinen Kolleg*innen setze ich mich dafür ein, bedarfsgerechte Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche zu sichern und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Die aktuellen Kürzungen im Nachtragshaushalt stellen uns jedoch vor erhebliche Herausforderungen.

Die Reduzierung der Stunden in unseren Einrichtungen hat zur Folge, dass wir zunehmend nur noch befristete Verträge vergeben können. Einige meiner Kolleg*innen müssen mit Verträgen für lediglich drei Monate auskommen und wissen nicht, wie es weitergeht. Diese Unge-

wisheit belastet uns alle, und einige haben bereits ihre Stellen verlassen. Das Ergebnis ist ein Rückgang unserer Angebote aufgrund des fehlenden Personals.

Ein besonders bedauerliches Beispiel ist unser Kochprojekt. In benachteiligten Regionen, wo gesunde Ernährung von großer Bedeutung ist, könnten Kinder und Jugendliche enorm davon profitieren. Doch wir werden dieses Projekt nicht weiterführen können – nicht etwa, weil es gestrichen wurde, sondern weil die anhaltende Unsicherheit uns lähmt. Es mangelt an Ressourcen und Planungssicherheit, um solche wichtigen Projekte fortzuführen.

Die Kürzung von 3 Millionen Euro in der freien Jugendarbeit trifft Programme wie Jugendverbandsarbeit, interkulturelle, integrative, internationale und queere Jugendarbeit sowie Gewaltprävention und reduziert wichtige Unterstützungsangebote für junge Menschen.

Auch andere Angebote, wie die Leseförderung und unsere Präventionsarbeit, sind von den Kürzungen betroffen. Die Folgen sind weitreichend: Kinder und Jugendliche, die heute keine Förderung erhalten, werden später noch stärkere Unterstützung benötigen.

Eine Kürzung um 2,8 Millionen Euro bei Familienbildungsmaßnahmen gefährdet essenzielle Angebote wie Familienberatung, Familienzentren an Grundschulen und den Ausbau von Väter- und Männerarbeit.

Die vorläufigen Bescheide des Senats, die lediglich bis März 2025 gültig sind, verschärfen die Situation zusätzlich. Viele meiner Kolleg*innen fragen sich, ob sie nach dieser Frist weiterhin tätig sein können. Ohne Planungssicherheit können wir weder für unsere Teams noch für die Familien, die auf unsere Angebote angewiesen sind, eine stabile Perspektive bieten. ■



kürzbar

Emily Adler, Referat für Lehre und Studium, für den Referent*innenRat der Humboldt-Universität zu Berlin

Die Auswirkungen der beschlossenen Sparmaßnahmen auf die Berliner Hochschullandschaft sind verheerend: Dringend notwendige Sanierungsarbeiten an Hochschulgebäuden werden weiterhin aufgeschoben, was insbesondere die Barrierefreiheit beeinträchtigt. Befristete Stellen an Universitäten werden nicht verlängert und Lehrstellen gestrichen. Studiengänge, insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften, sollen langfristig aufgelöst oder zusammengelegt werden. Eine Konsequenz der Haushaltskürzungen, die sich bereits seit der »Exzellenz«-Initiative im Rahmen der Bolog-

na-Reform abzeichnet, ist die Ausbildung von Studierenden in großen Mengen und in für den Kapitalismus nützlichen Studienrichtungen. Fachübergreifende und kritische Denkansätze werden dabei zunehmend eingeschränkt.

Auch die ohnehin schon angespannte finanzielle Lage der Studierenden wird sich durch steigende Semesterbeiträge und den Wegfall der Unterstützung durch das Studierendenwerk weiter verschärfen. Schon heute ist es häufig eine finanzielle Frage, ob man sich ein Studium in Berlin leisten kann. Diese Situation spitzt sich weiter zu.

Gegen diese Entwicklungen müssen sich nicht nur die engagierten Studierenden zur Wehr setzen, sondern auch alle Mitglieder der Hochschulen – sei es aus dem

Massive Kürzungen bedrohen das Studierendenwerk. Diese beträgt 30 Prozent der Grundfinanzierung, als Konsequenz werden der Semesterbeitrag auf 85 Euro pro Semester, und der Essenspreis auf mindestens 1,75 Euro erhöht sowie die Mensabackshops an der HU Spandauer Straße und der HfM Marstall sowie die Mensa TU Architektur geschlossen.

Präsidialbereich, der Verwaltung, der Lehre oder der Forschung. Wir alle sind betroffen und organisieren uns bereits jetzt in übergreifenden Bündnissen, Vollversammlungen und Arbeitsgruppen. ■



Jens Ludwig, GEW-Mitglied im Personalrat Dahlem und dem Gesamtpersonalrat der FU Berlin

Der nötige Stellenaufwuchs durch die gestiegenen Aufgaben der Mitarbeitenden in Technik, Service und Verwaltung wird nicht erfolgen.

Es gibt große Sorgen, dass persönliche Nachteile für Beschäftigte entstehen könnten. Noch ist unklar, wie hoch die Kürzungen ausfallen und welche Maßnahmen konkret geplant sind.

Werden Professuren gestrichen, Studiengänge eingestellt, Verträge nicht verlängert, Stellen nicht besetzt? Verschlechterte Studien- und Arbeitsbedingungen drohen ebenso wie höhere Semesterbeiträge, teurere Mensapreise und Investitionsstaus bei Wohnheimen.

Die Hochschulleitung hat die Beschäftigten bereits informiert. Ein regelmäßiger Austausch mit der Universitätsleitung soll sicherstellen, dass die Personalräte mögliche Maßnahmen beeinflussen und

transparente Kommunikation gewährleisten. Eine Arbeitsgemeinschaft »Kostensenkungen« wurde gegründet, um Reibungs-

Stellen werden nicht oder für längere Zeiträume nicht besetzt werden. Das trifft vor allem den überwiegend nur befristet beschäftigten wissenschaftlichen und künstlerischen Mittelbau besonders hart, weil Vertragsverlängerungen dann nicht mehr im bisherigen Maße stattfinden.

und Informationsverluste zu vermeiden.

Wir Personalräte achten darauf, dass Beschäftigte nicht ungleich belastet werden, auch in ohnehin stark beanspruchten Bereichen wie Technik, Service und Verwaltung. Nun gilt es, den Senat vom Nutzen der Hochschulen für Berlin und darüber hinaus zu überzeugen und gegen die Kürzungen anzukämpfen. ■

Durch Nachverhandlungen der bis 2028 geltenden Hochschulverträge sollen über 100 Millionen Euro gekürzt werden. Das gab es in dem Umfang seit Einführung der Hochschulverträge 1997 noch nie.



DAS KANNST DU TUN

- Teile deine Erfahrungen: Sende uns konkrete Beispiele, wie die Kürzungen deinen Arbeitsalltag oder deine Einrichtung beeinflussen. Wir wollen diese Geschichten in die Medien bringen, Diskussionen anstoßen und den Druck auf den Berliner Senat erhöhen. Nutze dazu unser Formular auf der Webseite www.gew-berlin.de/du-bist-unkuerzbar
- Verbreite die Botschaft: Teile unsere Inhalte auf Social Media, sprich mit Kolleg*innen und mobilisiere dein Umfeld.

Hochschulverträge sollen über 100 Millionen Euro gekürzt werden. Die gesamte Planung der Hochschulen wird so über Bord geworfen. Dringend benötigte Investitionen in marode Gebäude und Infrastruktur werden teils schon in der begonnenen Renovierung gestoppt, notwendige Stellenbesetzungen beim wissenschaftsunterstützenden Personal bleiben aus, und zentrale wissenschaftspolitische Programme wie Dauerstellen für PostDocs stehen auf der Kippe. Das trifft vor allem den überwiegend nur befristet beschäftigten Mittelbau hart, weil Vertragsverlängerungen dann nicht mehr wie geplant stattfinden. Insgesamt werden dadurch Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung weiter zunehmen.

Massive Kürzungen betreffen auch das Studierendenwerk. Hier werden der Semesterbeitrag und Essenspreise deutlich erhöht, einige Mensabackshops und eine Mensa komplett geschlossen.

Die ohnehin angespannte Lage der Berliner Hochschulen droht, sich so wieder

massiv zu verschlechtern, was sowohl die Qualität der Lehre und Forschung als auch die Arbeits- und Studienbedingungen beeinträchtigt. Neben den Beschäftigten warnten auch die Hochschulleitungen mit einer Kundgebung im Dezember, dass diese Kürzungen den Innovationsstandort Berlin gefährden und die Attraktivität und Karriereperspektiven an den Hochschulen schwächen. Der vereinbarte Ausbau der Lehrkräftebildung mit dem Ziel, pro Jahr 2.500 Absolvent*innen im Lehramt zu gewinnen, ist ebenfalls bedroht. Berlin wird so den Bedarf an Lehrkräften weiter nicht decken können.

Langfristige gesellschaftliche Kosten

Die Kürzungen im sozialen und im Bildungsbereich mögen kurzfristig den Haushalt entlasten, doch die langfristigen Kosten und Folgen dieser Kürzungen überwiegen bei Weitem und werden die Gesellschaft teuer zu stehen kommen. Fehlende Präventionsarbeit führt zu wachsenden sozialen Spannungen, zu einer höheren Belastung des Gesundheitssystems und zu einer Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Insbesondere in Krisenzeiten ist eine stabile soziale Infrastruktur wichtig. Werden diese Strukturen abgebaut, verlieren viele Menschen den Zugang zu Unterstützungsangeboten. Eine Unterfinanzierung von Schulen und Hochschulen führt langfristig zu einem Verlust an Chancen und Innovationen, die für die Zukunft der Stadt unverzichtbar sind.

Die Zukunft der sozialen Infrastruktur, Schulen und Hochschulen wird nicht nur durch die Politik entschieden – sie liegt auch in den Händen derjenigen, die sich aktiv für den Erhalt dieser essenziellen Bereiche einsetzen.

Widerständig bleiben

Die Berliner Zivilgesellschaft ist nicht bereit, diesen sozialen Abbau widerspruchslos hinzunehmen. Spontan bildeten sich Ende 2024 Initiativen und Bündnisse, es kam zu Demonstrationen und Protestaktionen. Viele Menschen erkennen den Wert von sozialer Arbeit, Bildung

und Wissenschaft und sind bereit, für den Erhalt dieser Strukturen zu kämpfen. Die Protestierenden setzen ein klares Signal: Soziale Arbeit, Bildung und Wissenschaft sind keine freiwilligen Leistungen, sondern unverzichtbare Grundlagen für eine solidarische Gesellschaft. Aus der Wissenschaft kommen deutliche Warnungen: Forschende und Studierende mobilisieren gegen die Kürzungspolitik, um ihre Stimme für eine bessere Zukunft zu erheben.

Unsere Kolleg*innen und wir haben durch breite Mobilisierung und den entschlossenen Einsatz der Betroffenen entscheidend dazu beigetragen, dass Kürzungspläne an einigen Stellen zurückgenommen wurden. So wurde die geplante Kürzung von 50 Millionen Euro bei der Tarifvorsorge für Beschäftigte bei freien Trägern nach massivem Widerstand gestoppt. Ähnlich erfolgreich war der Protest gegen Kürzungen im Jugendtheaterbereich. Darüber hinaus wurden Kürzungen im Familien- und Jugendbereich, wie beispielsweise bei den Stadtteilmüttern, durch Kostenumlagerungen kompensiert, sodass einzelne Projekte weiterhin finanziert werden können.

Für eine gerechte Zukunft eintreten

Diese Erfolge zeigen, wie viel Potenzial in gemeinsamer Aktivierung und Solidarität steckt. Sie beweisen, dass gezielter Widerstand die Politik zum Umdenken bewegen kann. Jetzt gilt es, diesen Schwung beizubehalten, um weitere Kürzungspläne zu verhindern. Investitionen in soziale Arbeit, Bildung und Wissenschaft sind die Grundlage einer solidarischen Gesellschaft und der Schlüssel für Berlins Zukunft.

Denn die Kürzungswelle ist noch nicht vorbei: Der Senat plant im kommenden Jahr Einschnitte in Höhe von 2 Milliarden Euro. Für den Bildungsbereich sind weitere Kürzungen in dreistelliger Höhe im Gespräch. Wir als GEW BERLIN stehen entschlossen dafür ein, diesen Abbau zu stoppen – und rufen alle dazu auf, sich gemeinsam mit uns für die Zukunft einzusetzen ■

Martina Regulin und Gökhan Akgün,
Vorsitzende der GEW BERLIN

#unkürzbar

How to: Arbeitskämpfe in der Sozialarbeit

Ein Audio-Feature über Zugänge zur Organisierung von und mit Sozialarbeiter*innen in Berlin

von Isabella Menegazzi, Johanna Fischer und Sonja Lamer

Etwa anderthalb Millionen Menschen sind in Deutschland in der Sozialen Arbeit beschäftigt. Sie sind aufsuchend unterwegs oder in Schulen, Kitas, Jugendclubs, Jugendämtern, Frauenhäusern, Wohngruppen, Unterkünften, in den Sozialdiensten im Krankenhaus oder in Beratungsstellen. Sie arbeiten mit Kindern und Jugendlichen, alten Menschen, Menschen in Krisen, erwerbslosen Menschen, Menschen mit Behinderungen, Menschen im Asylverfahren, mit drogennutzenden Menschen, sie unterstützen Familien in Konflikten, gestalten Freizeitangebote. Dabei verfolgen sie den Auftrag, zum Abbau sozialer, zwischenmenschlicher und struktureller Probleme beizutragen, Beziehungen aufzubauen und zu mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft beizutragen. Viele Sozialarbeiter*innen arbeiten seit Jahren am Limit und die Lebensrealitäten ihrer Adressat*innen werden gleichzeitig immer schlechter.

Erfahrungen von Sozialarbeitenden

Als Sozialarbeitende saßen wir im Frühjahr 2024 zu dritt beisammen und stellten fest, dass wir die Erfahrung von frustrierenden Arbeitsbedingungen bis hin zu Erfahrungen von Burnout teilten. Dies war der Ausgangspunkt eines Projektes im Rahmen unseres Masters »Soziale Arbeit: Kritische Diversität und Community-Studies«. Wir stellten fest, dass wir von unterschiedlichen Möglichkeiten, Arbeitskämpfe zu führen und für Veränderungen zu kämpfen, wenig wussten. Weder in unseren pädagogischen Ausbildungen noch in unseren bisherigen Praxisfeldern waren wir mit dem Thema in Berührung gekommen. Das wollten wir ändern.

Entstanden ist daraus ein Audio-Feature in vier Akten. Wir sprechen darin mit elf Sozialarbeitenden, die sich in Berlin für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen,

über ihre Strategien, Motivationen und Erfahrungen. Was denken sie zum Widerspruch zwischen Auftrag und Wirklichkeit Sozialer Arbeit und was führte dazu, dass sie sich dagegen zur Wehr setzen? Dies fragen wir im ersten Teil des Features. Im zweiten Teil untersuchen wir die Potenziale, Strategien und Leerstellen gewerkschaftlicher Arbeit in Arbeitskämpfen der Sozialen Arbeit. Ist Streik hier ein geeignetes Mittel? Was müsste sich ändern, damit sich mehr Menschen von Gewerkschaften angesprochen fühlen?

Initiativen, die sich für gute Arbeitsbedingungen von Sozialarbeitenden einsetzen, stellen wir im dritten Teil vor. So unter anderem, mit welchen Herausforderungen sich Selbstorganisationen von Migrant*innen konfrontiert sehen oder inwiefern die Arbeit im feministischen Betrieb eine Form ist, Arbeitsbedingungen zu verbessern. Im letzten Teil sprechen mit unseren Interviewpartner*innen über Erfolge und Motivationen: Wo stehen wir? Wo wollen wir hin? Welche Bündnisse braucht es, und was muss noch geschehen, um die Kämpfe in der Sozialen Arbeit voranzubringen?

Es braucht Zeit, Mut und Kraft

Trotz des Kahlschlags in der Sozialen Arbeit, hat uns die Arbeit am Feature viel Inspiration, Mut und Motivation gegeben. Wir haben gesehen, wie viele Menschen sich auf unterschiedlichen Ebenen gemeinsam mit anderen für gute Arbeitsbedingungen und für eine nachhaltige soziale Infrastruktur organisieren. Klar ist: Es wird sich nicht alles auf einmal verändern. Gesellschaftlicher Wandel ist zäh und braucht Zeit, Mut und Kraft. Doch all diese Kämpfe und Bemühungen sind wichtig, und ihr Potenzial umso größer, je mehr sie zusammengehen.



»Wir untersuchen die Potenziale, Strategien und Leerstellen gewerkschaftlicher Arbeit in Arbeitskämpfen der Sozialen Arbeit. Ist Streik hier ein geeignetes Mittel?«

Die knapp zweieinhalb Stunden des Features wurden als Gastfolgen beim Podcast »nah und distanziert« veröffentlicht. Dort ist es auch zum Lesen transkribiert. Wir danken allen Beteiligten. ■



Hier könnt ihr die Folgen des Podcasts »nah und distanziert« anhören

Isabella Menegazzi, Johanna Fischer, Sonja Lamer, Studierende des Masters »Soziale Arbeit: Kritische Diversität und Community Studies«

Demokratie in Gefahr

Orcun Ilter vom Landeschülersausschuss Berlin erklärt im Interview, warum Engagement für Demokratie an Schulen entscheidend ist und welche Maßnahmen jetzt notwendig sind

Das Interview führte Christina Bauermeister



bbz: Die letzte Shell-Jugendstudie bilanziert, dass mehr Jugendliche als vor fünf Jahren autokratisch-autoritäre Positionen unterstützen, wobei 75 Prozent weiterhin ein hohes Vertrauen in die Demokratie haben. Spiegeln sich diese Ergebnisse auch an Ihrer Schule wider?

Orcun Ilter: Ich sehe die Herausforderung an vielen Berliner Schulen. Gerade autokratisch-autoritäre Positionen etablieren sich stärker innerhalb der Schüler*innenschaft. Auch ist zu beobachten, wie Antisemitismus und Diskriminierung sich stärker ausbreiten. Dies ist an vielen Schulen in Berlin zu sehen und in Zukunft zu befürchten.

*Der Landeschülersausschuss Berlin hat zusammen mit den ostdeutschen Landeschüler*innenvertretungen unter anderem Forderungen zur Stärkung der politischen*

Bildung und Medienkompetenz formuliert. Wie kam es zu dieser engen Zusammenarbeit?

Ilter: Im Frühjahr 2023 haben wir gemeinsam auf das Thema »Rechtsextremismus an Schulen« aufmerksam gemacht. Nach dem Wahlverhalten vieler junger Menschen bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen und vor der Bundestagswahl intensivierte wir die Zusammenarbeit. Das Papier zur Stärkung der politischen Bildung zeigt, wie wichtig politische Bildung ist und welche Auswirkungen jetzt schon sichtbar sind.

Welche Unterschiede gibt es zwischen Berlin und den ostdeutschen Flächenländern?

Ilter: Berlin hat andere Herausforderungen, etwa durch den Einfluss sozialer Medien, zum Beispiel beim Nahostkonflikt. Dennoch ist in Zukunft zu befürchten, dass das Erstarken rechtsextremistischer Positionen auch in Berlin erfolgt und somit auch Parallelen mit den ostdeutschen Ländern zu finden sind.

Sie fordern mehr Aktualitätsbezug, Europabildung und Medienkompetenz. Wie könnte das umgesetzt werden, ohne andere Fächer zu überlasten?

Ilter: Diese Themen sind entscheidend. Es bedarf einer Überarbeitung des Rahmenlehrplans und der Stärkung außerschulischer Angebote.

Was können Lehrkräfte schon jetzt tun, um ein besseres Politikverständnis zu fördern?

Ilter: Lehrkräfte können aktuelle politische Themen einbringen, Medienkompetenz vermitteln und die Auseinandersetzung mit sozialen Medien fördern. Demokratie sollte erlebbar gestaltet werden. Deshalb fordern wir, realitätsnahe Projekte in den schulischen Alltag zu integrieren, die in enger Kooperation mit lokalen Institutionen und zivilgesellschaftlichen

Akteur*innen entwickelt und umgesetzt werden sollten.

Sie schlagen Planspiele wie »Model United Nations« vor. Wie können diese Formate für alle Altersstufen zugänglich und interessant werden?

Ilter: »Model United Nations« ist nur ein Beispiel. Teilnehmungsformate sollten Schüler*innen die Bedeutung von Demokratie und Mitgestaltung näherbringen. Bereits Grundschulalter können durch interaktive Formate wie zum Beispiel beim Schüler*innen-Haushalt erreicht werden, um Demokratie greifbar zu machen.

Die AfD ist auf TikTok reichweitenstärkste Partei. Polarisierung erzeugt mehr Aufmerksamkeit als abgewogene Positionen. Gibt es eine Chance, dem rechten Diskurs in sozialen Medien entgegenzuwirken?

Ilter: Ja, durch die Förderung von Aufklärungskanälen mit Faktenchecks. Schon jetzt gibt es einige Beispiele, die zu grundlegenden Themen oder zu politischen Behauptungen regelmäßig Fakten checken. Ein Beispiel gäbe es auf TikTok mit dem Kanal »fakecheck_offiziell«. Öffentlich-rechtliche Medien sollten ihre Social-Media-Angebote ausbauen. Auch Schulen müssen präventiv aufklären und gegen Falschinformationen vorgehen. ■



Positionspapier der Landeschüler*innenvertretungen »Politische Bildung – Demokratie beginnt im Klassenzimmer«

Christina Bauermeister, geschäftsführende Redakteurin der bbz



In dieser Form ungeeignet

Die mediengestützte Projektarbeit ist eine neue Form der Leistungserbringung an Gymnasien.
Die Fachgruppe Gymnasium der GEW BERLIN sieht diese kritisch

von Tania Zerguerras

Die Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss (MSA) am Gymnasium wurden 2023 abgeschafft. Demnach erhalten die Schüler*innen den MSA nun automatisch, wenn sie in die 11. Klasse versetzt werden. Statt der bisherigen MSA-Prüfungen wurde in der Sek I-Verordnung eine mediengestützte Projektarbeit (mPA) festgeschrieben.

Diese Leistung soll im 9. oder im 10. Jahrgang erbracht werden und dient der Vorbereitung auf die fünfte Prüfungskomponente im Abitur. Die mPA ist ein

»Die Mängel betreffen sowohl die Qualität der Prüfungsvorbereitung als auch die Chancengleichheit der Schüler*innen.«

Teil der regulären Fachleistungen. Sie besteht aus einer Präsentation mit Auswertungsgespräch sowie einer schriftlichen Ausarbeitung. Diese Arbeit wird in einem von den Schüler*innen zu wählenden Fach durchgeführt und geht in die Fachnote ein. Die konkrete Ausgestaltung der mPA wird auf schulischer Ebene entschieden. Die Senatsbildungsverwaltung hat auf ihrer Webseite eine Sammlung von Fragen und Antworten veröffentlicht, die die Umsetzung konkretisieren sollen.

Die Vorbereitung muss gelingen

Die Fachgruppe Gymnasium der GEW BERLIN begrüßt grundsätzlich, dass nach der Abschaffung der MSA-Prüfungen an Gymnasien eine Präsentationsleistung beibehalten wird. Zur Vorbereitung auf die fünfte Prüfungskomponente im Abitur muss der Erwerb von Medien- und Präsentationskompetenz weiterhin einen wichtigen Stellenwert haben.

Dennoch betrachten wir die mPA in ihrer jetzigen Form als ungeeignet, dieses

Ziel optimal zu erreichen. Denn die bisherige Ausgestaltung der mPA weist erhebliche Mängel auf, die sowohl die Qualität der Prüfungsvorbereitung als auch die Chancengleichheit der Schüler*innen beeinträchtigen. Die mPA sehen wir im Vergleich zur bisherigen Präsentationsprüfung als weniger wertvoll und strukturell problematisch.

Da die Themen sich an den Rahmenlehrplänen der Jahrgangsstufen 9 und 10 orientieren sollen, wird die intellektuelle Freiheit der Schüler*innen beschränkt. Die frühere Präsentationsprüfung bot hier deutlich mehr Flexibilität und ermöglichte eine Auseinandersetzung auch mit Interessen außerhalb des Rahmenlehrplans.

Die mPA ersetzt die klare Prüfungsstruktur der Präsentationsprüfung durch eine alltägliche Leistungserbringung, wodurch die Vorbereitung auf die Abiturprüfungen an Bedeutung verliert. Die Bewertung durch eine einzelne Lehrkraft ohne den Austausch in einer Prüfungskommission kann die Objektivität und Qualität der Bewertung mindern, da sie dem Prinzip der kollegialen Abstimmung widerspricht.

Die Mängel sind vielfältig

Die Kriterien für die Bewertung mediengestützter Arbeiten sind weniger klar definiert. Die mPA könnte zu einer geringeren Vergleichbarkeit der Leistungen führen, da einheitliche Standards fehlen. Für den Zugang zu weiterführenden Schulen oder zur beruflichen Ausbildung ist dies potenziell problematisch.

Es fehlt auch eine zentrale Regelung zur Notengewichtung. Wir befürchten eine erhebliche Ungleichheit sowohl zwischen Fächern als auch zwischen Schulen. So ist nicht nachvollziehbar, dass die mPA in denjenigen Fächern, in denen Klassenarbeiten geschrieben werden, eine Klassenarbeit ersetzt, während diese in den anderen Fächern als Teil der sonstigen Leistungen zu werten ist. Klassen-

EURE MEINUNG IST GEFRAGT

Wie stehst du zur Einführung der mediengestützten Projektarbeit? Wie bewertest du die mPA im Vergleich zur bisherigen Präsentationsprüfung? Welche Erfahrungen hast du in der Praxis gemacht? Siehst du Verbesserungspotenziale oder teilst du unsere Kritikpunkte? Teile uns deine Einschätzungen, Ideen und Vorschläge mit! Deine Erfahrungen können dazu beitragen, die Diskussion um die mPA weiterzuführen und mögliche Reformen anzustoßen.

www.gew-berlin.de/mpa

arbeiten und sonstige Leistungen sind ihrem Charakter nach sehr unterschiedliche Leistungsformen.

Außerdem ist die Anzahl der zu betreuenden Schüler*innen pro Lehrkraft nicht begrenzt, was eine ungleiche Arbeitsverteilung und zusätzliche Belastung des Kollegiums zur Folge haben kann, die durch organisatorische Maßnahmen nicht aufgefangen werden kann. Es ist wichtig, dass die Gesamtkonferenz einen für das Kollegium passenden Grundsatzbeschluss fällt.

Die Fachgruppe Gymnasium schlägt in Anbetracht dieser Kritikpunkte vor, das gut erprobte Modell der Präsentationsprüfung, wie dieses an Gymnasien bislang durchgeführt wurde, wieder einzuführen. Das Bestehen der Präsentationsprüfung ist auf dem Zeugnis zu vermerken. Es sollte geprüft werden, ob es Schulen freistehen soll, diese Präsentationsprüfung durch ein anderes geeignetes Konzept zu ersetzen.

Tania Zerguerras,
Fachgruppe Gymnasium
der GEW BERLIN



Das Herrenberg-Urteil stellt Selbstständigkeit infrage

Ein Gerichtsurteil hinterfragt die Typisierung von Lehrtätigkeiten und hat weitreichende Folgen für Lehrkräfte und Träger in der Erwachsenenbildung

von Linda Guzzetti

Die Erwachsenenbildung ist ein vielfältiger und zersplitterter Bereich, in dem sich Beschäftigte mit unterschiedlichen Rechten und Status befinden. Nach Angaben des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE) machten Selbstständige im Jahr 2013 fast ein Drittel der Beschäftigten aus.

Musikschullehrerin nicht selbstständig

Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat bisher entschieden, dass der Unterricht an allgemeinbildenden Schulen aufgrund der Bindung an Schulordnung, Lehrplan und Weisungen der Schulleitung nicht selbstständig sein kann. Den Unterricht an Volkshochschulen hat das BAG hingegen seit Jahrzehnten grundsätzlich als selbstständig eingestuft. Dies nennt man Typisierung der Arbeit – das bedeutet, dass die Art der Einrichtung und nicht die tatsächlich ausgeübte Tätigkeit bestimmt, ob eine Lehrkraft selbstständig oder angestellt ist. Da kein Weiterbildungsgesetz existiert, spielt die Rechtsprechung bei der Definition der Art der Beschäftigung eine entscheidende Rolle.

Das Urteil des Bundessozialgerichts (BSG, 28. Juni 2022, B 12 R 3/20 R) zum Fall einer Klavierlehrerin an der städtischen Musikschule Herrenberg hat Bewegung in diese festgefahrene Situation gebracht. Nach diesem Urteil genügt bereits die Eingliederung der Lehrerin in den Betrieb der Musikschule, um eindeutig feststellen zu können, dass sie nicht selbstständig ist. Die Lehrerin musste Unterrichtsausfälle melden und erhielt eine Vergütung, wenn Schüler*innen nicht erschienen. Zudem unterrichtete sie nach den Vorgaben der Schule und hatte keine unternehmerische Freiheit. Eine eigene betriebliche Organisation oder wirtschaftliche Risiken trug sie

nicht – die gesamte Planung lag in den Händen der Musikschule. Weder konnte sie eigene Schüler*innen gewinnen noch ihren Unterricht an Dritte übertragen.

Gericht stärkt Einzelfallprüfung

Nach dem Herrenberg-Urteil gab es am 5. November 2024 das Göttingen-Urteil des Bundessozialgerichts (B 12 BA 3/23 R). Auch in diesem Fall legte das oberste Gericht fest, dass die Abgrenzung zwischen Beschäftigung und Selbstständigkeit nicht abstrakt für bestimmte Berufs- und Tätigkeitsbilder vorgenommen werden kann. Es betonte, dass sich die für einen unternehmerischen Spielraum kennzeichnenden Merkmale nur im Einzelfall feststellen lassen. Damit widerspricht dieses Urteil der Typisierung der Beschäftigung nach Art der Einrichtung.

Das Herrenberg-Urteil war nicht das erste derartige Urteil des Bundessozialgerichts. Lange Zeit hatten diese Urteile jedoch keine Auswirkungen, auch weil diejenigen des Bundesarbeitsgerichts in die entgegengesetzte Richtung zeigten. Nach dem Herrenberg-Urteil reagierten die Einrichtungen der Sozialversicherung und legten am 4. Mai 2023 neue Kriterien zur Feststellung einer abhängigen Beschäftigung vor.

Im Laufe des ersten Halbjahres 2024 nahmen die Träger der Erwachsenenbildung die neuen Kriterien allmählich zur Kenntnis. So kam es zu einer Phase der Unsicherheit und der Verwirrung sowohl unter den Lehrkräften als auch unter deren Auftraggeber*innen. Widersprüchliche Informationen und auch Gerüchte machten und machen immer noch die Runde.

Daraufhin fanden mehrere Fachgespräche zwischen Trägern der Erwachsenenbildung, Vertretungen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)

und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) statt, an denen auch Gewerkschaftsvertreter*innen beteiligt waren.

Die Träger waren und sind sehr besorgt, die Sozialversicherungsbeiträge der letzten vier Jahre nachzahlen zu müssen, wenn sie die Lehrkräfte zu Unrecht als selbstständig beschäftigten. Voraussetzung für eine Änderung des Status ist ein »Statusfeststellungsverfahren«; dieses wird auf Initiative der Deutschen Rentenversicherung selbst, der Lehrkräfte oder der Träger von der DRV durchgeführt.

Aus den Gesprächen beim BMAS ging das »Moratorium« hervor, das bis zum 15. Oktober 2024 galt, und nun unter der Benennung »Übergangsregelung« für die kommenden zwei Jahre verlängert wurde. Dies sieht vor, dass keine Betriebsprüfung von der DRV durchgeführt wird und dass Widersprüche zum bestehenden Status von Seiten der Lehrkräfte oder der Träger zwar gestellt werden dürfen, aber bei der DRV ruhend bleiben.

VHS-Verband verteidigt Freiberuflichkeit

Unter den zahlreichen Reaktionen auf das Herrenberg-Urteil ist das Gutachten des Kölner Wirtschaftsforschungsinstituts (IW) zu erwähnen, das auf Antrag des Deutschen VHS-Verbandes durchgeführt wurde. Zwei Drittel der Selbstständigen, die in der Bildung tätig sind, gaben an, »dass sie deshalb als Selbstständige tätig sind, weil ihnen das Modell der Selbstständigkeit mehr zusagt.« Der Deutsche VHS-Verband betont, dass »die vielen engagierten Selbstständigen, in ihrer großen Mehrzahl nebenberuflich tätig, die Aktualität und Vielfalt des VHS-Programms gewährleisten.« Aus der Auswertung des Gutachtens ist nicht ersichtlich,



ob die Befragten im Bereich der Erwachsenenbildung neben- oder hauptberuflich tätig sind.

Eindeutig versucht der VHS-Verband, wie andere Träger, zu kaschieren, dass zwar die Lehrkräfte, die nebenberuflich unterrichten, zahlreicher sind, dass aber der Großteil der Unterrichtseinheiten (UE) von Lehrkräften getragen wird, die dies ohne Anstellung, aber faktisch hauptberuflich tun. An den Berliner VHS lehren um die 4000 Personen, aber circa 900 decken zwei Drittel der UE ab. Sie sind überwiegend im Bereich Sprachen beschäftigt, sowohl bei Deutsch als Zweiter Sprache als auch bei Fremdsprachen. Genau unter diesen Kolleg*innen sind diejenigen zahlreich, die nach den Kriterien der DRV angestellt werden sollten. Aber der VHS-Verband will glauben lassen, dass die Gewerkschaften die Freiberuf-

**»Es gilt,
die Chancen zu nutzen,
die das Herrenberg-Urteil
eröffnet.«**

lichkeit an den VHS ganz abgeschafft sehen wollen. Das stimmt nicht und das verlangt das Herrenberg-Urteil auch nicht.

Allerdings sind einige hauptberufliche Kolleg*innen an den VHS sowie bei privaten Trägern der Integrationskurse von der Perspektive der Anstellung nicht begeistert. In den Integrations- und in den Berufsbildungskursen hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in

ÜBERGANGSREGELUNGEN FÜR HONORARLEHRKRÄFTE UND LEHRBEAUFTRAGTE

Am 30.1.2025 hat der Deutsche Bundestag eine Gesetzesänderung beschlossen, mit der ein neuer Paragraf in das Vierte Sozialgesetzbuch eingeführt wurde. Er schafft eine Übergangsregelung zur Sozialversicherungspflicht für Lehrkräfte bis Ende 2026. In dieser Zeit können Honorarlehrkräfte und Lehrbeauftragte als Selbständige weiterbeschäftigt werden, auch wenn bei einer Statusfeststellung der Deutschen Rentenversicherung herauskommt, dass sie schein-selbständig sind. Diese Übergangsregelung ist eine Reaktion auf das so genannte Herrenberg-Urteil des Bundessozialgerichts. Betroffene GEW-Mitglieder können sich an die Landesrechtsschutzstelle wenden.

Weitere Informationen und eine Bewertung
aus GEW-Sicht findet ihr auf der GEW-Website:



den letzten acht Jahren die Honorare erhöht. Hingegen gibt es bei Anstellungen in der Erwachsenenbildung nur einen Mindestlohnvertrag und – bis jetzt – keinen dem TV-L oder TVöD ähnlichen Tarifvertrag. Der Mindestlohnvertrag legt nur den Mindestlohn fest und sieht weder Eingruppierungen noch Erfahrungsstufen vor. Zudem ist die maximale Anzahl der UE nirgendwo geregelt, so dass die Träger ein Lehrdeputat bis zu 36 und sogar 40 UE verlangen können. Unter solchen Bedingungen ist verständlich, dass die Freiberuflichkeit bevorzugt wird: Es wird mehr verdient trotz Unsicherheit der Weiterbeschäftigung und den Schwierigkeiten besonders bei langen Krankheiten und im Alter.

Wie bekannt, ist das gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Erwachsenenbil-

dung sehr niedrig, sodass eine kämpferische Reaktion schwierig ist. Viele Kolleg*innen sind nach dem Herrenberg-Urteil verunsichert und sehen hauptsächlich die Gefahr einer Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Dagegen ist es aber möglich zu handeln, um die Chancen zu nutzen, die das Herrenberg-Urteil eröffnet. Das ist die große Aufgabe der Gewerkschaften und der aktiven Kolleg*innen in den kommenden Monaten. ■

*Linda Guzzetti,
Mitglied des Leitungsteams der Fachgruppe
Erwachsenenbildung*





Nicht neutral und deshalb da – gewerkschaftliche Antifa

GEW-Mitglieder fahren aus Berlin nach Riesa, um sich an dem zivilen Ungehorsam gegen den AfD-Bundestag zu beteiligen

von der AG Aktiv gegen Rechts

In Berlin auf eine Demo zu gehen und »Alle zusammen gegen den Faschismus!« zu rufen, ist nicht schwer. Aber sich im sächsischen Riesa dem Parteitag der AfD zu widersetzen, ein Teil von Sitzblockaden zu sein und Repressionen der Polizei in Kauf zu nehmen, das war etwas Neues für viele von uns. Mit unserer Gewerkschaft im Rücken haben wir uns sicherer gefühlt.

Dabei geholfen hat das »Aktionstraining« im GEW-Haus. Es gab nicht nur rechtliche Hinweise und praktische Übungen. Dort haben wir auch Leute getroffen, mit denen wir den Tag in Riesa verbracht haben. Es war gut, eine feste Bezugsgruppe zu haben.

Nicht nur eine kleine Nische

Wir starteten am Samstag, den 11. Januar, um 2 Uhr. 45 Busse fuhren aus Berlin nach Riesa. Im Gewerkschaftsbus waren Gleichgesinnte und die GEW-Westen zeigten: Gegen die AfD zu sein, ist nicht etwa eine kleine Nische für Antifa-Gruppen, Studierende und Menschen mit viel Freizeit, sondern muss **Mainstream** werden – gerade für Lehrkräfte. Die AfD stellt sich gegen diverse Themen und Ziele des Rahmenlehrplans Teil B, darunter interkulturelles Lernen, Demokratiebildung, Gendermainstreaming, Europabildung, sexuelle Vielfalt und Selbstbestimmung. Sie steht gegen das Schulgesetz, das Landesantidiskriminierungsgesetz und das Grundgesetz. Die Geschichte zeigt: Wenn die Nazis erstmal regieren, ist es zu spät, mit dem Widerstand zu beginnen!

Um kurz nach 6 hatten wir unser Ziel fast erreicht. Aber an einem Polizei-Kontrollpunkt zwei Kilometer vor Riesa ging es mit dem Bus nicht mehr weiter. Wir stiegen aus und liefen zu Fuß in Richtung

Riesa. Wir wurden von Polizeihunden, berittener Polizei und Sondereinheiten empfangen. Die Polizist*innen trugen Waffen, Helme, harten Gesichtsschutz und Beinschoner. Wir durften noch nicht einmal eine Thermoskanne mit heißem Tee dabeihaben, da dies als Waffe ausgelegt werden könnte.

**»Gegen die AfD zu sein,
muss **Mainstream** werden.
Wenn die Nazis erstmal
regieren, ist es zu spät,
mit dem **Widerstand** zu
beginnen!«**

So stand da die Staatsgewalt in voller Montur gegen unbewaffnete und friedliche Bürger*innen. Dabei kam es auch zu heftigen Szenen: mehrere Polizist*innen rannten auf die ersten Reihen los: Schläge, Knüppel, Pfefferspray. Warum werden wir angegriffen, nur damit die rechtsextreme AfD ihren Parteitag abhalten kann? Das ist wichtiger als die Gesundheit von friedlichen Demonstrierenden? Zur negativen Bilanz des Tages gehören Polizeigewalt gegen Demonstrant*innen, ein verletzter Demo-Sanitäter, ein parlamentarischer Beobachter, der niedergeschlagen wurde, und die Behinderung der Pressearbeit.

Große Blockaden wirken

Aber die gemeinsame Aktion hat uns auch beflügelt, den ganzen Tag über war die Stimmung ausgezeichnet: Menschen setzten sich, holten Essen und Spiele heraus. Ein riesiges Picknick bei Tempera-

turen um den Gefrierpunkt. Der Live-Ticker von »Widersetzen« meldete: Die Blockaden von allen Seiten stehen und sind wirkungsvoll. Das motivierte!

Die Erfahrung, sich gemeinsam mit Kolleg*innen und mit vielen Tausend Demonstrant*innen der AfD zu widersetzen, hat uns sehr bestärkt. Das solidarische Miteinander, die gegenseitige Rücksichtnahme, die sorgfältigen Absprachen, die gute Vorbereitung, der ständige Austausch und die Einstimmigkeit der Entscheidungen haben uns allen Kraft und Sicherheit gegeben. Dieser Tag hat uns gezeigt, dass es sinnvoll und möglich ist, sich gegen die AfD zu organisieren und gemeinsam etwas zu erreichen. Nach einem langen Tag hatten alle Hunger, mussten zur Toilette und sich ausruhen. Am Ende unserer Kräfte, aber sehr zufrieden, fuhren wir zurück nach Berlin.

Dass sich so viele Gewerkschafter*innen am Protest gegen die AfD beteiligt haben, ist auch in der Halle nicht unbeachtet geblieben. Die Bemerkung von AfD-Chef Chrupalla, es sei eine Schande, dass sich am Protest Gewerkschaften beteiligten, ist für uns wie eine Bestätigung. Die AfD ist eine in Teilen gesichert rechtsextreme, arbeiter*innenfeindliche Partei. Sie ist gegen Gewerkschaften, sie will Beteiligungsrechte abbauen und die Rechte von Beschäftigten beschneiden.

Dem widersetzen wir uns. In Riesa, im Pausengespräch mit Kolleg*innen, im Familienchat und in der U-Bahn. Und bei vielen weiteren Demos. ■



Auf der Website der GEW BERLIN wird regelmäßig über Veranstaltungen und Demos informiert. Hier gibt es auch viel Material für Unterricht und Bildungsarbeit

AG Aktiv gegen Rechts
der GEW BERLIN

Mut zum Bandenbilden

Die GEW-Frauen trafen sich zum Neujahrsempfang um über Themen zu sprechen, die Wut erzeugen, aber auch Mut machen

von Tugba Scherfner

Am 19. Januar 2025 luden wir als Frauensprecherinnen der GEW zum zweiten Mal zum Neujahrsempfang ins GEW-Haus ein. Das Interesse war überwältigend: 100 Frauen waren angemeldet, um an einem Sonntag in einem offenen Rahmen ins neue Jahr zu starten und sich auszutauschen. In einer lebhaften Atmosphäre trafen bekannte GEW-Mitglieder auf neue Gesichter. Es war uns besonders wichtig, die Erwartungen der Teilnehmerinnen an uns als Frauensprecherinnen zu erfahren – fernab des üblichen Arbeitsalltags und bewusst in einer kinderfreundlichen Atmosphäre.

Im März 2023 wurden wir auf der Frauen-Mitgliederversammlung in den GEW-Frauen-Sprecherinnenrat gewählt. In dieser Funktion vertreten wir die Frauen in der GEW, die im Bildungsbereich tätig sind. Unser Ziel ist es, mit feministischen GEW-Frauen ins Gespräch zu kommen und sie zu stärken – sei es als Delegierte im Landesvorstand, im DGB-Bezirksfrauenausschuss oder in anderen Gremien wie dem Bundesfrauenausschuss. Als Frauen-Sprecherinnen tragen wir aktiv dazu bei, die Anliegen der GEW-Frauen innerhalb der GEW und darüber hinaus zu vertreten.

Um als Sprachrohr für die Frauen in der GEW wirken zu können, brauchen wir re-

gelmäßige Begegnungen und Räume für den Austausch. So lassen sich gemeinsam Themen festlegen, die uns als GEW-Frauen bewegen. Diese Treffen bieten zudem die Gelegenheit, sich zu vernetzen und aktiv zu werden.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde konzentrierten wir uns auf die Themen, die die GEW-Frauen aktuell besonders wütend machen und für die sie Mut aufbringen, um innerhalb der GEW und darüber hinaus aktiv zu werden.

Was Frauen wütend macht

Die Themen, die an uns herangetragen wurden, waren eindeutig: Die GEW-Frauen sind wütend über den Rechtsruck im Land, die massiven Kürzungen im Bildungsbereich und die schlechten Arbeitsbedingungen in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Gemeinsam wollen wir dagegen ankämpfen. »Mut zum organisierten Widerstand« und »Bandenbilden« lauteten die Aufrufe. Gemeinsam sind wir stark!

Auch wir als Frauen-Sprecherinnen haben unsere WUT-Themen: Antonia und Pilar setzen sich mit einer Petition für einen gerechten Nachteilsausgleich ein sowie für

das Prinzip »Gleiche Arbeit, gleiches Geld«. Diese Themen können durch die Kraft und Initiative der GEW-Frauen öffentlich werden.

Ein weiteres Thema, das viele Frauen beschäftigte, war der Umgang mit Übergriffen auf pädagogisches Personal an Schulen. Es wurde kritisiert, dass solche Vorfälle oft von Schulleitungen verharmlost oder als Einzelfälle abgetan werden, statt strukturellen Missständen auf den Grund zu gehen.

Unser Engagement und unsere Perspektiven

Katrin hat dieses Jahr mehrere Anträge für den kommenden Gewerkschaftstag verfasst und vertritt die GEW BERLIN in feministischen Bündnissen. Beispielsweise fließt die Expertise des Sprecherinnenrates in die detaillierte GEW-Pro-Choice-Positionierung ein. Wir setzen auf Sichtbarkeit und Stimme bei der Demonstration zum Internationalen Frauentag am 8. März, um noch mehr Menschen für die genannten Themen zu sensibilisieren.

Ich, Tugba, versuche, dieses Ehrenamt als Vollzeit-Alleinerziehende zu gestalten und dabei auf die Hürden in der Vereinbarkeit von Ehrenamt und Familie aufmerksam zu machen. In verschiedenen Gremien beteilige ich mich an Diskussionen zu Frauenthemen und werde zusammen mit Katrin beim kommenden Gewerkschaftstag vertreten sein.

Kommt mit euren WUT-/MUT-Themen oder anderen Anliegen auf uns zu! Je mehr sich melden, desto stärker sind wir. Zusammen können wir noch mehr erreichen!

Eure Frauen-Sprecherinnen der GEW BERLIN: Pilar Jopia-Bonnet, Antonia Surmann, Katrin Wagner und Tugba Scherfner ■

Tugba Scherfner,
Mitglied des Frauen-
sprecherinnenrats der
GEW BERLIN



»Ein Thema, das viele Frauen beschäftigt, ist der Umgang mit Übergriffen auf pädagogisches Personal.«



FOTO: PRIVAT

Wenig bekannt, aber entscheidend: die Landesdelegierten- versammlung

Obwohl die LDV die wichtigsten Entscheidungen der GEW BERLIN trifft, weiß mehr als die Hälfte der Mitglieder nicht, wofür sie zuständig ist. Wie kann sich das ändern?

von Laura Pinnig

Die Aktionen und Aktivitäten der GEW BERLIN leben vom Engagement vieler Ehrenamtlicher. So sind bei Streiks die meisten Teilnehmenden an der Demonstration GEW-Mitglieder. Natürlich gibt es auch Mitglieder, die am Streiktag zu Hause bleiben, Streikgeld erhalten und so – ganz ohne eigenes Engagement – von den Vorteilen ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft profitieren. Da ein Streik im Bildungsbereich für die Arbeitgeber*innen in der Regel keinen finanziellen Schaden verursacht, kommt es für die GEW aber nicht nur auf eine hohe Streikbeteiligung an, sondern auch auf eine starke Präsenz auf der Straße, um mediale Aufmerksamkeit zu erzeugen.

vielen Mitgliedern dennoch nicht bekannt. Das bestätigt auch eine aktuelle Mitgliederbefragung unter GEW-Mitgliedern: 61 Prozent der Befragten wussten nicht, welche Aufgaben die Landesdelegiertenversammlung (LDV) hat.

»Mach das! Da bekommst du vier Tage im Jahr frei!«

Als engagiertes Mitglied hat mich dieses Ergebnis einerseits verblüfft, andererseits muss ich zugeben, dass ich selbst in zwei Vereinen Mitglied bin, ohne dort aktiv zu sein oder an Mitgliederversammlungen teilzunehmen. Als klassische »Karteileiche«

»Ich habe mich mit den Strukturen auseinandergesetzt und erkannt, dass die politischen Forderungen der GEW BERLIN auf der LDV beschlossen werden – genau dort wollte ich hin!«

Für streikende Gewerkschaftsmitglieder ist es wichtig zu wissen, wer innerhalb der GEW für den Streik verantwortlich ist und wie die Forderungen zustande kommen. Wer bereits eine Funktion in der GEW innehatte, kennt sicher Fragen wie: »Warum fordert die GEW nicht XY?« oder »Kannst DU dich bei der Senatorin für Z einsetzen?« Obwohl die Entscheidungsstrukturen und Zuständigkeiten grundsätzlich transparent sind, sind sie

zähle ich lediglich meinen Beitrag und nutze gelegentlich die Vorteile der Mitgliedschaft. Bei der GEW ist das jedoch anders. Sie war für mich von Anfang an eine politische Heimat, in der ich aktiv mitwirken und Verantwortung übernehmen wollte. Dadurch habe ich mich zwangsläufig mit den Strukturen auseinandergesetzt und erkannt, dass die politischen Forderungen der GEW BERLIN auf der LDV beschlossen werden – genau dort wollte ich hin!



Aus dieser Motivation heraus habe ich die Strukturen der GEW nach und nach kennengelernt. Die Delegierten für die LDV werden in den Mitgliederversammlungen (MV) gewählt – für mich als Lehrerin also in dem Bezirk, in dem ich arbeite. Also ab zur MV! Dort trifft man auf viele erfahrene GEW-Aktive, und es wird oft in Abkürzungen gesprochen. Als sich niemand für die letzten offenen Plätze meldete, wurde der Posten meinem Sitznachbarn angeboten. »Mach das! Da bekommst du vier Tage im Jahr frei«, hieß es. Hoffentlich lassen sich nur wenige allein wegen dieser Aussicht aufstellen – gewählt werden sie dennoch ziemlich sicher, denn es gibt genügend Plätze.

Herausforderungen der LDV

Die LDV ist mit über 400 Delegierten nicht nur das wichtigste, sondern auch das größte Gremium der GEW BERLIN. Diese Größe bringt einige Herausforderungen mit sich: Wer sich während der Sitzung zu Wort meldet, muss auf der Bühne vor einem großen Publikum sprechen – möglicherweise ein Grund, warum nicht alle Mandate besetzt sind. Laut Mitgliederbefragung trauen sich weniger als ein Fünftel ein Mandat nicht zu, während 42 Prozent den hohen Zeitaufwand als Hauptgrund gegen eine Kandidatur nennen.

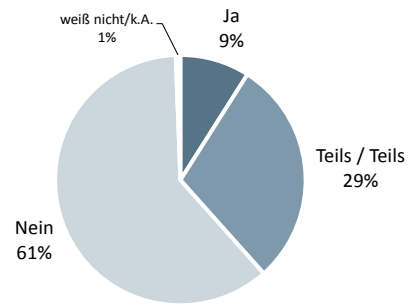
Ein weiteres Problem ist die Sitzungsdauer: Die LDV tagt in der Regel zweimal im Jahr für jeweils zwei Tage. Beschäftigte



BEKANNTHEIT DER FUNKTION DER LDV

Die Landesdelegiertenversammlung ist das höchste beschlussfassende Gremium der GEW BERLIN und tagt in der Regel zwei Mal pro Jahr. Grundsätzlich kann jedes Mitglied der GEW BERLIN auf einer Mitgliederversammlung als Delegierte*r gewählt werden. Wusstest Du vor dieser Befragung, was Aufgaben und Zweck der LDV sind?

Eingeschränkte Basis: Nur diejenigen, die noch nie Delegierte*r der Landesdelegiertenversammlung gewesen sind (n=2.938)



n=3.266

Grundgesamtheit: Alle Mitglieder der GEW BERLIN

im Öffentlichen Dienst können sich dafür vom Dienst freistellen lassen. Gut drei Viertel der Delegierten nehmen dieses Recht in Anspruch. Dennoch gab nur eine knappe Mehrheit der Delegierten an, an jedem Sitzungstag vollständig teilzunehmen. Besonders bemerkenswert ist dies vor dem Hintergrund, dass 73 Prozent zwischen zwei und acht Stunden in die Vorbereitung investieren – fünf Prozent sogar mehr als acht Stunden.

Als langjähriges Mitglied der LDV und Teil der Antragsberatungskommission haben mich die Ergebnisse der Mitgliederbefragung kaum überrascht. Seit Jahren beobachte ich, dass während der LDV ganze Tische leer bleiben oder sich im Laufe der Sitzung leeren – besonders in den Mitgliedergruppen, die nicht im Schuldienst arbeiten.

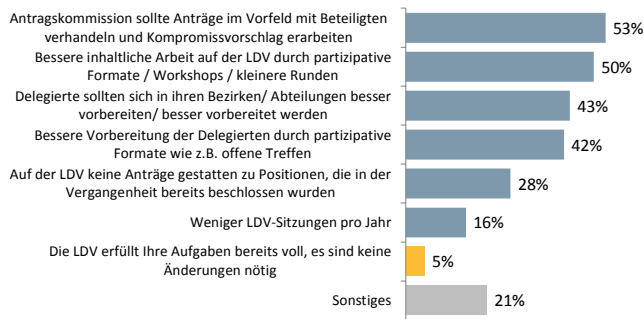
Auf der Herbst-LDV 2024 wurde ein Organisationsentwicklungsprozess beschlossen. Als zentrales Gremium der GEW BERLIN sollte die LDV nicht nur in diesen Prozess eingebunden werden, sondern auch ihre eigene Struktur kritisch hinterfragen. Die Ergebnisse der Befragung liefern dafür genügend Anhaltspunkte (siehe Grafiken).

VERBESSERUNGEN DER LDV

Wie könnte die LDV ihre Aufgaben besser erfüllen?

Eingeschränkte Basis: Nur diejenigen, die Delegierte*r der Landesdelegiertenversammlung (gewesen) sind (n=313)

Mehrfachnennungen möglich



n=3.266

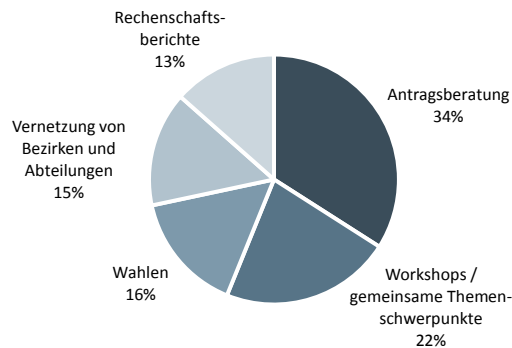
weiß nicht/k.A.: 7%

Grundgesamtheit: Alle Mitglieder der GEW BERLIN

ANTEILE DER FORMATE AN DER LDV

Welchen Anteil sollten die folgenden denkbaren Formate an den LDVen haben? Bitte gib für die einzelnen Aspekte jeweils einen Prozentwert ein. Die Werte werden automatisch addiert und sollten am Ende 100% ergeben.

Eingeschränkte Basis: Nur diejenigen, die Delegierte*r der Landesdelegiertenversammlung (gewesen) sind (n=313)



n=3.266

Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/k.A.

Darstellung des arithmetischen Mittels (Mittelwert) aus den einzelnen Angaben

Grundgesamtheit: Alle Mitglieder der GEW BERLIN

Laura Pinnig,
LDV-Delegierte



Neue Chancen und alte Konflikte

Ostdeutsche Hochschulen erlebten nach der Wende dramatische Umstrukturierungen. Marianne Kriszio gibt einen Einblick in ihre Zeit als Frauenbeauftragte an der Humboldt-Universität

von Marianne Kriszio

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland wurde die Hochschullandschaft an die in Westdeutschland geltenden Strukturen angepasst. Für die Beschäftigten ostdeutscher Hochschulen war das mit unerwarteten Problemen und vielfältiger Arbeitslosigkeit verbunden. Dies galt in Ostberlin noch stärker als in den übrigen neuen Bundesländern. In Berlin führte der Zusammenschluss von Westberlin mit der früheren Hauptstadt der DDR dazu, dass die Westberliner Senatsverwaltung, ergänzt um relativ wenige Beschäftigte aus dem Osten, die Entscheidungsmacht über das Schicksal der Ostberliner Hochschulen hatte. Dazu kamen finanzielle Probleme in ganz anderem Ausmaß als in den anderen ostdeutschen Ländern, denn die Vielzahl der Hochschuleinrichtungen, die es 1990 in Westberlin und in Ostberlin

gab, überschritt deutlich die finanziellen Möglichkeiten des neuen Bundeslandes Berlin, sodass drastische Reduzierungen des Personalbestands erforderlich waren.

Nach der Wende kamen die Kürzungen

Ich kam im August 1993 als neugewählte Zentrale Frauenbeauftragte an die Humboldt-Universität (HU) in Ostberlin. Vorher hatte ich diese Position an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg innegehabt. Dort hatte ich die gewerkschaftlichen Diskussionen zu den strikten Befristungsregelungen im Mittelbau seit dem Hochschulrahmengesetz von 1976 miterlebt. Von daher war ich gut vorbereitet auf die Probleme, die es im Zuge der personellen Überleitung an der HU geben sollte.

An den Westberliner Hochschulen gab es nach der Wende auch Schließungen von Fachbereichen, aber dort war dies nicht mit Entlassungen verbunden. An der HU wurde der Stellenplan um etwa die Hälfte der Stellen reduziert. Klar war, dass diejenigen gehen mussten, denen Stasi-Tätigkeit nachgewiesen wurde oder denen aufgrund zu hoher Parteipositionen eine zu große Systemnähe bescheinigt wurde. Außerdem wurde vielen nahegelegt, ab 55 oder 60 in den Vorruhestand zu gehen. 60 war in der DDR das Rentenalter für Frauen gewesen. Nach dem neuen Bundesrecht galt das aber nicht mehr, und nicht alle Frauen wollten mit 60 aufhören, zumal die Rente dann gekürzt wurde.

Für alle früheren Professor*innen galt in Berlin, anders als in den übrigen neuen Bundesländern: ihre bisherigen Stellen wurden ausgeschrieben und sie mussten sich darauf neu bewerben – in Konkurrenz zu externen Bewerber*innen und nach den in Westdeutschland üblichen Qualitätsstandards. Dazu gehörten insbesondere Publikationen in renommierten Fachzeitschriften, und Ostdeutsche hatten in der Regel keinen vergleichbaren Zugang zu diesen Publikationsorganen gehabt. Trotzdem schafften es in den Natur- und Sprachwissenschaften und in der Medizin nicht wenige frühere Professor*innen und Dozent*innen, (wieder) berufen zu werden. In den übrigen Geistes- und Sozialwissenschaften sowie den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften gelang dies jedoch nur wenigen.

Ringens um Weiterbeschäftigung

Für die Wissenschaftler*innen in Mittelbaustellen, die nicht aus politischen Gründen oder wegen fehlender Qualifikation sofort gekündigt wurden, gab es folgende Alternativen: Weiterbeschäftigung auf der bisherigen Stelle für maximal fünf Jahre, Beschäftigung auf einer Über-



FOTO: IMAGO IMAGES/ULRICH HÄSSLER



»Viele frühere Mitarbeiter*innen der HU hatten sich auf die neuen Freiheiten gefreut: Reisemöglichkeiten, Zugang zu internationaler Literatur, Freiheiten in der Lehre. Und nun wurde ihnen gesagt, dass in der neuen Personalstruktur für sie kein Platz mehr ist.«

hangstelle für maximal drei Jahre, eine neue befristete Mittelbaustelle, und nur für sehr wenige eine unbefristete Stelle, wie sie diese vorher gehabt hatten. Für die HU galt dabei die Vorgabe: maximal 20 Prozent der Mittelbaustellen im Stellenplan sollen unbefristet sein.

Als ich im Sommer 1993 nach Berlin kam, war die Überleitung in den Fächern Soziologie, Philosophie, Erziehungswissenschaften, Jura und Wirtschaftswissenschaften abgeschlossen. Die Entscheidungen über das nicht-professorale Personal in den Naturwissenschaften, Sprachwissenschaften und der Medizin standen aber noch aus. In den Sitzungen der Universitätsleitung mit der Senatsverwaltung, unter Beteiligung von Personalrat und Frauenbeauftragter, wurde über jede einzelne Person entschieden.

Gegen den Vorschlag der Universität gab es öfter Einwände aus der Innenverwaltung des Senats, beispielsweise wegen Stasi-Tätigkeit, aber auch wegen zu hoher Position in der SED. Hierzu gab es häufig Auseinandersetzungen darüber, was wirklich hohe Machtpositionen waren. So sollte zum Beispiel einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin gekündigt werden, die als Doktorandin Mitglied der Kreisleitung der SED an der HU gewesen war. Für die Innenverwaltung war dies Beweis einer deutlichen SED-Nähe, während der Vizepräsident uns erklärte, dass dies eher eine Quotenposition für die Doktorand*innen war. Die Senatsverwaltung bestand auf sofortiger Kündigung, aber die Wissenschaftlerin klagte dagegen und konnte befristet weiterbeschäftigt bleiben.

Frauen kämpften für ihre Rechte

In der DDR war der Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal 1990 mit 35 Prozent deutlich höher als in Westdeutschland, wo er damals nur 18 Prozent betrug. Einen sehr viel höheren Anteil gab es bei den wissenschaftlichen

Mitarbeiter*innen, und es gab viel mehr unbefristete Stellen. Bei den Professuren waren in der DDR auch nur knapp 5 Prozent Frauen, dazu kamen aber 12 Prozent Dozent*innen, was insgesamt einen Anteil von 9 Prozent der Hochschullehrer*innen ergab, gegenüber damals 5 Prozent in Westdeutschland.

Neue Freiheiten und unerwartete Erwerbslosigkeit

Nach der Wende wurden auf die Professuren an der HU zunächst vor allem Männer berufen. Proteste der Berliner Frauenbewegung und der Hochschulfrauenbeauftragten führten dazu, dass der Wissenschaftssenator versprach, darauf zu achten, dass auch Frauen berufen werden. 1995 waren an der HU knapp 13 Prozent aller Professuren mit Frauen besetzt, deutlich mehr als in Westdeutschland, aber etwas weniger als vor der Wende. Dabei fiel auf, dass unter den Neuberufenen aus dem Osten der Frauenanteil etwas höher war als bei denen aus dem Westen.

Die Überleitungen im Mittelbau führten nicht zu einer Benachteiligung von Frauen. Unter anderem war der Umgang mit alleinstehenden Frauen mit Kindern anders als in Westdeutschland. An der HU hieß es, diese Frauen müssten bleiben, sie müssen ja ihre Kinder versorgen. Der Frauenanteil blieb bis 1993 stabil bei 36 Prozent. Danach sank er etwas, denn unter den neu eingestellten Nachwuchswissenschaftler*innen waren deutlich weniger Frauen. Die neuberufenen Professor*innen konnten direkt in den Berufungsverhandlungen klären, wen sie auf diese Stellen mitbringen wollten, und das waren meist Männer. In den folgenden Jahren wurden die gesetzlichen Beteiligungsverfahren auch bei Nachwuchsstellen beachtet und der Frauenanteil stieg so wieder.

Für viele frühere Mitarbeiter*innen der HU war der Verlust ihres Arbeitsplatzes

schwer zu akzeptieren. Sie hatten sich auf die neuen Freiheiten gefreut: Reisemöglichkeiten, Zugang zu internationaler Literatur, Freiheiten in der Lehre. Und nun wurde ihnen gesagt, dass in der neuen Personalstruktur für Sie kein Platz mehr ist. In westdeutschen Hochschulen können Menschen in Dauerstellen ohne Fehlverhalten nicht gekündigt werden, aber für die Ostberliner Hochschulen galten durch das Hochschulpersonal-Übernahmegesetz des Landes Berlin Sonderregelungen, die dies bis Ende 1993 ermöglichten.

Menschen, die damals eine sofortige Kündigung erhielten, haben dagegen geklagt, auch mit Unterstützung der GEW, und in manchen Fällen ihren Arbeitsplatz erhalten können. Andere, die noch eine Weiterbeschäftigung für mehrere Jahre erhielten, konnten sich nicht vorstellen, dass sie auch bei positiver Beurteilung in den nächsten Jahren keine Chance auf Weiterbeschäftigung hätten, da sie sich nicht vorstellen konnten, wie rigide im bundesdeutschen Hochschulrecht befristet wird. Nach dem Auslaufen ihrer Stelle hatten diese dann meistens keine Chance auf einen Anschlussvertrag.

1993 kamen an der HU insgesamt noch mehr als die Hälfte aller Professor*innen aus den neuen Bundesländern. In den folgenden Jahren wurden dann überwiegend Personen aus den alten Bundesländern berufen. Erst als sich eine neue Generation ostdeutscher Wissenschaftler*innen unter bundesdeutschen Bedingungen qualifizieren konnte, spielte die Herkunft keine Rolle mehr. ■

*Marianne Kriszio,
Frauenbeauftragte an der
Humboldt-Universität
1993 bis 2009*



Berufsverbote in West-Berlin

Die Historiker*innen Julia Hörath und Jan-Henrik Friedrichs arbeiten seit letztem Jahr am Forschungsprojekt »Der Radikalenerlass in Westberlin: Entstehung – Wirkung – Folgen«

Das Interview führten Ewald Leppin und Christoph Wälz

Christoph Wälz: Mit welchen Leitfragen seid ihr an die Forschung zu den Folgen des Radikalenerlasses nach 1972 herangegangen?

Jan-Henrik Friedrichs: Die übergreifenden Fragen beziehen sich zum einen auf die Akteur*innen, die bei der Umsetzung des Radikalenerlasses beteiligt waren, sprich Behördenvertreter*innen und verantwortliche Politiker*innen. Zum anderen geht es um die Betroffenen und die Strategien der Proteste gegen den Radikalenerlass. Unser Projekt ist das erste – vorher gab es bereits Untersuchungen für Hamburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen – das einen Fokus auf die individuellen Folgen für die Betroffenen legt. Das ist maßgeblich auf die Arbeit der GEW-AG Berufsverbote zurückzuführen. Zudem geht es um die Frage, was in West-Berlin besonders war, und um die gesamtgesellschaftliche Verortung, also um die Bedeutung der Berufsverbote für die Geschichte West-Berlins und der Bundesrepublik insgesamt.

Wälz: Ihr arbeitet seit einem dreiviertel Jahr an dem Forschungsprojekt, das auf zwei Jahre angelegt ist. Gibt es schon Teilergebnisse?

Julia Hörath: Für meinen Bereich kann ich nach den ersten Sichtungen feststellen, dass es fünf Entwicklungsphasen im Kontext des Radikalenerlasses gegeben hat: eine Frühphase 1969 bis 72 im Gefolge der 68er-Studierendenbewegung, die zweite Phase nach dem Beschluss der Ministerpräsidenten vom 28.1.1972 bis etwa 1975, die Hochphase 1975 bis 77 nach den Abgeordnetenhaus-Wahlen 1975 mit behördlichen Verschärfungen einerseits und einer Ausweitung der Protestbewegung an Hochschulen und Schulen andererseits, schließlich die vierte Phase von 1977 bis 79 mit der Einrichtung einer Landeskommission zur Vereinheitlichung der Verfahren und die letzte Phase, die

mit der Aufhebung der Regelanfrage beim Verfassungsschutz 1979 begann, in der es nur noch vereinzelt Ablehnungen aus politischen Gründen gab.

*Wälz: Gab es nach Abschaffung der Regelanfrage eine Wiedereinstellung der vorher abgelehnten Bewerber*innen?*

Hörath: Nein, es gab keine Rehabilitierung. Aber man konnte sich natürlich neu bewerben.

Wälz: Sind dann ehemals Betroffene auch eingestellt worden?

Friedrichs: Zum Teil ja. Aber inzwischen, um 1980, gab es Lehrkräftearbeitslosigkeit, und bei Neubewerbungen im Bildungsbereich spielte dann eher der Bedarf eine Rolle. Im Ergebnis meiner bisherigen Recherchen kann man sagen, dass es relativ vielen betroffenen Lehrkräften gelungen ist, auf Umwegen doch in die Schulen zu kommen, zum Beispiel

»Die These, dass es in Berlin eine besonders scharfe Umsetzung des Radikalenerlasses gab, scheint sich zumindest für die Anfangsjahre zu bestätigen.«

durch gewonnene Arbeitsgerichtsprozesse oder durch die Bewerbung an konfessionellen Schulen. Für Andere bedeuteten die Verfahren teils erhebliche Brüche in ihren Erwerbsbiografien. Einige verließen Berlin und bewarben sich in anderen Bundesländern. Andere schulten um in den gewerblichen Bereich; einem Zeitzeugen gelang daraufhin Ende der achtziger Jahre der Wechsel an eine Berufsschule.

Ich gehe nochmal zurück in die siebziger Jahre. Ob bei Zweifeln des Verfassungsschutzes ein*e Bewerber*in abgelehnt oder eingestellt wurde, war ziemlich willkürlich. Es hing vor allem von dem zuständigen Bezirksstadtrat ab. Aber auch die persönliche Strategie der Betroffenen in den Anhörungen konnte eine Rolle spielen, wenn etwa ein Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) die Frage nach der Parteizugehörigkeit als verfassungswidrig zurückwies oder ein Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) als Antwort ein politisches Pamphlet verlas. Für die Betroffenen war es ein Abwägen zwischen ihren politischen Überzeugungen und dem Wunsch, die eigene berufliche Zukunft zu sichern. Letztlich waren sie in einer solchen Situation allein.

Ewald Leppin: Konntest du herausfinden, welches emotionale Verhältnis die Betroffenen heute zu den Vorgängen von damals haben? Wie haben sie das verarbeitet? Wie reden sie heute über ihr eigenes Berufsverbot?

Friedrichs: Das ist individuell sehr unterschiedlich. Allen gemeinsam ist, dass sie nicht als Opfer gesehen werden wollen, sondern als Handelnde, die sich gegen staatliche Repression gewehrt haben. Andererseits war auch der individuelle Druck sehr unterschiedlich. Und der heutige Blick auf das frühere politische Engagement färbt das Sprechen über Berufsverbote ebenfalls. Da müssen wir noch weiter forschen.

Leppin: Zum Radikalenerlass hat es bereits erste Untersuchungen in anderen Bundesländern – Hamburg, Niedersachsen, Baden-Württemberg – gegeben. Was war in West-Berlin anders?

Friedrichs: Die These, dass es in Berlin eine besonders scharfe Umsetzung des Radikalenerlasses gab, scheint sich zu



v.l.
Christoph Wälz,
Ewald Leppin,
Julia Hörath, Jan-
Henrik Friedrichs

»Ob bei Zweifeln des Verfassungsschutzes ein*e Bewerber*in abgelehnt oder eingestellt wurde, war ziemlich willkürlich.«

mindest für die Anfangsjahre zu bestätigen. In der »Frontstadt« Berlin spielte die Auseinandersetzung mit der DDR eine größere Rolle als in Westdeutschland. Bereits nach dem 17. Juni 1953 und dann nach dem Mauerbau gab es sogar gewerkschaftliche Versuche, Kommunist*innen aus den Betrieben zu entfernen. Diese Tradition wirkte nach, als es in den siebziger Jahren um die Einstellung in den öffentlichen Dienst ging. Hinzu kam die besondere Stärke der Studierendenbewegung. Während es in den anderen Bundesländern wohl in erster Linie um Organisations- oder Parteimitgliedschaft ging, konnte es in Berlin genügen, für linke Listen bei universitären Gremienwahlen kandidiert zu haben, um eine Ablehnung zu bekommen. Die Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden war an den Berliner Universitäten vergleichsweise hoch und produzierte deshalb auch mehr »Erkenntnisse«.

Hörath: Zwei Besonderheiten für Berlin habe ich schon genannt: Die lange Vorlaufphase von 1969 bis 1972 und die uneinheitliche Vorgehensweise in den Bezirken. Zudem war die Freie Universität (FU) ein besonderer Kristallisationsort der Proteste gegen den Berliner Senat. Auf der Gegenseite bildete sich eine »Notgemeinschaft für eine Freie Universität« (NoFU),

die durch das Anlegen von Schwarzen Listen bundesweit vor linken Absolvent*innen der FU warnte.

Wälz: Somit gab es keine einheitliche Linie in der Ablehnung von Beschäftigungsverhältnissen?

Friedrichs: Bisher zeigt sich für mich, dass es keinen monolithischen Block auf der Seite der Administration gab, um Linke aus dem öffentlichen Dienst herauszuhalten. Es gab auch Widersprüche und Brüche innerhalb und zwischen den Institutionen, den Bezirken und der Senatsführung.

Hörath: Aus meinen Recherchen zu den Anhörungen kann ich bestätigen, dass es, abhängig von den beteiligten Akteur*innen, recht unterschiedliche Kräfteverhältnisse und Konfliktlinien bei den politischen Überprüfungen gab.

Leppin: Der Antrag, den wir als GEW 2020 vorgelegt haben, im Abgeordnetenhaus eingebracht von der Linken, sah auch eine Entschuldigung des Senats und die Möglichkeit einer Entschädigung im Einzelfall vor. Das konnten wir leider nicht durchsetzen. Als Mitakteur und Zeitzeuge habe ich zum Abschluss noch eine persönliche Frage: Wie seht ihr die Chancen, dass es nach Abschluss eurer Arbeiten und der

Veröffentlichung der Ergebnisse zu einer erneuten parlamentarischen Runde zum Thema kommen könnte, die eine vollständige Rehabilitation der Betroffenen zur Folge haben könnte?

Friedrichs: Um etwas über die Möglichkeiten zukünftiger parlamentarischer Vorgänge sagen zu können, bräuchten wir eine Kristallkugel. Zugleich sind wir mitten im Forschungsprozess und können den Ergebnissen nicht vorgreifen. Aber warum sollte nicht auch in Berlin eine ähnliche Lösung wie 2011 in Bremen möglich sein? Dort hat der Bremer Senat eine Entschädigung in Härtefällen angeboten. Einer Handvoll Betroffener wurden daraufhin die fehlenden Rentenpunkte nachbezahlt, also ein sehr überschaubarer finanzieller Aufwand. ■



Hier könnt ihr das ungekürzte Gespräch nachlesen

Ewald Leppin, AG Berufsverbote,
 Christoph Wälz, verantwortlicher
 Redakteur der bbz

Auf dem Weg zu mehr Stärke

Eine Analyse der Ergebnisse der Personalratswahlen und der Wahlen der Frauenvertreterinnen im November 2024

von Gökhan Akgün

Die Wahlergebnisse sprechen eine klare Sprache: Die GEW bleibt eine starke Stimme für alle, die in der Bildung arbeiten! Ein großes Dankeschön an alle Kolleg*innen, die mit ihrem Engagement zu diesem tollen Erfolg beigetragen haben. Besonders im Schulbereich und an den Hochschulen konnten wir große Erfolge feiern. Doch in einigen Kitas mussten wir Stimmen abgeben – ein Zeichen dafür, dass es hier noch einiges zu tun gibt.

Wahlbeteiligung wieder so hoch wie vor der Pandemie

An den Schulen konnten wir unsere Position weiter ausbauen. Von den 229 Sitzen in den örtlichen Personalräten erzielten wir 213. Ein Anteil von über 90 Prozent der Stimmen entfiel somit auf die GEW. Auch im Gesamtpersonalrat der allgemeinbildenden Schulen (GPR) stellen wir als GEW mit 25 von 29 Sitzen weiterhin die Mehrheit. Diese Ergebnisse zeigen das große Vertrauen in die GEW-Personalräte und ihre Arbeit.

Besonders erfreulich ist, dass die GEW auch die Wahlen der Frauenvertreterinnen dominierte: In fast allen Regionen sind GEW-Kolleginnen als Frauenvertreterinnen gewählt worden, die GEW-Aktiven

Mit einer durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 28,2 Prozent konnte das Niveau wieder auf den Stand von vor der Corona-Pandemie angehoben werden. Besonders hoch war die Beteiligung in Reinickendorf (39,2 Prozent), Friedrichshain-Kreuzberg (38,6 Prozent) sowie bei den zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen (34,6 Prozent). Bei den Wahlen der Frauenvertreterinnen schwankte die Wahlbeteiligung zwischen 7 und 26 Prozent und liegt damit leicht niedriger als 2020. Nur bei den zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen lag die Wahlbeteiligung mit über 34 Prozent deutlich höher.

Entwicklungen in Kita-Eigenbetrieben und Bezirksämtern

Die Ergebnisse in den Kita-Eigenbetrieben zeigen ein gemischtes Bild. Zwar mussten wir Sitze abgeben, konnten jedoch insgesamt 23 Mandate sichern und im Eigenbetrieb City erneut die Mehrheit erlangen, wodurch wir dort den Vorsitz übernehmen. Die Tarifauseinandersetzung in den Kita-Eigenbetrieben hat den Stimmenanteil spürbar beeinflusst. Trotzdem ist es gelungen, in allen Eigenbetrieben GEW-Personalräte zu etablieren.

In den Bezirksämtern Mitte und Lichtenberg haben wir jeweils zwei Sitze gewinnen können – ein erfreuliches Ergebnis. Bemerkenswert ist, dass unsere Listen mehr Stimmen erhielten, als wir Mitglieder in den jeweiligen Jugendämtern haben. Dies zeigt die Wertschätzung und das Vertrauen in unsere Arbeit.

GEW-Vertretungen in Hochschulen und Referendariat

Im Personalrat Hochschulbereich der HU Berlin vertreten nun zehn GEW-Kolleg*innen die Beschäftigten. Erneut wurde eine GEW-Kollegin zur Vorsitzenden gewählt. Im Gesamtpersonalrat der HU sind wir mit sieben GEW-Kolleg*innen vertreten. Neu sind an der TU nun neun GEW-Kolleg*innen im Personalrat aktiv sowie sieben GEW-Kolleg*innen im FU-Gesamtpersonalrat. An der HWR engagieren sich drei GEW-Kolleg*innen im Personalrat, an der BHT zwei Kolleg*innen und jeweils ein*e Kolleg*in in den Personalräten der Charité, ASH und HTW. Neben wissenschaftsunterstützenden Beschäftigten sind durch die GEW-Listen nun mehr wissenschaftliche Beschäftigte in den Personalräten. Größte Herausforderung werden die Kürzungen durch den Senat und die damit verbundenen Mehrbelastungen durch nicht besetzte, gekürzte oder befristete Stellen sein.

Die Wahl der Lehramtsanwärter*innen war wieder ein voller Erfolg für die GEW. Dort stellen wir seit Jahrzehnten als einzige Organisation Wahlvorschläge für den Personalrat auf. Es gab mit 32 Kandidierenden wieder eine lange GEW-Liste und nun viele motivierte neue Personalratsmitglieder. Die Wahlbeteiligung war mit etwa 40 Prozent bei Beam*innen und Arbeitnehmer*innen stabil hoch – ein starkes Votum für die Verbesserung der Ausbildungsbedingungen.

»Die Arbeitsbelastung und Personalnot in Kitas und Bezirksämtern müssen wir, genau wie die Anerkennung der Arbeit von Erzieher*innen, noch stärker fokussieren.«

Elke Gabriel und Friederike Peiser wurden als Gesamtfrauenvertreterinnen bestätigt. Damit können wir wichtige Beratungsarbeit zu geschlechtergerechten Arbeitsbedingungen weiter durch unsere Mitglieder begleiten.

Wichtig bleibt, die Kita-Beschäftigten weiter zu mobilisieren. Die Wahlbeteiligung von 41,3 Prozent liegt zwar deutlich über dem Schulbereich, jedoch unter dem Niveau früherer Jahre. Hier besteht Handlungsbedarf.



»Die GEW ist wieder im Vorstand des Hauptpersonalrats vertreten. Somit können wir in der Interessenvertretung des gesamten Berliner öffentlichen Dienstes wieder mehr bildungspolitische Impulse setzen.«

Im Hauptpersonalrat (HPR) erreichte die gemeinsame Liste der GEW mit unserer Schwestergewerkschaft IG BAU 8 von 31 Sitzen. Während wir bei den Arbeitnehmer*innen einen Stimmenanteil von 31 Prozent erzielten, war der Anteil bei den Beamt*innen mit 13 Prozent vergleichsweise gering. Bei der Konstituierung des HPR wurde ein Vorstand aus Vertreter*innen der DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP gewählt. Nachdem die GEW in den vier Jahren zuvor nicht im HPR-Vorstand vertreten war, konnten nun die GEW-Mitglieder Anne Albers, Robert Odarjuk und Thomas Weiske diese wichtigen Positionen übernehmen. Somit können wir in der Interessenvertretung des gesamten Berliner öffentlichen Dienstes wieder mehr bildungspolitische Impulse setzen.

Zurück im Vorstand des Hauptpersonalrats

Die Wahlergebnisse 2024 sind ein klares Vertrauensvotum der Berliner Bildungsbeschäftigten für die GEW. Gleichzeitig zeigen die Ergebnisse, dass es in einigen Bereichen Nachholbedarf gibt. Um in den Kitas und Bezirksämtern stärker zu werden, bedarf es gezielter Maßnahmen. Die

dortige Arbeitsbelastung und Personalnot müssen wir, genau wie die Anerkennung der Arbeit von Erzieher*innen, noch stärker fokussieren.

Eine starke Präsenz in den Beschäftigtenvertretungen bedeutet für uns eine bessere Sichtbarkeit und Teilhabe an Entscheidungsprozessen. Das heißt mehr politische Druckmittel in Verhandlungen für bessere Arbeitsbedingungen oder beim Protest gegen Haushaltskürzungen. In Bereichen wie der Hochschule zeigt sich auch, wie sehr die Wahl als Katalysator für unsere Mitgliedergewinnung fungieren kann. So sind viele Kandidat*innen auf den GEW-Listen an den Hochschulen, die zuvor keine Mitglieder waren, in die GEW eingetreten und haben weitere Kolleg*innen dazu motiviert.

Auch diese Wahlen waren ein Lernprozess, aus dem wir viel mitnehmen konnten. Gemeinsam schauen wir auf allen GEW-Ebenen, was gut funktioniert hat und wo wir noch besser werden können. Während die detaillierte Analyse in den Bezirken und Abteilungen noch läuft, zeichnen sich bereits jetzt wichtige Aufgaben für die Wahlen 2028 ab.

Ein wichtiger Punkt für die Zukunft ist eine gezielte Ansprache in den Kitas. Wir brauchen starke Kampagnen und ein noch klareres Profil, um verlorene Nähe

wiederzuerlangen. Auch die Wahlbeteiligung muss weiter steigen, und dafür sollten Erfolgsmodelle wie fliegende Wahllokale noch mehr zum Einsatz kommen. Ebenso ist es entscheidend, die Bedeutung der Wahlen und die Arbeit der Beschäftigtenvertretungen besser sichtbar zu machen und über die Wahlprozesse aufzuklären.

Die Zusammenarbeit mit anderen Gewerkschaften, Verbänden und sozialen Bewegungen kann uns dabei helfen, unsere Möglichkeiten zu erweitern. Wir sollten unsere politischen Forderungen – von Entlastung über Entfristungen bis hin zu Geschlechtergerechtigkeit – klar und offensiv kommunizieren. Unsere engagierten Kolleg*innen und die Netzwerke der Vertrauensleute sind für diese Aufklärungsarbeit unverzichtbar. Wie Personalräte und Frauenvertreterinnen arbeiten, muss in den kommenden Jahren immer wieder gezeigt werden – mit Blick auf die Wahlen 2028.

Wir danken unseren Kandidat*innen, die der GEW BERLIN in den Schulen, Hochschulen, Bezirksämtern und Kitas ein Gesicht geben. Wir danken allen Kolleg*innen, die sich an der Wahl beteiligt und unseren Kandidierenden mit ihrer Stimme ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Wir bedanken uns bei den Wahlvorständen, den vielen ehrenamtlichen GEW-Kolleg*innen, den Beschäftigten in der Geschäftsstelle und bei Katja Ziska, die einen großen Teil unseres Wahlkampfes organisiert hat. Allen neu und wieder gewählten Personalratsmitgliedern und Frauenvertreterinnen wünschen wir gutes Gelingen. ■

Gökhan Akgün,
Vorsitzender der GEW
BERLIN



Der Rückhalt in den Kollegien ist wichtig

Wie wir verlorengegangene Stimmen bei den Personalratswahlen zurückerlangen

von Hans-Jürgen Heusel

In der Ausgabe 11/12 2024 der *bbz* erläuterte Knut Langenbach, wie die GEW BERLIN bei den Personalratswahlen 1974 und 1977 in den meisten bezirklichen Personalräten der Schulen die Mehrheit gegen den Beamtenbund erringen konnte. In den folgenden Jahrzehnten entwickelte sich daraus eine beispiellose Erfolgsgeschichte: Die GEW gewann kontinuierlich weitere Personalratssitze hinzu und erhielt seit dem Jahr 2000 regelmäßig mehr als 80 Prozent der Sitze. Diese Entwicklung war in diesem Ausmaß vor allem in Berlin zu beobachten, daneben auch in einigen Großstädten und Bundesländern wie Bremen oder Hamburg – jedoch nicht flächendeckend in anderen Bundesländern.

Doch warum gerade Berlin – und warum in den 1970er- und 1980er-Jahren? Die »68er« hatten ihr Studium abgeschlossen und waren nun in den Schulen tätig. Ihre große Zahl veränderte das Klima in den Lehrerzimmern ebenso wie in den Personalräten. West-Berlin war eines der zentralen Zentren der 68er-Bewegung – das größte und bedeutendste.

Wahlmüdigkeit trübt Erfolge

Dem Erfolg der GEW steht jedoch eine Entwicklung gegenüber, die etwas Wermut in den Wein mischt: Die sinkende Wahlbeteiligung ab den 1980er Jahren,

die unmittelbar nach dem ersten Erfolg der GEW einsetzte. Immer weniger GEW-Mitglieder und Sympathisant*innen nahmen an den Wahlen teil. Pech für den Beamtenbund: Dessen Unterstützung schwand noch schneller. Es lohnt sich zu betrachten, wie viele von beispielsweise 100 Wahlberechtigten sich die Mühe machten, zur Wahlurne zu gehen und die GEW zu wählen. Nur so kann man einschätzen, wie sehr die GEW-geführten Personalräte von den Kolleg*innen geschätzt und unterstützt werden, wie viel Rückhalt sie in den Kollegien haben.

In den 1970er Jahren lag die Unterstützung für die GEW, gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten, bei etwa 40 Prozent. Doch von Wahl zu Wahl nahm diese Zahl weiter ab. Da jedoch die Unterstützung für den Beamtenbund noch drastischer zurückging, erhielt die GEW – mit nur wenigen Ausnahmen in einzelnen örtlichen Personalräten – mehr Stimmen als der Beamtenbund und konnte ihren Anteil an den Personalratssitzen stetig ausbauen.

Bei der Wahl der Personalräte der Schulen in den neu gegründeten Berliner Bezirken im Dezember 2000 machte die Unterstützung für die GEW nur noch 28 Prozent aus. Anschließend sank sie weiter bis auf 19,5 Prozent im Jahr 2008. Bei den folgenden Wahlen gelang der GEW eine geringe Steigerung, 2012 auf 21,5 Prozent und 2016 auf 24,4 Prozent. Der

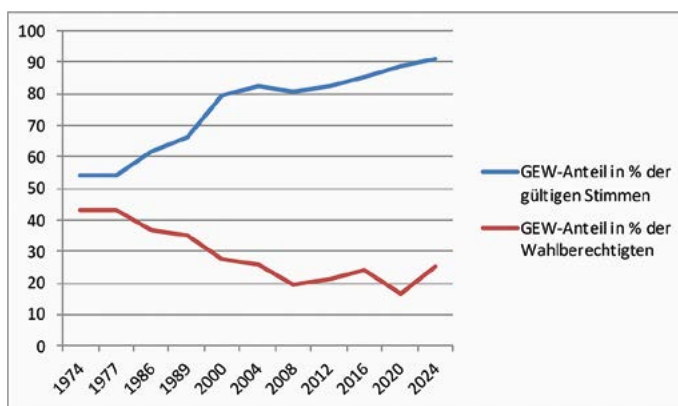
Absturz war abgefangen. Dennoch erreichte die GEW 2020 einen weiteren Tiefpunkt von 15,9 Prozent. Auch in einem Bezirk, in dem so viele Wahllokale angeboten wurden wie bei den Wahlen zuvor, sank die Wahlbeteiligung deutlich. Dies war sicherlich der Corona-Pandemie geschuldet, aber bestimmt gab es noch andere Faktoren. Eine Ausnahme war Friedrichshain-Kreuzberg, wo die GEW beachtliche 25 Prozent Unterstützung erzielte.

Die Wahl im vergangenen Jahr 2024 zeigt, dass die GEW wieder die Unterstützung der Kolleg*innen von 2016 erzielen konnte: 25 Prozent aller Wahlberechtigten wählten die Listen der GEW in die örtlichen Personalräte.

Was nötig ist

Es reicht offensichtlich nicht aus, sich alle vier Jahre wählen zu lassen und sich in der Zwischenzeit lediglich durch gute Arbeit – wie die Beratung der Kolleg*innen und die Vertretung ihrer Interessen gegenüber der Schulaufsicht – zu beweisen. Das Ansehen der Personalräte könnte erheblich gestärkt werden, wenn sie während der gesamten Wahlperiode regelmäßig über ihre Arbeit berichten und um Verständnis für die Möglichkeiten sowie die Grenzen ihres Handelns werben würden. Ein kämpferisches Auftreten des Personalrats wird von den Kolleg*innen in der Regel sehr begrüßt. Das bedeutet auch, gelegentlich eine Vorlage der Schulaufsicht abzulehnen und notfalls die Durchführung des Einigungsverfahrens oder eine Klage vor dem Verwaltungsgericht. Aber wie gesagt: Immer schön transparent machen!

Wahlen zu den örtlichen Personalräten im Schulbereich



Hans-Jürgen Heusel,
Mitglied im Personalrat
Tempelhof-Schöneberg
2001 – 2014



GRAFIK: HANS-JÜRGEN HEUSEL

Teilzeitbeschäftigte haben Rechte

Die Senatsbildungsverwaltung wollte entlastende Regelungen im Frauenförderplan verschlechtern. Damit konnte sie sich aber nicht durchsetzen

von Christoph Wälz

Der Frauenförderplan für 2023 bis 2029, der übrigens für alle Geschlechter gilt, orientiert sich an der geltenden Rechtsprechung und sieht für teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte an öffentlichen Schulen einige Verbesserungen vor. So darf eine Schulleitung nicht festlegen, dass Teilzeitbeschäftigte an allen Konferenzen und Elternsprechtagen teilnehmen müssen, ohne dass ein zeitlicher Ausgleich gewährt wird. Lehrkräften in Teilzeit sollen bei hälftiger Teilzeit zwei unterrichtsfreie Tage und bei einer Zweidrittel-Stelle ein unterrichtsfreier Tag gewährt werden. Außerdem muss in der Gesamtkonferenz ein schulinternes Teilzeitkonzept beraten und beschlossen werden.

Alleingang der Behörde ohne Erfolg

Viele solcher entlastenden Teilzeitregelungen wurden im Frauenförderplan gestrichen, als am 26. Juni 2024 ein »Empfehlungsschreiben« der für Grundsatzangelegenheiten des Schulwesens zuständi-

gen zur Teilzeit gelten wieder vollumfänglich. Kolleg*innen sollten jetzt prüfen: Hat die Schulleitung mit Verweis auf das Empfehlungsschreiben den Stundenplan teilzeitbeschäftigter Lehrkräfte verschlechtert? Wurde das schulinterne Teilzeitkonzept der Gesamtkonferenz durch die Schulleitung für ungültig erklärt? Für solche Maßnahmen gäbe es keine Rechtsgrundlage. Es gilt der Frauenförderplan 2023 bis 2029 auf der Grundlage des Landesgleichstellungsgesetzes.

Die Entlastungsregelungen gelten

Die Rechtsprechung ist auf der Seite der teilzeitbeschäftigten Lehrkräfte. Vor zehn Jahren gab es ein einschlägiges höchstrichterliches Urteil (BVerwG, 16. Juli 2015 – 2 C 16/14), das besagt, dass teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden dürfen oder ein zeitlicher Ausgleich erfolgen muss.

Gesamtkonferenzen haben mit Paragraph 79 Schulgesetz das Recht und mit dem

»Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte dürfen nur entsprechend ihrer Teilzeitquote zur Dienstleistung herangezogen werden oder es muss ein zeitlicher Ausgleich erfolgen.«

gen Abteilung II der SenBJF veröffentlicht wurde. Denn mit diesen »Empfehlungen« an die Schulleitungen wurde ganz nebenbei auch der Frauenförderplan geändert – und das ganz ohne die Gesamtfrauenvertreterinnen daran zu beteiligen.

Länger als ein halbes Jahr mussten Elke Gabriel und Friederike Peiser gegenüber der Verwaltung einwenden, dass sie als zuständige Beschäftigtenvertretung nicht übergangen werden dürfen. Mit Erfolg: Die ursprünglich verabredeten Regelun-

gen des Frauenförderplan auch die Pflicht, Grundsätze zum Einsatz der Lehrkräfte festzulegen. Da die Senatsbildungsverwaltung keine Personalreserve bereitstellt, um alle Aufgaben zu erfüllen, die wünschenswert wären, müssen Kollegien Prioritäten festlegen: Was kann künftig an außerunterrichtlichen Aufgaben, Projekten und Aktivitäten an der Schule entfallen? Bei welchen Aktivitäten müssen nicht alle anwesend sein? Weniger Zeit für außerunterrichtliche Aufgaben aufbringen zu müs-



sen, ist gut für alle: für Vollzeit- und Teilzeitkräfte sowie alle Geschlechter.

Die regionalen Frauenvertreterinnen und die örtlichen Personalräte informieren gerne und senden euch auf Wunsch den kompletten digitalen Frauenförderplan zu. Teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte, denen kontinuierlich ein Einsatz gemäß ihrem Teilzeitvolumen bei außerunterrichtlichen Aufgaben verweigert wird, erhalten Unterstützung vom Rechtsschutz der GEW BERLIN. ■

Christoph Wälz,
Leitung Vorstandsbereich
Mitgliederaktivierung und
Mitgliederzeitschrift





Gemeinsam frei sein

Was die Kürzungen des Senats wirklich bedeuten

von Gabriele Heller

Die Kahlschlagkürzungen in Berlin wurden beschlossen. Wird bald eine Resignation oder schlicht eine Erschöpfung einsetzen? Flüstert uns nicht unser inneres Erwachsenen-Ich ein: Man kann nicht alles haben? Der Staat muss haushalten. Schulden machen ist schädlich! Viele sehen es als rational an, dass durch Corona-Krise, Ukraine-Krieg, Preissteigerungen und zunehmende Militärausgaben der Gürtel enger geschnallt werden muss. Hinzu kommen höhere Ausgaben, um die Wirtschaft in der Weltmarktkonkurrenz während einer Umbruchsituation zu stärken.

New Public Management als Zauberformel der Modernisierung

Aber bleiben wir nicht im Zeitraum des Kurzzeitgedächtnisses. Gehen wir etwas weiter zurück in die Vergangenheit. In den 90er Jahren warb man in Berlin für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, mehr Bürgernähe, weniger Bürokratie, mehr Effizienz.

New Public Management (NPM) hieß die Zauberformel, der sich auch andere Kom-

munen anschlossen. In der öffentlichen Verwaltung sollten nach diesem neuen Steuerungsmodell Managementtechniken der kapitalistischen Privatwirtschaft etabliert werden. Seitdem werden in den Bezirken zum Beispiel Leistungskennzahlen für die Dienstleistungen erhoben, um die Effizienz zu messen und Verbesserungsmaßnahmen durchzusetzen. Ist- und Soll-Zustände werden dabei verglichen, um realisierbare Ziele festzulegen.

Ideologisch begleitet wurde dieser Umbau durch die neoliberale Denke, der Staat arbeite ineffektiv und verschwenderisch.

Fabian Nehring spricht in dem Podcast Jacobin Weekly (Episode 27) davon, wie jeder Berliner Bezirk nun Kosten für Leistungen definiert. Jeder der zwölf Bezirke legt die Kosten für den Unterhalt eines Schulplatzes fest. Daraus wird ein Medianwert gebildet. Kosten werden nur auf dieser Höhe übernommen. Liegt der Bezirk darüber, zahlt er drauf. Liegt er darunter, macht der Bezirk Plus, welcher Bezirk will das nicht. Dadurch rutscht der Medianwert jedoch immer mehr nach unten. Kürzungen sind somit im neuen Finanzierungssystem automatisiert einge-

schrieben, aber zugleich getarnt als sachliche Notwendigkeit.

Muss gekürzt werden, führen die Berliner Bezirke es vorrangig an den sogenannten freiwilligen Leistungen durch. Leistungen, die über die gesetzlichen Pflichtaufgaben hinausgehen, aber deshalb nicht unwichtig sind, wie Jugend- und Freizeitclubs oder Familienförderung. Die Folge ist eine ständige Unsicherheit, die Projekte fortsetzen zu können. So bringen Sozialarbeitende oft mehr Zeit für Anträge zur Projektfinanzierung auf als für die eigentliche soziale Arbeit. Bei gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen wird der gegebene Rahmen zwar eingehalten, Freileistungsstunden werden dennoch zunehmend gekürzt.

Gab es in den 1990er Jahren noch circa zwölf Stunden zur Betreuung einer Familie, sind es mittlerweile nur noch fünf. Damit lässt sich der Rechtsanspruch nur noch pro forma erfüllen. Qualitative Arbeit wie Beziehungsaufbau mit den Betroffenen ist nahezu unmöglich.

Lehrkräfte erleben seit Jahren, wie ihnen die Jugendämter als Unterstützung ihrer pädagogischen Arbeit wegbrechen.

Outsourcing führt zu Qualitätseinbußen

Was bedeutet das NPM für das Handeln der Schulverwaltungen? Das Outsourcing bestimmter Tätigkeitsfelder, wie zum Beispiel der Reinigung, hat weitreichende Folgen. Die Reinigungsfirmen stehen in direkter Konkurrenz zueinander, und der Bezirk, der selbst unter Kostendruck steht, wählt das günstigste Angebot. Zwar mag auf quantitativer Ebene eine Einsparung erzielt worden sein, jedoch sind genaue Zahlen schwer zu finden. Qualitativ jedoch sind die Folgen katastrophal: Kaum eine Schule in Berlin wird noch ausreichend gereinigt. Die auf Kostensenkung fokussierten Firmen wechseln zudem häufig, was zu prekären Arbeitsverhältnissen führt. Es ist von möglichen illegalen Praktiken wie unangemessenen Arbeitszeiten oder Schwarzarbeit auszugehen. Diese Problematik lässt sich juristisch zwar argumentieren, doch es gibt noch eine weitere, sozial weit gra-

erschwert die Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Erzieher*innen.

Falsch verstandene Freiheit

Die Kürzungen Ende 2024 sind die »Kettensäge«, die aufschreckt und zum Protest auf die Straße treibt. Mit Forderungen nach mehr Eigenverantwortung, Selbständigkeit und individuellem Engagement versuchten jüngst der Regierende Bürgermeister und der Kultursenator die Protestierenden in ein schlechtes Licht zu rücken. Wie so oft wird dabei die weitere Ökonomisierung der Kultur und des Sozialen hinter der Maske des dynamischen Fortschritts, des kreativen Individualismus und der persönlichen Unabhängigkeit versteckt. Die Forderung nach einem Mentalitätswandel zielt in Wirklichkeit darauf ab, dass die Betroffenen sich freiwillig im konkurrenzbefeuerten Hamsterrad des Überlebens vereinzeln.

»Kürzungen sind im neuen Finanzierungssystem automatisiert eingeschrieben, aber zugleich getarnt als sachliche Notwendigkeit.«

vierendere Dimension. Die Schüler*innen sowie die Pädagog*innen kennen ihre Reinigungskräfte nicht mehr – sie erscheinen wie Schattengestalten in den späten Stunden der Nacht. Ihnen werden unrealistische Vorgaben gemacht, und häufig bleibt nur das Leeren von Müllern übrig. Allenfalls wird noch trocken gekehrt.

Auch in einem Zentrum der pädagogischen Arbeit, in der Ganztagsbetreuung, hat die Ideologie des freien Marktes Einzug gehalten. Natürlich gibt es viele freie Träger, die gute Arbeit leisten. Inwiefern ist ihre Arbeit jedoch flexibler, innovativer und individueller als die des öffentlichen Dienstes, wie es auf Prospekten gerne angepriesen wird? Warum lassen freie Träger zumeist keine Betriebsräte zu? Die Löhne werden infolgedessen einseitig von Arbeitgeberseite festgelegt und sind in der Regel niedriger. Hinzu kommt, dass Pädagog*innen, die bei einem freien Träger angestellt sind, sich eher an Vorgaben ihres Arbeitgebers orientieren als sich mit der konkreten Einrichtung zu identifizieren, in der sie tätig sind. Das

Ein Beispiel ist die neue schulische Regelung für Klassenfahrten. Die Schulen haben nun die »Freiheit«, ihr Budget selbst zwischen Lehrmitteln, Vertretungslehrkräften und Klassenfahrten hin und her zu schieben. Bei von vorneherein zu niedrigem Budget ist es mehr Zwang als Freiheit, man kann aber niemanden mehr dafür als Verantwortlichen adressieren.

Freiheit führt schon lange die Top Ten der ideologischen Ja-Worte an. Freiheit steht nicht im Gegensatz zum Sozialen. Im erzieherischen Alltag stecken wir non-stop im sogenannten pädagogischen Paradoxon: Zur mündigen Selbstgestaltung fähig wird der heranwachsende Mensch nur, wenn er dabei angeleitet und unterstützt wird. Über die Zeit des Aufwachens hinaus sind soziale Institutionen, Regelwerke und gegenseitige Verpflichtungen notwendig, um dem Individuum Freiheitsgrade zu ermöglichen. Der Glaube, Freiheit sei von Natur aus jedem seit Geburt absolut gegeben, führt zu einer typischen Fehlorientierung. Jean-Pierre Wils, ein Philosoph und Theologe, spricht von einem naturalistischen Freiheitsver-



ständnis. Bleiben wir in dieser egozentrischen Vorstellung gefangen, setzen wir Freiheit automatisch in Opposition zu Zusammenarbeit, Zugehörigkeit und Institutionen. Wir können nur gemeinsam frei sein.

Das Individuum braucht soziale Unterstützung und starke Organisationen in seinem andauernden Emanzipationsprozess. Nicht zuletzt deshalb haben sich Gewerkschaften gebildet. Diesen Zusammenhang übergeht der Liberalismus regelmäßig. Wenn wir eine Gesellschaft realisieren wollen, die sich an einer hohen Lebensqualität für alle orientiert, dann sind dafür erste Ausrichtungen, die Schuldenbremse zu kritisieren, eine gerechtere Steuerpolitik und Vermögensverteilung zu fordern und uns für leistbare Bedingungen unserer Arbeit einzusetzen. Demonstrieren wir heute gegen neue Sparauflagen, wehren wir uns gegen den Zwang, alles als veräußerbare Produkte zu verwerten und damit anderes zu entwerten. Unsere Eigenverantwortung, Kreativität und gemeinsames Engagement verstehen wir anders als uns manche Politiker*innen weismachen wollen.

Unsere Selbstbestimmung und Eigenverantwortung führen uns zum gemeinsamen Engagement nach mehr Lebensqualität für alle. ■

Gabriele Heller,
Grundschullehrerin



Ein »fliegender Professor« im Dienst der Volksschulbildung

Adolf Reichwein wurde vor 80 Jahren vom NS-Regime hingerichtet. Sein Leben war geprägt von pädagogischem Engagement und politischem Widerstand

von Wolfgang Kunze

Nur vier Tage vor seiner Verurteilung ließ der inhaftierte Adolf Reichwein seine Gedanken um sein Leben kreisen. Aufmunternd schrieb er an seine Frau Rosemarie: »wie reich und schön diese Zeiten für mich gewesen sind. Das Schwere, etwa des vorigen Krieges, tritt ganz dahinter zurück. Um so stärker strahlt die ländlich gesunde ungebundene Jugend, ... die glückliche Studentenzeit in Frankfurt und Marburg mit neuen unzertrennlichen Freundschaften, dann das mit Begeisterung erfüllte Berufsleben in der Volksbildung, die seltenen Lebensgeschenke meiner Reisen in Europa, Amerika, Ostasien, die vier Jahre Fliegen und die Welt aus der Vogelperspektive, dazwischen die wissenschaftlichen Arbeiten ... und schließlich das Schöne und Reichste: die 12 Jahre mit Dir und den Kindern. Wieviel Anlass dankbar zu sein.«

Soldat, Student, Lehrgangsleiter

Adolf Reichwein wurde 1898 in Bad Ems als Sohn eines Lehrers geboren. Noch vor dem Schulabschluss meldete er sich begeistert als Kriegsfreiwilliger, kam ab Frühjahr 1917 zum Einsatz und wurde im Dezember schwer verwundet. Im Lazarett in Frankfurt/Main entwickelte er seine spätere pazifistische Haltung.

Er absolvierte mehrere Semester an der Frankfurter Philosophischen Fakultät und schloss 1923 seine Promotion ab. Im Anschluss war er leitend an der Volkshochschule in Thüringen und im Volkshochschulheim »Am Beutenberg« in Jena tätig.

Der erste Heimlehrgang wurde mit einer Englandfahrt abgeschlossen.

1927 ging er auf eine viermonatige Forschungsreise. Er durchquerte Nordamerika, Japan, China, die Philippinen, kehrte über Mexiko wieder nach Jena zurück und organisierte für den zweiten Lehrgang eine Fahrt durch Nordeuropa.



1929 wurde er Referent im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und zog nach Berlin. Doch ein Jahr später bekam er eine feste Anstellung als Professor für Geschichte und Staatsbürgerkunde an der Pädagogischen Akademie in Halle/Saale. Er wurde Mitglied der SPD, verstand sich jedoch als religiöser Sozialist. Liebevoll nannten ihn seine Studentinnen und Studenten den »fliegenden Professor«. Denn er war ein leidenschaftlicher Pilot und begeisterte sie damit, aber vor allem durch seine persönlichen Diskussionsrunden.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten erfolgte seine sofortige Beurlaubung. Sein geliebtes Flugzeug verkaufte er, da er nicht gewillt war, ein Hakenkreuz an der Maschine anzubringen.

Leben und Wirken im Widerstand

Im Oktober 1933 begann seine Volksschullehrertätigkeit an der Dorfschule in Tiefensee bei Berlin. Hier entwickelte er viele seiner reformpädagogischen Ideen weiter. Dazu verfasste er zahlreiche Schriften.

1939, inzwischen als Lehrer erneut beurlaubt, erhielt er eine Anstellung in der

»Im Lazarett entwickelte er seine spätere pazifistische Haltung.«

Abteilung »Schule und Museum« beim staatlichen Museum für deutsche Volkskunde in Berlin.

Während der schweren Bombenangriffe auf Berlin 1943 wurde die Wohnung der sechsköpfigen Familie Reichwein zerstört. Es erfolgte eine Übersiedlung nach Schlesien. Hier intensivierte er die Kontakte zur Widerstandsgruppe des Kreisauer Kreises.

Er galt als Bildungsexperte und sollte Kultusminister einer neuen Regierung nach dem Umsturz werden. Auf dem Wege zu einem konspirativen Treffen mit Mitgliedern des kommunistischen Widerstandes wurde er am 4. Juli 1944 auf dem S-Bahnhof Heerstraße verhaftet, am 20. Oktober vom Volksgerichtshof wegen Landesverrats verurteilt und am gleichen Tag in Berlin-Plötzensee hingerichtet.

In seinem Abschiedsbrief an seine Frau schreibt er: »... Ich scheidet ruhig, weil ich die Kinder in Deiner Hut weiß. ... Die Kinder, in eine Zukunft hineinwachsend, seien Dir Trost und später Freude. Dir mein ganzes Herz!«



Wanderausstellung
der Adolf-Reichwein-Schule



Weitere Schicksale
auf der Webseite der
AG Verfolgte Lehrkräfte

Wolfgang Kunze,
AG Verfolgte Lehrkräfte
der GEW BERLIN





Vor dem Coppi-Gymnasium in Karlshorst versammelten sich am 11. Februar mehrere hundert Menschen, um gegen die Teilnahme der AfD und ihrer Direktkandidatin in Lichtenberg, Beatrix von Storch, an einer Podiumsdiskussion zu protestieren. Unter dem Motto »Coppi gegen Rechts« positionierten sich die Schüler*innen gegen Faschismus. Sie kritisierten zudem, dass die Schulleitung die Podiumsdiskussion ohne Einbindung der Schüler*innenschaft organisiert habe. FOTO: PRIVAT

Zum Titel »Perspektiven schaffen – Wie weiter nach der zehnten Klasse?«, bbz Januar/Februar 2025

Sehr gut, dass sich die Januar/Februar-Ausgabe der *bbz* mit dem Thema Berufsorientierung im weiteren Sinne beschäftigt. Alle Artikel befassen sich jedoch im Wesentlichen nur mit dem neuen 11. Pflichtschuljahr. Das ist verständlich, denn die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, die das umsetzen sollen, wollen eine sinnvolle Arbeit leisten. Dazu müssen sie sich natürlich mit ihren Arbeitsbedingungen auseinandersetzen. Die für eine Berufs- und Lebensweltorientierung entscheidende Zeit davor, bleibt dabei aber leider ausgeklammert. Das liegt sicher nicht an den Autor*innen, denn verantwortlich für die desaströse Berufsorientierung in den letzten Jahren in der SEK I ist die Senatsbildungsverwaltung. Ronald Rahmig legt in seinem Artikel den Finger in die Wunde: Mit der Aufgabe der Schule, die jungen Menschen auf das künftige Leben und Berufsleben vorzubereiten, muss schon in der 1. Klasse begonnen werden. Die »Dropouts« erst nach der Klasse 10 aufzufangen, heißt, das Pferd vom Schwanz her aufzuzäumen. Orientierung auf Leben und Berufstätigkeit im weitesten Sinne kann außerdem nicht als kognitives Fach Berufsorientierung unterrichtet werden, sondern muss, wie Roland Rahmig richtig schreibt, in einer Art und Weise geschehen, die »nicht nur im Bereich der theoretischen Fertigkeiten und Kompetenzen (entwickelt), sondern auch gleichwertige Angebote zur Entwicklung praktischer Fähigkeiten (einführt), die über das bisherige Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT)

deutlich hinausgehen.« Schülerinnen und Schüler müssen von Anfang an konkret mit Materialien stofflicher Art umgehen, um Erfahrungen zu sammeln und die stoffliche Wirklichkeit im wahrsten Sinn des Wortes zu begreifen. Der erst in der 7. Klasse greifende WAT-Unterricht und eine »Berufsorientierung« erst in der 9. und 10. Klasse und mit nur einer Wochenstunde kommt zu spät und ist zu kurz. In der Studentafel ohne Teilungsstunden in schulischen Werkstätten ist er zudem nicht zu realisieren. Da hilft keine erweiterte und vertiefte oder sonst wie gestaltete theoretische Berufsorientierung, die weder orientiert und erst recht für die »Dropouts« keine Perspektive für ihr Leben bietet. Denn die Ergebnisse der seit Jahrzehnten verordneten Berufsorientierung sind niederschmetternd, aber der Senatsverwaltung fällt außer der verstärkten Dosierung einer wirkungslosen »Medizin« (Berufsorientierung, erweiterte Berufsorientierung, vertiefte Berufsorientierung, erweiterte, vertiefte Berufsorientierung...) nichts weiter als ein 11. Pflichtschuljahr ein. Was Ronald Rahmig dazu schreibt, kann man nur unterstreichen: »die Organisation der gesamten Bildungskette von Klasse 1 – 11 (steht) zur Disposition«. *Manfred Triebe und Klaus Will*

Zum Standpunkt »Wir sind nicht neutral«, bbz November/Dezember 2024

Sanem Kleff hat mit ihrem Beitrag, ihrem Aufruf zur Demokratiebildung, das wichtigste Thema der Gegenwart aufgegriffen, und die *bbz*-Redaktion hat ihren Standpunkt zum Leitartikel befördert. Bravo! Tatsächlich hat die Aktion »Schule

ohne Rassismus – Schule mit Courage« seit Jahren mit all ihren Aktivitäten sehr überzeugend gearbeitet und erfolgreich politische Bildung im Sinne unseres Grundgesetzes und der Prinzipien der politischen Bildung unterstützt. Die klare Haltung gegen Rechtsextremismus dürfte daher ihre Wirkung nicht verfehlen. Ich möchte aber einen Schritt weiter gehen und um Unterstützung werben: Die GEW sollte darauf dringen, die KMK-Bildungsstandards der Kernbereiche zu erweitern: Es geht um Standards für die Politische Bildung und den Geschichtsunterricht. Wir sollten der Demokratie-Erziehung angesichts der Zunahme populistischer und rechtsextremer Propaganda eine Priorität im Bildungsbereich verschaffen. Die aktuelle repräsentative Studie »Jugend in Deutschland« zeigt eine deutliche Verunsicherung, einen Verlust in das Vertrauen der Demokratie und eine Zunahme rechtsradikaler Positionen. (Der Sozialforscher Klaus Hurrelmann spricht von einem »Rechtsruck« bei überwiegend politisch interessierten Jugendlichen.) Derzeit seien etwa viele Schülerinnen und Schüler nicht für die NS-Zeit sensibilisiert und können auch keine Verbindung zu heutigen Ereignissen herstellen. Die von der KMK beschlossenen Bildungsstandards formulieren grundlegende fachliche und fachübergreifende Qualifikationen (so zunächst für Lesen, Rechtschreiben und Mathematik). Das muss auch für das Fach Geschichte und für die Politische Bildung gelten. Auf der Basis des Grundgesetzes müssen Schülerinnen und Schüler (unter Beachtung des Beutelsbacher Konsens) Wissen erwerben, das sie befähigt, die Demokratie zu verstehen, zu bewahren und zu vertreten sowie eine Haltung zu entwickeln gegen Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Gewaltverherrlichung und menschenverachtende Aussagen. Die GEW sollte per Beschluss darauf hinweisen, dass wir nicht hinnehmen wollen, wenn Demokratie-Erziehung zugunsten des abfragbaren Wissens vernachlässigt wird. *Wilfried Seiring*

SCHREIB UNS!

*Wir freuen uns über Kommentare zu Artikeln! Schreib an bbz@gew-berlin.de Wir bitten darum, Leser*innenbriefe auf max. 1.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) zu begrenzen. Kürzungen behalten wir uns vor.*



Hendrik Bolz spricht mit verschiedenen Akteur*innen über die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland, zuletzt mit der Lehrerin Laura Nickel über den Rechtsextremismus an ihrer Schule. FOTO: MORITZ HAASE

THEATER

Aus Ruinen

In den Metropolen der Republik war die Diagnose über den Osten lange recht einhellig: Man hätte dort eben nie richtig Demokratie gelernt und auch die sogenannte Zivilgesellschaft würde man hier eben nicht hinbekommen. Die »Wende« – Gescheitert. Die Mauer – Am besten wieder hochziehen. Paradoxerweise ist es genau diese vermeintlich nicht existente Zivilgesellschaft, von der man gleichzeitig verlangt, die Probleme im Osten nun doch endlich zu lösen, die man zu oft mit dieser Arbeit alleine lässt. Gemeinsam mit dem Autor Hendrik Bolz will das Berliner Ensemble die Zivilgesellschaft Ostdeutschlands

sichtbar machen: Wer sind die Menschen, die entgegen aller Pauschalierungen über »den Osten«, tagtäglich für eine offene und demokratische Gesellschaft kämpfen? Welche Erfahrungen haben sie in den letzten 35 Jahren nach der Wende gemacht? Ab Januar besuchen Hendrik Bolz und das **Berliner Ensemble** unter dem Titel »Aus Ruinen – Zukunft und Zivilgesellschaft in Ostdeutschland« abwechselnd zivilgesellschaftliche Organisationen im Osten oder laden nach Berlin-Mitte in den WERKRAUM ein, um zuzuhören, zu streiten und der Zukunft Ostdeutschlands einen Raum zu geben. Kommende Veranstaltungen dieser Reihe werden hier aufgeführt:



www.berliner-ensemble.de/inszenierung/aus-ruinen-1

BÜCHER

Mutige Frauen, Mütter, Gastarbeiterinnen

»Dieser Streik ist in die Geschichte eingegangen, wenn auch nicht in die deutschen Geschichtsbücher. Von Mund zu Mund tragen sie ihn weiter. Jedes Mal, wenn sie von ihren Kämpfen erzählen, spüre ich eine wachsende Kraft in meinem Körper. Doch wenn über unsere Mütter, Tanten und Großmütter in Deutschland gesprochen oder geschrieben wird, nennt man sie »unterdrückt«, »schwach«, »unselbständig« oder »abhängig.« Die 22-jährige Nour kommt in den

siebziger Jahren nach Deutschland, um zu arbeiten. Sie ist eine der vielen Gastarbeiterinnen, sie ist jung, motiviert und optimistisch. Nour kommt aus Istanbul und lebt nun in einem Wohnheim in der Oberpfalz, mit Frauen aus Spanien, Italien, Griechenland, Jugoslawien, Marokko, Tunesien oder der Türkei. Während Nour Minirock trägt, tragen die oberpfälzischen Frauen im Dorf Kopftuch. Die Arbeitsbedingungen in der Fabrik sind fragwürdig, die Entlohnung ist nicht gerecht. Als Nour vom Frauenstreik im Thüringen der zwanziger Jahre erfährt, ist sie inspiriert und stellt sich diesem Land: Gemeinsam mit all ihren Freundinnen wird sie für die Rechte der Arbeiter und vor allem der Arbeiterinnen kämpfen. Mit ihrem Debüt »Die Optimistinnen« feiert Gün Tank die vielen Frauen, die dieses Land mit aufbauten und veränderten, und die sich doch in der deutschen Geschichte kaum wiederfinden.

Pädagogische Auseinandersetzung mit dem Nahostkonflikt

Wie in der Schule über den Nahostkonflikt sprechen? Wie Schüler*innen für Antisemitismus sensibilisieren? Seit dem 7. Oktober 2023 stehen Bildungsinstitutionen verstärkt vor der Herausforderung, diese mit Überforderung und Verunsicherung verbundene Thematik zu bearbeiten. Der Band bietet einen Überblick über em-

ANZEIGE

KLAPPE AUF, GRIPS AN.

Ab heute heißt Du Sara

Von Volker Ludwig und Detlef Michel
Nach der Autobiografie „Ich trug den gelben Stern“ von Inge Deutschkron

15+

14. – 16. März | je 18 Uhr

Ort GRIPS Hansaplatz, nur mit Kartenreservierung
Tickets & Infos 030 – 39 74 74 - 77 oder www.grips-theater.de



→ Gün Tank: »Die Optimistinnen. Roman unserer Mütter« (FISCHER TASCHENBUCH) 2024, 208 Seiten, 14 Euro



→ Elizaveta Firsova-Eckert und Kai E. Schubert (Herausgeber*innen): »Israelbezogener Antisemitismus, der Nahostkonflikt und Bildung. Analysen und didaktische Impulse« (Verlag Barbara Budrich) 2024, 46 Euro (Paperback)

pirische Erforschung und Praxis des pädagogischen Umgangs mit israelbezogenem Antisemitismus und dem Nahostkonflikt. Er reflektiert die Implikationen von Forschungsergebnissen für Bildungskontexte. Es werden auch konkrete innovative pädagogische Projekte und Konzepte vorgestellt, um Lernenden ein besseres Verständnis des Konflikts zu ermöglichen und sie zu kritischem Denken und multiperspektivischen Betrachtungsweisen anzuleiten. Das PDF kann kostenlos hier erworben werden: <https://shop.budrich.de/produkt/israelbezogener-antisemitismus-der-nahostkonflikt-und-bildung>

Achtsam im Kita-Alltag

In ihrem Buch »Achtsamkeit in der Kita« stellt Jasmin Gödl über 90 leicht umsetzbare Praxisideen und Impulse für die moderne pädagogische Arbeit in Kindertagesstätten vor. Hierbei dreht sich alles um tägliche Routinen, die mithilfe von Achtsamkeit und Respekt zahlreiche Lernchancen, Beziehungsmöglichkeiten und Entfaltungspotenziale für Kinder bieten können. Dabei bezieht sich Jasmin Gödl auf die fünf wichtigsten Bereiche des Kita-Alltags: Mikrotransitionen, Essen, Pflege, Schlafen und Ruhepausen, Bildungsangebote und Freispiel. Gödl zeigt auf, wie achtsames Verhalten die Atmosphäre in der Kita stärkt und langfristig zu einer



➔ Jasmin Gödl: »Achtsamkeit in der Kita – 90 Praxisideen für die Bedürfnisorientierte Gestaltung von Alltagssituationen und Tagesroutinen« (Bananenblau Verlag) 2024, 276 Seiten, 26,80 Euro

besseren sozialen und emotionalen Entwicklung der Kinder beitragen kann. Das Buch richtet sich sowohl an erfahrene Erziehende als auch an Berufsanfänger*innen, die ihr pädagogisches Wirken im Kita-Alltag bereichern möchten.

MATERIALIEN

Kein Vergessen

Die App StolperClean soll dabei helfen, dass kein Stolperstein mehr bei Reinigungstouren vergessen wird. Nachdem StolperClean installiert wurde, lassen sich die Adressen der nicht gereinigten Stolpersteine (rotes Icon in der App) aufsuchen und nach der Reinigung als gereinigt markieren. Das Icon bleibt dann für sechs Monate grün. Zunächst soll sie im Pilotbetrieb in Wilmersdorf und Steglitz eingesetzt werden und ist auf das Feedback der Anwender*innen angewiesen. Später soll die App im ganzen Stadtgebiet eingeführt werden und auch für iPhones bereitgestellt werden. Harald Kleinmann von der Stolpersteininitiative Stierstraße in Berlin-Friedenau steht bei Anregungen und Fragen unter stolperclean@gmail.com zur Verfügung.

Ein Magazin von Autist*innen für Autist*innen

Das Thema Autismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Über Autismus wird gesprochen. Oft unausgewogen, grob vereinfachend, allzu häufig abwertend. Das neue autismus magazin von und mit autistischen Menschen versteht sich als publizistischer Gegenpol zu einer teils verzerrenden, meist unzureichenden öffentlichen Darstellung von Autismus. »Wir sind davon überzeugt, dass Aufklärung über Autismus nur dann funktioniert, wenn sie von denjenigen kommt, die es am besten wissen – den Autistinnen und Autisten selbst«, sagt Andreas Croonenbroeck, Autist, Chefredakteur und Art Director der deutsch-sprachigen Publikumszeitschrift. »Nur in einem Dialog auf Augenhöhe gelingt ein Wissens- und Erfahrungsaustausch, der wirklichen Erkenntnisgewinn garantiert.« Ziel der unabhängigen Publikumszeitschrift ist es, Vor-

urteile und Barrieren abzubauen, Orientierungshilfen zu geben sowie Themen aus dem Autismus-Bereich aus der Innensicht sachlich richtig darzustellen. Dazu beleuchtet autismus magazin zweimal jährlich Themen aus dem Autismus-Spektrum und blickt dabei über den medizinisch-therapeutischen Tellerrand hinaus. Zum Themenspektrum gehören unter anderem Reportagen, Interviews mit Expert*innen aus Klinik, Wissenschaft und Forschung, Porträts autistischer Künstler*innen sowie praktische Lebenshilfe und Autismus-News aus aller Welt. Die aktuelle Ausgabe beschäftigt sich mit Autismus und Berufsleben und ist hier erhältlich: autismus-dialog.de



Buch der Demokratie – Verschwörungstheorien aufdecken

Die Zeitbild Stiftung hat im Rahmen des vom BMFSJ geförderten Programms »Demokratie Leben!« das digitale »Buch der Demokratie: Verschwörungstheorien und Fake News aufdecken« entwickelt. Es bietet Inhalte und Methoden zur aktiven Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien und Fake News. Jugendliche erhalten Hilfestellungen, um einen medien- und bildungspolitischen Kompass zu entwickeln, der das demokratische Miteinander stärkt. Das Buch richtet sich an Jugendliche ab 13 Jahren und Pädagog*innen. Es beinhaltet vier Arbeitsblätter, die direkt im Unterricht eingesetzt werden können. Hier könnt ihr es online einsehen: www.zeitbild-stiftung.de



Podcast »Zukunft gerecht Talk«

In dem Podcast der Friedrich-Ebert-Stiftung geht es um gewerkschaftliche Arbeit. Die Autorin Sara Weber hat schon früh erkannt, dass Arbeit nicht immer fair ist. Da braucht es Gewerkschaften. Gewerkschaften haben viel erreicht – das vergessen wir manchmal, sagt Sara Weber. In dem Podcast gibt sie Impulse und Tipps, wie sich eine Arbeitssituation verbessern lässt: Am besten in einer Gemeinschaft. Hier könnt ihr in den Podcast reinhören:



AKTIVITÄTEN

Werde Teil der AG Medienbildung

Die AG Medienbildung trifft sich monatlich und beschäftigt sich mit unterschiedlichsten Aspekten der Medienbildung. Aus der AG heraus gestalten wir Grundhaltungen der GEW BERLIN zur Medienbildung mit. Zu unseren Treffen laden wir immer wieder Expert*innen aus verschiedenen Bereichen ein, um Themen wie Digitalisierung oder KI in Bildung aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Ein aktuelles Thema ist »Digitalisierung und Medienbildung aus Elternsicht«. Die kommenden Diskussionsthemen werden sein: KI in Ausbildung, Lehre und Prüfungen, Daten und Selbstbestimmung, Inklusion mit KI, Digitalität und Belastung. Was bewegt euch? Was sind eure Erfahrungen mit Medienbildung und Digitalisierung in euren Wirkungsstätten? Hier findet ihr



weitere Infos zur AG: www.gew-berlin.de/arbeitsgruppen/ag-medienbildung

Dem Widerstand zuhören

»We Who Move The World Forward« ist ein Projekt in 6 Kapiteln mit Gesprächen, Live-Performances, Workshops und einer Ausstellung im Kunsthau ACUD zwischen Februar und Juli 2024. Das Projekt verstärkt die Stimmen von migrantischen Arbeiter*innen, feministischen Aktivist*innen, Traumaüberlebenden und Vertriebenen, um Ressourcen für Schutz, Solidarität und Unterstützung im Umgang mit Integration, Vertreibung und psychischer Gesundheit zu aktivieren. Diese sollen durch Netzwerke, alternative Unterstützungsstrukturen und gemeinschaftliche Solidarität, in einer Zeit, in der Migrant*innengemeinschaften am stärksten gefährdet sind, verstärkt werden. Das Programm erforscht historische koloniale Praktiken im Zusammenhang mit Integrationsprozessen von Ausländer*innen und untersucht Gemeinschaftsressourcen, geschlechtsspezifische Erfahrungen und Formen der Wiedergutmachung im Leben von Geflüchteten und kulturellen Räumen. Dieses Programm wird von

Anguezomo Mba Bikoro und Fetewei Tarekn kuratiert und von ACUD MACHT NEU präsentiert. Alle Veranstaltungen findet ihr hier:



Verstärkung für Arbeit mit Geflüchteten gesucht

Das Ökonomische Zentrum sucht neue Kolleg*innen zur Unterstützung ihrer Arbeit mit wenigen Stunden in netten Teams und in schönen Räumen. Der kleine aktive Verein in Charlottenburg am Gierkeplatz ging vor 25 Jahren aus der Friedensbewegung hervor und hat heute den Schwerpunkt Sprachunterricht mit Geflüchteten. Seit 2017 bietet er vielen Menschen aus unterschiedlichen Ländern kostenlosen Deutschunterricht auf verschiedenen Niveaustufen an. Die Kolleg*innen arbeiten von montags bis donnerstags in etwa zehn Gruppen mit jeweils sieben bis zehn Personen. Je nach Sprach-

niveau gibt es für jede Gruppe pro Tag ein Unterrichtsangebot von zwei Stunden, das in der Zeit zwischen 10:00 und 17:30 Uhr stattfindet. Ziel des Unterrichts ist es, die Lernenden zu befähigen, sich im Alltag gut zu verständigen, aber auch, sich auf eine zertifizierte Sprachprüfung vorzubereiten. Das Team erlebt ungebrochen eine sehr hohe Nachfrage und, dass das Angebot für viele Menschen sehr wichtig ist. Wenn ihr mitarbeiten wollt, könnt ihr eine E-Mail an Hilla.metzner@posteo.de schreiben oder euch telefonisch unter der Nummer 030 393 16 48



melden. Hier geht es zur Webseite: www.oekumenischeszentrum.de

Gewerkschaftlich gegen Rechtsruck und Kürzungspolitik

Vom 2. bis 4. Mai findet unter dem Motto »Gegenmacht im Gegenwind – Gewerkschaftliche Kämpfe als Antwort auf Rechtsruck, Transformation und Kürzungspolitik« zum sechsten Mal die Konferenz Gewerkschaftliche Erneuerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt, diesmal an der TU Berlin. Die GEW BERLIN gestaltet dabei mehrere Arbeitsgruppen und Branchentreffen mit. Auf der bundesweiten gewerkschaftsübergreifenden Kon-

ferenz wollen tausende Aktive aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Streiksolidarität aktuelle gewerkschaftliche Kämpfe praxisnah auswerten und gemeinsam diskutieren, wie wir auch in schwierigen Zeiten die gewerkschaftliche Gegenmacht stärken und Antworten auf die anstehenden Herausforderungen geben können. Highlights für GEW-Mitglieder sind dabei folgende Veranstaltungen:

• 2. Mai | 13 Uhr
Arbeitskämpfe an die Hochschulen! Gemeinsame Suche nach Verbindungslinien der Solidarität zwischen allen Beschäftigtengruppen (u.a. mit Ann-Kathrin Hoffmann, TV Stud/GEW)

• 2. Mai | 18 Uhr
Podium zu Rechtsruck in Betrieb und Gesellschaft: Ursachen und Gegenwehr

• 3. Mai | 10 Uhr
Podium zu gewerkschaftlicher Erneuerung in der Praxis

• 3. Mai | 13.30 Uhr
Politik unter Druck setzen. Politische Kampagnenführung in Arbeitskonflikten (u.a. mit der Berliner Initiative »Schule in Not«)

Arbeit mit Menschen braucht gute Bedingungen! Kämpfe um Tarifverträge in der Sozialen Arbeit (u.a. mit Aktiven der GEW BERLIN)

Zwischen Überlastung und Streikverbot – wie können Lehrkräfte kämpfen? (mit Annett Lindner vom GEW-Hauptvorstand und Philipp Dehne von »Schule muss anders«)

Beispiele feministischer Betriebs-, Tarif- und Bündnisarbeit (u.a. mit Katrin Wagner, GEW BERLIN)

Gewerkschaftsarbeit unter dem Druck des Krieges – Solidarität mit ukrainischen Gewerkschaften (u.a. mit der ukrainischen Bildungsgewerkschaft TUESWU und Carmen Ludwig, Referentin beim GEW-Hauptvorstand)

• 3. Mai | 17 Uhr
Branchentreffen, u.a. zu Hochschulen, Sozial- und Erziehungsdienst, Sozialer Arbeit und Schulen (mit inhaltlichem Schwerpunkt »Aktiv gegen Rechts an Schulen«)

• 4. Mai | 10 Uhr
Entlastung gemeinsam erkämpfen – streiken für das Gemeinwohl (u.a. mit Hannes Bülow, GEW BERLIN, und Alex Caputo-Pearl, Gewerkschaft der Lehrkräfte Los Angeles)

Gewerkschafter:innen für den Frieden! Aktuelle Initiativen (u.a. mit Andreas Keller, GEW-Hauptvorstand)



Hier geht es zum vollständigen Programm und zur Anmeldung: www.rosalux.de/streikkonferenz

ANZEIGEN

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN

Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2025

- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Umgang mit unfairer Argumentation
- Das Puppenspiel in der pädagogischen und sozialen Arbeit
- Lampenfieber als Herausforderung

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

MIETEN SIE EINEN BUS
für Ihre Klassenfahrt oder
Ihren Kindertagesausflug

BUSMOBIL24
Eine Marke der BMobility24 GmbH

☎ 030-921 014 280 ✉ info@busmobil24.de
🌐 www.busmobil24.de

ÖFFENTLICHER DIENST
IHR SORGT FÜR BILDUNG
WIR BILDEN EURE ABSICHERUNG

Debeka Krankenversicherung
BERLIN VERBEAMTET WIEDER LEHRER – WIR STEHEN BEREIT

Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Facebook Instagram TikTok YouTube X LinkedIn Pinterest

DebeKa
Versichern und Bausparen

Vertrauensleutekonferenz

• Donnerstag, 20. März | 9-16 Uhr
 Unter dem Motto »Bildung, Soziale Arbeit und Wissenschaft am Limit – Neue Bewegung durch gewerkschaftliche Basisarbeit« lädt die GEW BERLIN zur berlinweiten Vertrauensleutekonferenz ein. Am Donnerstag, den 20. März, von 9 bis 16 Uhr im FMP1 (Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin) möchten wir mit euch darüber sprechen, wie gewerkschaftliche Arbeit vor Ort gelingen kann, wie wir den Austausch mit Kolleg*innen stärken und welche Herausforderungen uns dabei begegnen. Die Konferenz bietet die Möglichkeit, vom Erfahrungsschatz anderer Vertrauensleute zu profitieren und gemeinsam neue Impulse für die gewerkschaftliche Basisarbeit zu entwickeln. Sie richtet sich an alle Organisationsbereiche der GEW BERLIN. Besonders wichtig ist die Teilnahme für alle, die in ihrer Bildungseinrichtung noch keine GEW-Vertrauensperson haben – jetzt ist die Gelegenheit, sich zu vernetzen und aktiv zu werden. Neugierig auf das Programm? Dann melde dich jetzt an: Hier klicken. Mehr Infos zu den Vertrauensleuten gibt es unter:



www.gew-berlin.de/vertrauensleute

Senior*innen/Junge Alte

• Donnerstag, 20. März | 11 Uhr
Stadtrundgang Wundertüte Moabit: von Beussel & Co Geführt durch den GEW-Kollegen und Quartiersrat Wilhelm Holthus; Treffpunkt: Erlöserkirche Levetzowstr./Ecke Wikingerufer; Endpunkt: Arminius-Markthalle, Arminiusstr. 2-4; Dauer: ca. 2,5 Stunden

Senior*innen Lichtenberg/ Marzahn-Hellersdorf

• Montag, 10. März | 17 Uhr
»Die DDR ist nachhaltig« Lesung mit Ellen Händler und Uta Mitsching-Vierte Eine Streitschrift zur Ostidentität. Sie analysieren die Interviews aus den Vorgängerbüchern und aus über 100 Lesungen, wobei die Autorinnen zu dem Schluss kommen, dass und warum es Osttypisches gibt, dass der »Ossi anders ist und es auch bleiben will«. Zeitgleich kann die DGB-Ausstellung: »Frauenarbeit – Frauenalltag – Frauenrechte« genutzt werden, um vieles nochmal Revue passieren zu lassen. Treffpunkt: 17 Uhr im Stadtteilzentrum Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin, Fahrverbindung: Tram 6 und 16, Bus 191,192 bis Marzahner Promenade, Kontakt: Stadtteilzentrum, Tel.: 030/9989502

• Mittwoch, 12. März | 16 Uhr
»Die Windbriefe an den Herrn B.B. von Käthe Reichel« Musikalische Lesung mit der Schauspielerin Sabine Frost begleitet vom Saxophonisten Hinrich Beermann. »Da in der jetzigen Demokratie alles, wirklich alles in die Luft geschrieben ist, die sich deshalb auch Freiheit nennt, fand ich im Wind einen parteilosen Boten, der sich nicht fragen lässt, woher er kommt und wohin er verschwindet.« (Käthe Reichel) Käthe Reichel kam 1950 als junge Schauspielerin an Brechts »Berliner Ensemble«. Brecht erkannte ihr Talent und förderte ihre berufliche Entwicklung. Dabei entwickelte sie auch eine Liebesbeziehung. Sie verstarb 2012 in ihrem »kleinen Haus am See« in Buckow. In ihren »Windbriefen« von 2006 beschreibt sie ihre ganz persönliche Begegnung mit Brecht, der ihr den klaren Blick auf die Welt gelehrt hat. Kosten: 5 Euro; Treffpunkt: 16 Uhr im Stadtteilzentrum Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin; Fahrver-

SENIOR*INNEN

Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich. Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an: seniorinnen-team@gew-berlin.de. Außerdem finden sich alle Termine im Veranstaltungskalender auf der GEW-Website: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender/events/list. Das Leitungsteam der Senior*innen organisiert am 3. Mittwoch jeden Monats ein Treffen mit Vorträgen zu politischen und sozialpolitischen Themen mit anschließender Diskussion, Berichten aus dem Gewerkschaftsleben sowie einer aktuellen Viertelstunde.

Euer Senior*innen-Team

- 04. MÄRZ 19.00 UHR **AG Schwule Lehrer**
- 04. MÄRZ 18.30 UHR **Junge GEW**
- 12. MÄRZ 17.00 UHR **AG Frieden**
- 17. MÄRZ 17.00 UHR **LA für Migration, Diversität und Antidiskriminierung**
- 18. MÄRZ 18.30 UHR **Abteilung berufsbildende und zentral verwaltete Schulen**
- 19. MÄRZ 14.30 UHR **Monatstreffen Senior*innen/Junge Alte**
- 19. MÄRZ 18.00 UHR **LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen**
- 19. MÄRZ 18.00 UHR **Landesausschuss Studierende**
- 20. MÄRZ 18.00 UHR **Kita AG**
- 25. MÄRZ 17.00 UHR **AG Medienbildung**
- 27. MÄRZ 15.00 UHR **AG Jugendliteratur und Medien**
- 01. APRIL 18.30 UHR **Junge GEW**
- 07. APRIL 17.00 UHR **LA für Migration, Diversität und Antidiskriminierung**
- 08. APRIL 18.30 UHR **Abteilung berufsbildende und zentral verwaltete Schulen**
- 09. APRIL 18.00 UHR **AG Frieden**
- 11. APRIL 18.00 UHR **Fachgruppe Erwachsenenbildung**
- 16. APRIL 14.30 UHR **Monatstreffen Senior*innen/Junge Alte**
- 16. APRIL 18.00 UHR **Landesausschuss Studierende**
- 16. APRIL 18.00 UHR **LGBTQIA* AG queer-inklusive Pädagog*innen**
- 17. o. 24. APRIL 18 UHR **Kita AG**

Eine ausführliche Übersicht aller kommenden Veranstaltungen findest du auf unserer Webseite: www.gew-berlin.de/veranstaltungskalender

Kinderbetreuung

Wir möchten die Vereinbarkeit von Gewerkschaft und Familie fördern, deswegen übernehmen wir einen Teil deiner Betreuungskosten in Höhe von 15 Euro pro Stunde. kinderbetreuung@gew-berlin.de

bindung: Tram 6 und 16; Bus 191, 192 bis Marzahner Promenade; Kontakt: Stadtteilzentrum, Tel.: 030/99 89 502

Senior*innen Pankow

• Dienstag, 11. März | 14 Uhr
Frauentagsfeier in der Begegnungsstätte, Am Friedrichshain 15, Treffpunkt: 14 Uhr; verantwortlich: Seniorenausschuss

• Dienstag, 8. April | 14 Uhr
Besuch und Führung in der Archenhaldsternwarte, Alt-Treptow 1, 12435 Berlin, Treffpunkt: 13.45 Uhr; Kosten: 8 Euro; verantwortlich: R. Lange

Chor

12. und 26. März, 9. April um 16.45 Uhr Lette Verein Raum A 480, 23. April um 14.30 Uhr Raum N009, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: chor@extern.gew-berlin.de

Singkreis

5. und 19. März, 2. und 16. April um 16.30 Uhr, Lette Verein, Raum A 480, Victoria-Luise-Platz 6, 10777 Berlin; Kontakt: Luis von Simons, Tel. 0170/544 60 76 und Ulfert Krahé, Tel. 030/833 33 63

Stammtisch GEW Ruheständler*innen

26. März und 23. April um 14.30 Uhr im GEW-Haus, Kontakt: Monika Rebitzki, Tel. 030/471 61 74

Sambagruppe

Die Sambagruppe der GEW BERLIN tritt regelmäßig bei öffentlichen Veranstaltungen auf und freut sich auf neue Mitglieder. Wir proben immer donnerstags um 17 Uhr. Kontakt: samba@gew-berlin.de

GEWählt

Gemeinsam stark in Bildung und Beruf



Wir für Euch!

[www.gew-berlin.de/
beschaeftigtenvertretungen](http://www.gew-berlin.de/beschaeftigtenvertretungen)

Dank deiner Stimme können wir wieder starke Beschäftigtenvertretungen für die nächsten vier Jahre stellen. Für eine Übersicht der GEW-Mitglieder in den Personalräten und der Frauenvertreterinnen scanne einfach den QR-Code. Eure neu gewählten GEW-Kolleg*innen beraten euch gern!



Telefon: (030) 21 99 93-0 | Mail: info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de